

# Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbaun, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlenstraße 3. — Fernsprech-Nr. 1111. — Postfach-Nr. 1567. — Für den Verlag und die Druckerei: Nr. 261. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Preis: 1. bis 15. November 1,00 Mart. Abholer 0,90 Mart.

Angewandte in Goldpfennigen: Die 10gehaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzelle enthält 20 Pfennig auswärts 20 Pfennig. Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig. Verlagsanfragen 20 Pfennig. Die dreizehngelaltene 10 Millimeter breite Kettzelle enthält 100 Pfennig auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldzelle — ein Dollar kostet durch 4,20.) Der gewöhnliche Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorarbeiten keine Gewähr. — Postfach-Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 261.

Magdeburg, Donnerstag den 6. November 1924.

35. Jahrgang.

## Wahlen in Amerika.

### Große Mehrheit für Coolidge.

Die amerikanischen Präsidentschaftswahl hat mit dem abermaligen Siege der Republikanischen Partei geendet. Sie hat die Mehrheit der Wähler, die den Präsidenten zu wählen haben, errungen. Die eigentliche Wahl des Präsidenten durch diese Wahlmänner ist nach dem bisherigen Resultat nur noch ein formaler Akt.

Das amerikanische Präsidentschaftswahlrecht sieht vor, daß in den einzelnen Bundesstaaten, die die Vereinigten Staaten bilden, zur Wahl des Präsidenten so viele Wahlmänner gewählt werden, als der einzelne Staat Abgeordnete für das Repräsentantenhaus und den Senat zu stellen hat. Insgesamt sind das in den Vereinigten Staaten 631 Wahlmänner. Die Wahlmänner werden nicht nach dem Verhältniswahlsystem, sondern mit einfacher Mehrheit gewählt. Die Partei, die den stärksten Anhang in einzelnen Staat hat, bekommt alle Wahlmänner, während die Wähler der übrigen Parteien vollkommen ausfallen. In den einzelnen Staaten werden also nicht republikanische, demokratische oder fortschrittliche Wahlmänner, sondern nur Wahlmänner einer dieser Parteien gewählt. Die Wahlmänner wählen dann in ihren Staaten schriftlich den Präsidenten und den Vizepräsidenten. Die Wahlprotokolle werden nach Washington geschickt, wo dann durch den Präsidenten des Senats und des Repräsentantenhauses das Ergebnis festgestellt wird. Ist die absolute Mehrheit für einen der Kandidaten erreicht, so ist er gewählt. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, dann wählt das Repräsentantenhaus aus den drei Kandidaten, die die höchsten Stimmzahlen erreicht haben, unmittelbar durch Stimmzettel den Präsidenten. Dabei müssen die Stimmen staatenweise abgegeben werden, wobei jeder Staat nur ein Stimme hat.

Dieses Wahlrecht gibt den alten Parteien von vornherein einen großen Vorsprung gegenüber neuen Parteien. Denn für jene mit ihrem eingespielten Parteiapparat ist es natürlich viel leichter, einfache Mehrheiten in den Bundesstaaten zu erreichen und damit die Wahlmännerstimmen des Staates allein zu gewinnen. Der Erfolg der Republikaner bei diesen Wahlen ist in erster Linie diesem Wahlrecht zu danken.

Der Ausgang der amerikanischen Wahlen bedeutet für Deutschland: es bleibt alles beim alten. Amerika hält sich gegenüber den Vorgängen in Europa reserviert. Es wirkt nur dann aus vorsichtiger Entfernung, aber doch mit dem vollen Gewicht seiner ungeheuren wirtschaftlichen Macht an der Regulierung der europäischen Angelegenheiten mit, wenn dadurch seine eignen wirtschaftlichen Interessen berührt werden.

Trotzdem aber rechtfertigt die amerikanische Präsidentschaftswahl, daß man die Aufmerksamkeit der deutschen politischen Öffentlichkeit und besonders der Arbeiterkreise darauf hinlenkt. Seit Bestehen der nordamerikanischen Union ist zum erstenmal eine dritte Partei als ernsthafter Bewerber um die Präsidentschaft aufgetreten. Bisher teilten sich die republikanische und demokratische Partei Amerikas in die Macht im Staate. Der Versuch der Sozialisten, durch Aufstellung eines eignen Kandidaten ist selbst unter einer so populären Persönlichkeit wie Eugen Debs vollkommen gescheitert. Die amerikanischen Gewerkschaften haben unter dem Einfluß ihres Führers Samuel Gompers sich immer auf die demokratische Seite geschlagen. Das wäre vielleicht in diesem Jahre auch wieder geschehen, wenn nicht die Korruption amtlicher Persönlichkeiten, über die man in Amerika leicht hinwegzugehen geneigt ist, in einigen Fällen selbst die Grenzen amerikanischer Toleranz überschritten hätte. Der große Petroleumskandal, in dem unter Mithilfe des höchsten richterlichen Beamten und selbst auch unter Beteiligung des Schwiegerjohnes von Wilson die amerikanischen Delreserven für die Flotte verpfändet worden sind, ist die unmittelbare Ursache zur Bildung einer neuen Partei. Der Senator La Follette, ein Siebzigerjähriger, doch mit dem Feuer der Beweglichkeit und Beredsamkeit eines Jugendlichen, sagte sich von der republikanischen Partei los und unternahm es, mit einigen befreundeten Senatoren eine amerikanische Fortschrittspartei ins Leben zu rufen. Diese Fortschrittspartei ist nicht lediglich ein neuer Aufguß der Republikaner. Er ist der Anfang einer selbständigen Partei der Kleinen Leute Amerikas. Der amerikanische Gewerkschaftsbund wie auch die amerikanische sozialistische Partei, zahlreiche Verbände der Kleinrentner und, wenn nicht alles täuscht, der größte

Teil der deutschen Vereine und Klubs, haben ihm ihre Unterstützung zugesagt.

Es gibt also keinen Zweifel, daß in Amerika die Anfänge einer Arbeiterpartei in diesem Wahlkampf entstanden sind. Infolge des ganz neuen, frisch aus dem Boden gestampften Apparats der Fortschrittspartei, der natürlich in feiner Weise ähnliche Kraft wie die alten Parteiapparate der Republikaner und Demokraten entfaltete, und infolge der alten amerikanischen Gewohnheit, republikanisch oder demokratisch zu wählen, ist dieser Partei ein positiver Erfolg nicht beschieden gewesen. Aber die Anfänge sind über Erwarten ermutigend. La Follette hat schon vor dem Wahltage erklärt, daß ihm die Präsidentschaftswahl nicht das wichtigste sei, sondern daß er darin den ersten Generalappell und die Vorbereitung für die viel wichtigeren Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat sehe.

Die Präsidentschaftskampagne ist in echt amerikanischem Stil, unter Einwirkung größter Kapitalien der Industrie und Bankwelt, insbesondere für die Republikanische Partei geführt worden. Der Chef des angesehensten Bankhauses der Welt, Morgan, hat selbst in einer Untersuchung über die Herkunft der Wahlgelder der Regierungspartei erklärt, daß er drei Viertel der Summen des republikanischen Wahlfonds allein gegeben habe. Die wirtschaftlichen Machtmittel der amerikanischen Kapitalisten standen der Fortschrittspartei nicht zur Verfügung und werden auch in künftigen Wahlkämpfen, wahrscheinlich noch mehr als bei dem eben abgeschlossenen, gegen diese Partei eingesetzt werden. Aber wie in England die Arbeiterpartei aus der Kraft des aufgerüttelten Willens der mittellosen Bevölkerung zur zweitstärksten des Landes geworden ist, so werden wir auch aller Wahrscheinlichkeit nach bei künftigen Wahlen die Hauptentscheidung nicht zwischen Republikanern und Demokraten, sondern zwischen Republikanern und Fortschrittlern zu suchen haben. Die Fortschrittspartei Amerikas ist ein Fortschritt in der Richtung zu einer sozialistischen Bewegung in diesem Lande.

### Macdonald zurückgetreten.

Das englische Arbeiterkabinet hat am Dienstag nachmittag seine letzte Sitzung abgehalten. Sie galt dem Bericht des Kabinettkomitees, das mit der Untersuchung der Angelegenheit des Sinowjew-Briefes beauftragt war und seine Arbeiten beendet hat.

Nach der Sitzung hat sich Macdonald zum König begeben, um ihm die Demission seiner Regierung zu überreichen. Als er das Auswärtige Amt verließ, wurde er von einer großen Menschenmenge herzlich begrüßt.

Später empfing der König den konservativen Parteiführer Baldwin, den er mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte. Baldwin hat diesen Auftrag angenommen.

Der englische parlamentarische Brauch hätte Macdonald gestattet, die Konsequenzen aus dem Mehrheitswechsel vom 29. Oktober nicht sofort zu ziehen, sondern noch den Zutritt des neuen Unterhauses abzuwarten und vor die neuen Abgeordneten zu treten, in dem er eine — natürlich von ihm redigierte und im Sinne seiner Politik gehaltene — Thronrede verlesen hätte. Danach würde Baldwin als der Führer der gegnerischen Partei einen Zusatzantrag eingebracht haben des Inhalts, daß das Haus Seine Majestät ehrerbietig darauf aufmerksam mache, daß die Regierung Seiner Majestät das Vertrauen des Hauses nicht besitze. Erst nach der Abstimmung wäre die Regierungszeit des ersten Arbeiterkabinetts zu Ende gewesen.

So hatte nach den Wahlen vom 6. Dezember 1923 Baldwin gehandelt und damit seine Regierungsdauer um mehrere Wochen, nämlich bis in den Monat Januar hinein künstlich verlängert, obwohl der Ausgang der Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Labour Party damals ebenso sicher feststand, wie er heute feststeht, wenn Macdonald es darauf ankommen ließe. Der einzige Vorteil, der sich für Macdonald daraus ergäbe, wenn er dem Beispiel seines Vorgängers (und Nachfolgers) im Unte folgte, wäre der, daß er die Liberalen damit zwingen würde, Farbe zu bekennen und entweder für ihn gegen Baldwin zu stimmen oder umgekehrt durch Verneinung der ohnedies riesigen konservativen Mehrheit, den Bürgerblockpakt des Wahlkampfes vor aller Welt zu bestätigen.

Dies wäre aber auch der einzige Vorteil einer solchen Taktik gewesen. Macdonald hätte sich damit demselben Vorwurf ausgesetzt, den seine Freunde vor Jahresfrist in der gleichen Situation gegen Baldwin erhoben, nämlich am

Amte zu kleben. Und wenn dann die Stunde der Abstimmung gekommen und das Resultat verkündet worden wäre, dann hätte die Labour Party diesen rein taktischen Vorteil mit einem gefährlichen Prestigeverlust bezahlt. Im übrigen wird es in den kommenden Zeiten ohnedies an Gelegenheiten nicht fehlen, das zurückgebliebene Häuflein von Liberalen zu zwingen, sich über ihren künftigen Kurs, ob rechts oder links, zu entscheiden. Mit einer zuweilen geradezu unerbittlichen Folgerichtigkeit verjucht die Arbeiterpartei die Liberalen in die Arme der Konservativen zu stoßen, um sie in den Augen des fortschrittlichen Teiles der öffentlichen Meinung immer mehr zu kompromittieren, zu dezimieren und deren Erbschaft möglichst restlos anzutreten. Zum Teil hat diese Taktik den Liberalen gegenüber zum Ziele geführt — aber nur zum Teil. Die Liberalen haben nicht ganz ein Drittel ihrer Mandate gerettet, aber einstweilen haben die Konservativen den weit größeren Nutzen aus dieser Haltung unserer englischen Freunde gezogen.

### Bürgerblock in Bremen.

Die Verhandlungen zur Neubildung der durch ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gestürzten Bremer Regierung haben ihren Abschluß damit gefunden, daß die Demokraten, Volksparteiler und Deutschnationalen einen rein bürgerlichen Senat bilden, in dem sechs Volksparteiler, fünf Demokraten und drei Deutschnationale als Senatoren vertreten sind. Dieser Bürgerblock-Senat hängt von der Gnade der Hafenkreuzler ab, die für die parlamentarische Mehrheit der Bürgerlichen in Bremen ausschlaggebend sind.

Die Sozialdemokraten, die die Regierungs-umbildung seinerzeit erzwungen hatten, versuchten die Bildung einer Regierung der Mitte. Jedoch verweigerten ihnen die bürgerlichen Parteien die Anerkennung des parlamentarischen Stärkeverhältnisses. Außerdem weigerte sich die Volkspartei, eine Koalition ohne Deutschnationale einzugehen, weil beide die gleichen Industrie- und Handelsinteressen in Bremen vertreten. Die Demokraten ließen sich von der Volkspartei ins Schlepptau nehmen und stimmten aus Angst vor Neuwahlen der Bildung eines Senats von Demokraten bis Bürgerlichen zu.

Die Kommunisten betätigten sich bei dieser Regierungsbildung wieder auf ihre Weise. Sie schlugen einen aus 14 auswärtigen Kommunisten bestehenden Senat vor, an dessen Spitze Marx Hölz, Höllein und Maslowski marschierten.

Die Sozialdemokratie beantragte in der Erkenntnis, daß dieser neue, an der Skizze der Hafenkreuzler hängende Bürgerblock-Senat keine Lebensdauer haben kann, Auflösung der Bürgerschaft und Neuwahlen zusammen mit der Reichstagswahl. Die Demokraten lehnten jedoch die Unterstützung des Antrags ab, wodurch er scheiterte. Die Wahl des neuen Senats durch die Bürgerschaft erfolgt am Mittwoch.

### Wie der Herr, so's Gescherr.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Herr Koch, hat den demokratischen Parteitag in Berlin zu einer gründlichen Abrechnung mit der Deutschen Volkspartei und ihrem Führer Stresemann benützt. Er zeichnete folgendes Porträt Stresemanns:

Es muß einmal gesagt werden, daß die Grundlosigkeit und Bankrotmütigkeit des Herrn Dr. Stresemann einen großen Teil der Schuld daran trägt, daß Deutschland seit dem Jahre 1917 von Katastrophe zu Katastrophe geführt wurde. Seine Bankrotmütigkeit hat 1917 den Reichszentraler Beifmann gestürzt, ohne daß ein geeigneter Nachfolger vorhanden war. Vor der Revolution hat er sich dann zum Parlamentarismus bekannt; nach der Revolution war er Gegner des Parlamentarismus, um dann wieder auf die parlamentarische Linie einzuschwenken. Vor einem Jahre war er gegen die Aufnahme der Deutschnationalen, jetzt ist er für die Aufnahme, nachdem sein Kopf nicht mehr verlangt wird. Es ist die Schuld Stresemanns, wenn die innere Gesundung um Jahre verzögert worden ist. Mag er sich hüten, daß nicht durch seine Schuld für das Gebiet der äußeren Politik dasselbe gilt.

Das Porträt ist richtig, und wie der Herr, so das Gescherr. Die Volkspartei, die ihre Ideologie auf die national-liberale Untertanen- und Surrageinnung des deutschen Spießbürgers aufbaut, um mit seiner Hilfe die Geschäfte der Schwerindustrie zu besorgen, ist der Krebschaden der deutschen Politik.

Von dem alten Nationalliberalismus hat sie die Gesinnungslosigkeit, die Bankrotmütigkeit, die Unzuverlässig-

teil, von der Schwerindustrie die brutale reaktionäre Unternehmerrückbildung in allen sozialen Fragen.

Keine politische Krise in Deutschland, bei der nicht die Volkspartei zum Schaden der deutschen Entwicklung eingegriffen hätte. Dieser Wahlkampf zeigt sie als den Fortschritt der Deutschnationalen. Auch ihr gilt die Abrechnung am 7. Dezember.

### Der ehrliche Kreisverein.

Uns fällt ein Stein vom Herzen! Blamabel für das ganze deutsche Volk wäre es doch, wenn die ganze Deutschnationale Partei so hoffnungslos verlogen erschiene, wie es die offizielle Leitung ist. Aber nein, es gibt doch noch ein paar ehrliche Seelen, die sich wenigstens untereinander nichts vormachen.

Die offiziellen Organe der Deutschnationalen tun immer tief beleidigt, wenn ihnen vorgeworfen wird, sie hätten glenden Schacher mit ihrer Gesinnung getrieben und seien bereit gewesen, für ein paar Ministerfische ihre ganze Vergangenheit zu verraten. Der Kreisverein Altona der Deutschnationalen Partei macht dagegen aus seinem Herzen keine Mördergrube. In seinen „Monatlichen Mitteilungen“ (Nr. 3 vom 1. November) wird in einem „Mißblick auf die Politik unserer Partei“ u. a. ausgeführt:

Dem Parteiverträtstag in Berlin am 30. 9. 1924 erschien die Führerfrage in unserer Partei nicht so wichtig als den meisten unserer Freunde im Lande. Wichtig erschien es, die verheißenen Regierungssitze bald einnehmen zu können und durch Versprechungen für später jetzt die Einigkeit der Partei nach außen zu wahren. ... Unsere Partei schloste sogar die Autarkie-Mischlinien des Kanzlers mit ihrem Streben nach Aufnahme in den Völkerbund und Mitarbeit an der Dawes-Verflabung, die nach allgemeiner Ueberzeugung für unsere Partei unannehmbar und nur gegeben waren, um den Eintritt der Deutschnationalen weiter zu erschweren.

Als Antwort auf die Selbstverleugnung von rechts verleiht der Kanzler die Entscheidung. Wieder erleben wir das klägliche Schauspiel eines Regierungs-Subhandels: nicht völkische und nationale, sondern die Parteibelange herrschen.

Wenn selbst schon Deutschnationale eingestehen müssen, daß ihre Reichstagsfraktion sich nicht von nationalen, sondern von Parteibelangen während der letzten Krise leiten ließ, wie muß es da erst in Wirklichkeit aussehen! —

### Reichsrat und Steuernachlaß.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstag mit der Regierungsvorlage über die Steuerermäßigungen. Nach langen Verhandlungen ging die Sitzung ergebnislos zu Ende, weil sich keine Annäherung zwischen der Auffassung der Länder und der des Reichs ergab. Das Kabinett vertritt die Auffassung, die Ermäßigungen eventuell auf Grund des Artikels 48 durchzuführen, da der Reichstag vor dem neuen Jahre nicht zusammenzutreten wird und die Steuererleichterungen z. B. der Landwirtschaft schon zum 15. November, wo Vorauszahlungen fällig sind, zugute kommen sollen.

Gegen die Anwendung des Artikels 48 trübten sich die Länder, u. a. Preußen und Württemberg, aus Gründen, die sich auf die Bilanzierung der Staats in den Ländern beziehen. Die Durchführung der Ermäßigung bedeutet für Reich und Länder einen Ausfall, der weit über 100 Millionen Mark liegt. Selbstverständlich ist, daß vom Beginn des neuen Finanzjahrs 1925 ab eine Regelung durch neue Steuergesetze, u. a. durch Neuordnung des Finanzausgleichs, geschaffen werden muß. Vorläufig fehlt Ersatz für das laufende Etatsjahr, das mit dem 1. April 1925 zu Ende ist. Hier verlangen die Länder Erstattung, und zwar in genügender Höhe, um den Ausfall zu decken. Aus dieser Sorge heraus haben sie das Kabinett ersucht, vorläufig mit der Anwendung des Artikels 48 bis zum Freitag zu warten, da der Reichsrat an diesem Tage zur Beratung der Auslandskredite doch zusammentritt. Immerhin ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das Kabinett den Wiederzusammentritt des Reichsrats am Freitag nicht abwartet und die Verordnung zu einem frühzeitigen Termin veröffentlicht.

### Kleines Feuilleton.

#### Konzerte.

Hans Weizig gab in den „Altstädter Bürgerfeste“ einen Beethoven-Abend. Man ist es gewohnt, ihn Beethoven spielen zu hören. Er hat es verstanden, das ausschließlich für Klavier interessierte Publikum an sich zu fesseln, außer der üblichen Schülerfächer, die den Klavierpädagogen umschwärmt. In diesem Abend spielte er op. 109 bis 111, jenes letzte große Art Beethovens an die Welt, wie Wagner siebend noch treffend ausdrückt. Weizig ist keiner von den Klavierspielern, die große Konzessionen an das Publikum machen, und wenn er auch mit einem Kapriccio die Hut über den verlorenen Groschen sein Programm schließt, so kämpft er das Bild des Meisters mit dieser Groteske nicht ab. Dieser gigantische Bild aus op. 111 bleibt erhalten. Er war nicht es mit jener Sorgfalt, die nur Beethovenen eigen ist. Das Adagio molto war ein wahrhaftiges Wunder. Heber allen Vorurteilen Weizigs lag eine gewisse wohlwollende Herbeheit, die mit dem Charakter Beethovens harmoniert, eine Eigenart, die nicht oft bei Beethovenklavierspielern wiederkehrt. Um so höher sollten seine Konzerte eingeschätzt werden: er verdient es, daß man seine kommenden Abende ein größeres Publikum sich bewirbt.

Im selben Abend ließ sich im neuen Scrim-Stimmung-Saal der Kopenhagener Hofopermänger Laurids Melchior hören. Ein echter Heldentenor von prächtiger Stimme, fast noch ausgiebiger als die Bombenreklame, die er herausgeschrien hatte. Der Name hat den Sieg und aus Paris in diesem Jahr in Paris gefangen und ist im Estern, Argentinien, London, an der bedeutendsten englischen Opernbühne, angegriffen. Das verpflichtet ihn aber alles nicht, sich als Konzertsänger zu betätigen. Was er alles mit seiner wunderbar dröhnenden Stimme von sich gibt, ist für ein möglich großes Lokal einseitig. Es ist, wie schon das Programm betitelt, keine tiefere musikalische Kultur, sondern Befriedigung des Sensationsbedürfnisses, namentlich des weiblichen, das durch jede sinnliche Strapazierung in eine feineren, nur künstlerische Erregung versetzt wird. Wer die Verirrungen eines Raab-Brodman nicht kennt, den wird dieses Stimmphänomen nicht erschrecken können bei aller Bewunderung, die man den ungewöhnlichen Mitteln entgegenbringt. Wer ist übrigens für die jenseitige Insumierung des ehemaligen Stimmphänomens verantwortlich? Soll das eine Opposition gegen Lari bedeuten, daß man das ganze Lokal auf jeder Seite und Weizig gewirmt hat? Auf jeden Fall bedeutet das ein Zurückwärt in trügerische künstlerische Phantasieorgel, wie man sie

Heber den materiellen Inhalt der Pläne des Radikals erfahren wir folgendes: Die Umsatzsteuer soll eine Ermäßigung von 2 auf 1 1/2 Prozent und die Zugsteuer eine solche von 15 auf 5 Prozent erfahren. Weitere Maßnahmen seien Mißbräuche beim Lohnabzug vor. Hier denkt man an eine Erhöhung des steuerfreien Lohnes von 600 auf 720 Mark. Dazu kommen weitere Mißbräuche, deren Vorteile den wirtschaftlich Schwachen zugute kommen sollen. Man denkt u. a. an eine Befreiung der Steuerleistung für Invaliden und so weiter, deren Einkommen wohl über 720 Mark liegt, aber nicht in dem Maße, daß die Steuerleistung 20 Pfennig für die Woche übersteigen wird. Weiter sollen die Vorauszahlungen auf die Kaufsteuereinkommensteuerfächer durchweg um 25 Prozent ermäßigt werden.

Die Regierung betont, daß sie mit diesem Steuerermäßigungsprogramm die eine Preisbilligungsaktion verbindet, und ist auch gewillt, bestimmte Garantien als Konzessionen für die Steuerermäßigungen durchzusetzen. Das ist nach dem Fiasco der verschiedenen Preisentlastungsaktionen, z. B. durch Kohlenpreis- oder Frachtermäßigung nur verständlich. So ist u. a. eine Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer vorgesehen. Die Durchführung dieser Mißbräuche hängt aber davon ab, daß die Banken unmittelbar eine Ermäßigung der Provisionsfächer in Kraft treten lassen, damit die Mißbräuche der Börsensteuer dem Publikum und der Geldbewegung zugute kommt.

Den Steuerplänen der Regierung stehen wir mit dem stärksten Mißtrauen entgegen. Wir fürchten, die ganze Aktion läuft genau wie die erste auf ein riesiges Gefecht an den West hinaus. Der Preisabbau wird mit solchen Mitteln nicht erzwingen und die Mißbräuche des Lohnabzugs sind nicht derart, daß von einem Ausgleich die Rede sein kann; es wird damit dem Unternehmertum nur eine Waffe in die Hand gedrückt, um die Öffentlichkeit bei Lohnkämpfen bearbeiten zu können.

### Die kommende Personalordnung.

Gegen Ende dieser Woche wird voraussichtlich der vierte Entwurf der Personalordnung der Reichsbahn fertiggestellt werden. Schon in den bisherigen Entwürfen fand eine Reihe von Forderungen der Gewerkschaften Berücksichtigung. Allein wie die Gewerkschaften den dritten Entwurf als Ganzes ablehnen mußten, so wird es schließlich auch bei der endgültigen Fassung der Personalordnung sein. Der vierte Entwurf hat, wie der „Soz. Pressebericht“ erzählt, insgesamt 30 Abschnitte, die, wie z. B. im Versicherungswesen und bei den Wohlfahrts-Einrichtungen, zum Teil die früheren Bestimmungen übernehmen, teilweise aber auch wichtige Änderungen bringen.

In Zukunft gibt es nur noch Reichsbahnbeamte; sie sind keine Angestellten und keine Reichsbeamten im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern das Produkt eines ausgeklügelten Systems. Der Charakter des Berufsbeamtenums ist gewahrt. In der Hauptsache gibt es bei der Reichsbahn künftig zwei ganz verschiedene Kategorien von Beamten, die alten und die neuen. Die alten Beamten, d. h. die bei der Umstellung nicht übernommenen Beamten, haben im wesentlichen ihre alten Rechte beibehalten. Der neue Beamtennachwuchs dagegen ist in bezug auf Beamtenrechte wesentlich schlechter gestellt. Die Reichsbahnbeamten sind republikanische Beamte.

Sie haben den Eid auf die Verfassung zu leisten. Die Reichsbahn wird verpflichtet, zur Unterbringung der Versorgungsberechtigten (Militärwärter) 15 Prozent der einzuwillenden Beamten aus den Versorgungsberechtigten zu entnehmen. In der Besetzungfrage ist zunächst noch keine Neuregung vorhanden. Hier sind die Machtbefugnisse des Generaldirektors noch nicht klar abgegrenzt. Die Organisationen fordern hier Einschränkung der Machtfülle des Generaldirektors durch eindeutige Festlegungen in der Personalordnung.

Von dem neuen Pläne, daß Verwaltungsrat und Generaldirektor zusammen die Entscheidung haben sollen, sind die Gewerkschaften nicht entzückt. Der Einfluß des Reichstags kann nur indirekt und höchstens bei der Aufstellung einer neuen Besetzungsordnung fester geltend gemacht werden. Der Reichsfinanzminister hat sein Einspruchsrecht — natürlich nur nach oben. Ein Einspruchsrecht gegen eine Ueberziehung der unteren Grenze zu schaffen, hat man seinerzeit vergessen. Neu ist, daß für besonders gefährdete Posten Zulagen bezahlt werden. Das Drängen der Eisenbahnbeamtenenschaft auf höhere Einstufung wird

wahrscheinlich nur zu einer Vermehrung der Stufen führen; zweckmäßiger wäre es, nicht auf höhere Stufen, sondern auf höhere Bezahlung innerhalb derselben Stufe zu drängen.

In der Urlaubsfrage bleibt es wahrscheinlich einstweilen beim Urlaub der Reichsbeamten.

Die Organisationen sind dagegen, daß der Verwaltungsrat und Generaldirektor allein in der Urlaubsfrage bestimmend sein sollen. Bei der Veretzung in den einstufigen Ruhestand (Wartegeld), in den dauernden Ruhestand, beim Weg der Pension sind für den alten Reichsbahnbeamten die Ansprüche aus seinen bisherigen und noch geltenden Rechten gewahrt. Das ist z. B. der Fall bei Veretzung auf eine Dienststelle von geringerer Bewertung. Oder wenn z. B. die Reichsbahn eines Tages die Pensionssätze herabsetzt, dann wird nicht die Pension der alten Dienstjahre gekürzt, sondern nur die der neuen. Bei den künftigen Beamten kommt die Veretzung in den einstufigen Ruhestand nur dann in Frage, wenn es sich um eine besonders qualifizierte Arbeitskraft handelt, für die vielleicht im Augenblick keine Verwendung vorhanden ist.

Bei Entlassungen ist die Möglichkeit der Zahlung einer Abfindungssumme vorgesehen.

Diese Abfindungssumme wurde bei den Verhandlungen gegenüber den Gewerkschaften als besondere Wohlthat gepriesen. Sie ist im Grunde nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit; denn erfahrungsgemäß gelingt es einem älteren Eisenbahner nur sehr schwer, in der Privatwirtschaft ein Einkommen zu finden. Gegen Veretzung in den Ruhestand, gegen Entlassung u. dgl. ist, wie bekannt, ein Einspruchsrecht bei einer Schiedsstelle vorgesehen.

In der Arbeitszeitfrage sind die Richtlinien des Reichskabinetts und ebenso die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung übernommen worden. In der Dienst- und Mietwohnungsfrage sind die alten Vorschriften beibehalten. Abänderungsmöglichkeiten liegen im Bereich des Generaldirektors. Auch hier wollen die Gewerkschaften, daß ein Teil der Macht des Generaldirektors in die Personalordnung verlegt wird. Für Krankheitsfälle ist neu vorgesehen, daß bei den künftigen Beamten zunächst die Weiterzahlung des Gehalts bis zu 26 Wochen erfolgt und wenn dann der Arzt feststellt, daß Aussicht auf Genesung besteht, die Entlassung zunächst nicht vorgenommen werden darf.

Für die Dienst- und Schulleitung werden besondere Vorschriften vom Generaldirektor erlassen. Bei den Dienstverordnungen und Strafen sind die wesentlichsten Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes übernommen; sie haben aber, wogegen die Organisationen sich wandten, insofern eine Verschärfung erfahren, als schon gewöhnliche Vorgefekte Strafbefugnisse in die Hand bekommen haben. Diese Verschärfung ist nicht zu halten.

Die endgültige Personalordnung, die aus dem angekündigten vierten Entwurf hervorgehen soll, wird im Laufe des Monats Januar erscheinen.

### Regiment Arminius.

Die Chemnitzer „Volkstimme“ bringt das Familienbild eines „Regimentsbefehls Nr. 1“, mit der Unterschrift: C. Herth, Regimentskommandeur, und dem Datum: Chemnitz, 1. Oktober 1924. In sieben Abschnitten wird darin die „auf Befehl der Landesleitung“ erfolgende Eingliederung der „Sport- und Wanderabteilung Arminius“ in den (Ludendorffschen) Großdeutschen Frontbann behandelt. Gleichzeitig werden „Serren zum Regimentsstab kommandiert“ und drei Bataillonsführer ernannt. Ziffer 5 lautet:

Es ist unbedingt Sorge dafür zu tragen, daß bis 10. Oktober 1924 sämtliche Angehörigen meines Regiments vollständig ausgerüstet sind, ebenso muß bis dahin jeder mit dem Gewehr umzugehen verstehen. Inguverläßliche Personen sind unter allen Umständen von den nächsten Zusammenkünften fernzuhalten bzw. sofort zu entlassen, denn nur wenn wir uns auf jeden einzelnen verlassen können, besteht Aussicht auf Erfolg unserer nächsten Ziele.

Angehängt sind die Dienstvorschriften. Darin lautet § 3:

Aufnahme finden nur echte Nationalsozialisten über 18 Jahre, die jederzeit bereit sind, mit dem äußersten für unsere heiligen Ziele einzutreten. Der Aufnahme selbst geht Aufnahme- und Einzeichnung des als Beilage I beigefügten Aufnahme- und Verpflichtungsscheines voraus. Sämtliche darin gemachten Angaben sind sofort gründlich nachzuprüfen. Nur ganz einwandfreie Leute dürfen aufgenommen werden. Als Sicherheit müssen mindestens 3 bereits längere Zeit im Regiment bekannte Kameraden für den Neuaufzunehmenden Bürgschaft leisten. Die Aufnahme selbst entscheidet lediglich der Kompanieführer. Neuaufnahmen finden nur als Schützen statt, jedoch können, soweit Stellen frei sind, ehemalige Militärdienstgrade als Vorgefekte eingestellt werden. Jeder dem Regiment

hente dem Publikum nicht mehr zumuten dürfte. Die „Altstädter Bürgerfeste“ sind ein leuchtendes Gegenbeispiel.

Theaterkritik. Das „Dramatische Theater“, das in der letzten Zeit viel von sich reden macht, hat nunmehr ein jähres Ende gefunden. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend gab Herr Gerst, der als Generalsekretär des Bühnenvereins und zuletzt alleiniger Geschäftsführer des Theaters war, die Erklärung ab, er sei nicht mehr in der Lage, die Gagen und Söhne für die abgelaufene Woche zu zahlen. Hierauf erklärte der Direktor Dietzle, daß er den Konkurs anmelden wolle, um wenigstens die auf dem Polizeipräsidium hinterlegten Kautionsgelder für die Angestellten ausgegahlt zu erhalten. Schon am Sonnabend wurde das Polizeipräsidium benachrichtigt, womit auch die an das Dramatische Theater erteilte Konzession ihr Ende genommen hat. Am Sonnabend nachmittag fand dann eine Versammlung der Schauspieler und des technischen Personals statt, in der Direktor und Generalsekretariat Erklärungen über die Lage abgaben. Fernerhin wählten die Präsidien der Bühnengenossenschaft Ridel und Ballauer der Versammlung bei, die einen außerordentlich für mich wichtigen Verlauf nahm. Schließlich forderte man die sofortige Auflösung des Dramatischen Theaters und die Ausschüttung der Kautions. Dem Antrag wurde stattgegeben und die Freigabe der Kautions beschlossen. Infolgedessen begaben sich am Montag vormittag Präsident Ridel, Direktor Dietzle, zwei Schauspieler und zwei Vertrauensleute des technischen Personals zum Polizeipräsidium. Dort sollen, wie verlautet, von dem Geldgebern 50 000 Mark und von dem Bühnenvolksbund 43 000 Mark deponiert worden sein. Man beschloß ferner, das Theater nicht sofort zu schließen, sondern noch vier Tage lang weiterzuspielen. Eine Fortsetzung der Direktion Dietzle kommt nicht mehr in Frage. Die prominenten Mitglieder des Theaters hoffen andere Engagements abschließen zu können, während die kleineren Schauspieler handlos geworden sind. Das ist das unruhigste Ende des noch nicht 14 Tagen vom „Bühnenvolksbund“ mit großem Klamauf übernommenen Theaters. — Dieser Tage hat Max Reinhardt sein neues „Theater der 500“ unter dem Namen „Komödie“ am Kurfürstendamm eröffnet; es ist wie das der Direktion Robert Geppinger „Theater am Kurfürstendamm“ ein neues Schauspielhaus für die ganz Köpen. —

Kritik der Kritiker von Richard Strauß. Richard Strauß will seine Stellung als Leiter der Wiener Staatsoper ausgeben. Der Unterrichtsminister als sein unmittelbarer Vorgesetzter erklärte auf Anfragen Wiener Zeitungen, die genaue

Überprüfung der Bilanz der Oper im Jahre 1923 habe zur vollen Klarheit darüber geführt, daß ein erfahrener, mit den Verhältnissen der Wiener Staatsoper wohl vertrauter Mann unbedingt während der ganzen Spielzeit am Platze sein müsse. Nun hat Strauß bei seinem letzten Vertrag durchgesetzt, daß er bloß eine fünfmonatige Arbeitszeit hat. Nachdem also Strauß den größten Teil des Jahres nicht in Wien bringt, so kann ich meiner Ueberzeugung nach die Führung der Geschäfte der Staatsoper nur Franz Schalk, der sein halbes Leben der Oper gewidmet und persönliche Interessen immer zurückgestellt hat, anvertrauen. Ich bin mir dabei natürlich der überragenden künstlerischen Bedeutung Strauß für die Staatsoper sehr gut bewußt. Ich bin nicht der Meinung, daß durch das Verbleiben Schalks als geschäftsführender Direktor und bei Festhalten der von mir ausgearbeiteten Dienststruktur für beide Direktoren, in welchem Strauß die künstlerische Oberleitung gemäß leistet, ein Grund zu einem Demissionsangebot gegeben ist. Meine Richtlinien sind ausschließlich durch mein Interesse an der Erhaltung der Staatsoper interessiert. So wie der Staat vor kurzem wieder die bedeutendsten Opfer für die Staatsoper gebracht hat, so muß ich für die Staatsoper vom ersten bis zum letzten Angestellten Opfer fordern. Diese Auffassung des Ministers ist um so gerechtfertigter, als die staatslich unterstützte Wiener Volksoper bereit vor dem Bankrott steht. —

George Grosz in Wien beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft Wien hat die Beschlagnahme der Bildermappe „Ecc Homo“ von George Grosz verfügt, weil „durch die Verbreitung dieser Bilder die Sittlichkeit und Schamhaftigkeit gröblich und auf öffentliche Vergernis erregende Art verletzt“ wird. Die Beschlagnahme wurde in allen Verkaufsstellen durchgeführte Bekanntheit ist das Werk auch in Berlin und in der Schweiz der Konfiskation verfallen. In Wien befindet sich das Werk seit dem November 1923 im öffentlichen Handel. Die Originalfamilie Bilder waren sechs Wochen lang in einer Galerie öffentlich ausgestellt. Es fanden offizielle Führungen statt und die Sätze hatten einen Besuch aufzuweisen wie nie zuvor. Hierauf wurden die Bilder in Paris ausgestellt und gelangen im November dieses Jahres in Paris im Salon Billier zur Ausstellung, die zugleich die erste eines deutschen Künstlers in Frankreich nach dem Kriege darstellte. Das paßt vortrefflich zusammen: erst werden zwei Bilder von Grosz in einer Wiener Ausstellung vandalisch zerstört, dann das Rahmenwerk von George Grosz beschlagnahmt. In beiden Fällen handelt es sich um öffentliche Vertreter der modernen Kunst.

# Radiodienst der Volkstimme.

## Der Sieg der Republikaner.

Pr. New York, 5. November. Die Republikaner haben einen großen Vorsprung vor den übrigen beiden Parteien. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist für Coolidge eine starke Majorität sicher. In Michigan, Illinois und Kansas hat Coolidge einen großen Stimmenüberschuss. Im fernsten Westen, in Dakota ist Coolidge an der Spitze. Im Staate Wisconsin hat La Follette zwar die Mehrheit, aber ohne Einfluss auf das Gesamtergebnis damit ausüben zu können.

Es liegen aus verschiedenen Staaten Meldungen vor. So aus New York Coolidge 621 234, Dawes 249 774, La Follette 114 172; aus Georgia: Coolidge 12 274, Dawes 25 172, La Follette 1188.

Die Gesamtstimmzahl ist noch nicht festzustellen. Aus der Zahl der Wahlmänner, die jetzt schon feststeht, ist aber Coolidge mit großer Mehrheit als sicher gewählt zu betrachten. Die Republikaner haben 217, die Demokraten 143 und die Fortschrittler (La Follette) 219 Wahlmänner.

Es muß beachtet werden, daß man bis 6 Uhr amerikanischer Zeit, das ist Mitternacht bei uns, wählte, daß also die Möglichkeit, nach so wenigen Stunden abschließende Resultate zu erhalten, sehr gering ist.

## Brügelnde Wähler.

Pr. New York, 5. November. Die Präsidentschaftswahlen sind nicht ohne Zwischenfälle verlaufen. Der außerordentlich heftige, von leidenschaftlichen Anklagen und schweren gegenseitigen Beschuldigungen erfüllte Wahlfestzug hat in vielen Orten die Bevölkerung dermaßen aufgereizt, daß die Gemüter während der Wahlhandlung selbst heftig aufeinanderprallten. In einer ganzen Reihe von Orten mußte die Polizei verstärkte Sicherheitsmaßnahmen treffen, um zu verhindern, daß es zu offenen Tumulten kam. Dennoch kam es vielfach zu wilden Raufereien zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien. In Chicago wurden bei einer solchen Schlägerei eine ganze Anzahl Personen verwundet und eine getötet, bevor die Polizei eingreifen konnte.

## Sturm in der französischen Kammer.

Paris, 5. November. In der ersten Sitzung der Kammer kam es am Dienstagabend bei der Geschäftsordnungsdebatte zu starken Äußerungen, als ein Redner der Opposition die Regierung als Vertretung der Regierung bezeichnete. Schließlich mußte die Sitzung unterbrochen werden. Nach Wiedereröffnung derselben gab es lebhaftere Stürme, zumal als derselbe Redner ausrief: „Hoffentlich kehrt bald die Regierung Poincaré wieder.“

Im größten Lärm gelang es dem sozialistischen Abgeordneten Mautet, durchzubringen und den Antrag auf Eröffnung der Tagesordnung zu stellen. Die Regierung unterstützte diesen Antrag, der dann mit 410 gegen 171 Stimmen angenommen wurde. Sodann wurde mit 308 gegen 140 Stimmen beschlossen, am Mittwoch mittag mit der Beratung des Haushalts zu beginnen. Damit war die Opposition, die die Diskussion erst in acht Tagen beginnen wollte, durchgefallen.

## Kraffin russischer Botschafter in Paris.

Paris, 5. November. Der diplomatische Vertreter der Sowjetregierung in London, Krawtschik, hatte am Dienstagabend eine Unterredung mit Ceretti, die der Vorbereitung der offiziellen diplomatischen Beziehungen galt. Krawtschik überbrachte dabei die Mitteilung, daß die Sowjetregierung mit der Ernennung Jean Kerbettes zum französischen Botschafter in Moskau einverstanden sei und erhielt zu gleicher Zeit die anerkennende Erklärung der französischen Regierung zur Ernennung Krawtschiks zum russischen Botschafter in Paris.

Da man in Paris noch am Dienstag angenommen hatte, daß Krawtschik selbst die diplomatische Vertretung Russlands in Paris übernehmen würde, kommt die Erklärung, Krawtschik werde

Gesandter in Paris, einigermassen überraschend. Als Grund dafür wird angegeben, daß die Sowjetregierung angesichts des Uebergangs der Regierung in London an ein dem neuen Regime in Russland nicht sonderlich wohlgesinntes Kabinett es für unangebracht gehalten habe, gerade jetzt einen Personalwechsel auf dem Londoner Botschafterposten vorzunehmen.

Kraffin, der von Beruf Ingenieur und bis zum Kriegsausbruch Vertreter der Siemens-Schuckertwerke in Petersburg war, gilt als einer der gemäßigten Vertreter des Bolschewismus. Er war es, der im Jahre 1921 den ersten Vertrag zwischen der Sowjetregierung und England zum Abschluß gebracht hat.

Krawtschik, der am Donnerstag nach London zurückkehrt, wird voraussichtlich an den vorbereitenden Arbeiten zu den Anfang Januar beginnenden französisch-russischen Verhandlungen zur Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern teilnehmen.

## Der päpstliche Gesandte fühlt sich verletzt.

Paris, 5. November. Es wird offiziell bestätigt, daß der päpstliche Nuntius in Paris, Ceretti, gegen die am Sonntag vom Unterrichtsminister Francois Albert gehaltene Rede, durch die er sich sehr bald öffentlich angegriffen fühlt, im Auswärtigen Amt Vorstellungen erhoben habe. Die Stelle der Rede, gegen die der Nuntius Einspruch erhoben hat, spielt auf eine Anekdote des Nuntius vor etwa zwei Jahren an, die das katholische Institut in Paris als das alleinige Unterrichtsideal hingestellt habe.

Der Unterrichtsminister hat diese Betrachtungsweise auf das entschiedenste zurückgewiesen und sein Verhalten darüber zum Ausdruck gebracht, daß der Vertreter einer fremden Macht in solcher Weise aus der Zurückhaltung, die ihm sein Amt auferlege, heraustrete. Da Ceretti Dohyen, das ist Wortführer oder Vorsitzender des diplomatischen Korps ist, wurde er von Ceretti persönlich empfangen, dem er sein Erstaunen über die Ausführungen des Unterrichtsministers ausdrückte. Er hoffe auf das Bestimmteste, daß die französische Regierung ihm darüber ihr Bedauern ausdrücken werde.

„Nun“ will wissen, daß Ceretti für den Fall, daß er die gewünschte Genugtuung nicht erhalte, an das gesamte diplomatische Korps zu appellieren beabsichtige oder aber, wenn er bei diesem nicht die erwartete Unterstützung finde, seine Demission geben werde.

## Der Giftmischer aus dem Jungdeutschen Orden.

Br. Samueln, 5. November. Der Urheber des Attentats, das am Sonntagabend auf dem Bahnhof Heilich-Oberndorf gegen Angehörige des Reichsbanners ausgeübt wurde, ist in der Person des Apothekers Dr. Lange aus Heilich-Oberndorf ermittelt. Der Fergang der Tat konnte lückenlos festgestellt werden. Der Giftmischer hatte schon während der Feier ein weisses Pulver unter die Tausende der Teilnehmer gestreut, das aber wegen der Windrichtung nicht wirkte. Daraufhin wiederholte er sein Verbrechen am Abend auf dem Bahnhof mit dem Erfolge, daß verschiedene Reichsbannerleute sofort erkrankten.

Der Attentäter ist Mitglied des Jungdeutschen Ordens, dessen Abzeichen er während der Tat trug. Der Staatsanwaltschaft ist das Ergebnis der Ermittlungen unterbreitet worden; ebenso wurde der Regierung Mitteilung davon gemacht. Es ist anzunehmen, daß dem Attentäter die Erlaubnis zum Betrieb der Apotheke entzogen wird.

## Siemens u. Halske sperren alles aus.

Berlin, 5. November. Die Direktion von Siemens und Halske hat die Belegschaft von 3000 Mann ausgesperrt. 230 Dreher hatten am Freitag wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Daraufhin wurde heute die ganze Belegschaft ausgesperrt.

Beginn der Opiumkonferenz. Die Opiumkonferenz wurde am Montag vormittag im Reichspalast eröffnet. Die Verhandlungsausschüsse hielt der Generalsekretär des Völkerbundes Drummonds. Als Vorsitzender wurde van Veltum (Holland) gewählt. Die Konferenz dauert 14 Tage.

## Depechen.

### Immer noch der Sinowjew-Brief.

Ms. London, 6. November. Zur Uebernahme der Regierung durch Baldwin schreibt „Daily Graphic“, die Nation erwarte von der neuen Regierung eine Politik, die die Interessen des Mutterlandes und des ganzen Reiches berücksichtige.

„Daily News“ zufolge werde erwartet, daß Baldwin morgen Abend die Namen seiner hauptsächlichsten Kollegen in der neuen Regierung veröffentlichen werde. In einem Leitartikel schreibt das Blatt, mit dem Sinowjew-Brief nahm die Arbeiterregierung ein schmähliches Ende.

„Westminster Gazette“ schreibt, der Kabinettsausschuss halte es für unmöglich, den Sinowjew-Brief als Fälschung zu bezeichnen. Die Regierung sei ihrer Pflicht, ihr Urteil zu erklären, ausgewichen. Die Deffenlichkeit werde darin einen entscheidenden Mißerfolg erblicken. Wieviel höher hätte MacDonald im Urteil des Landes gestanden, wenn er mutig zugegeben hätte, daß er die Deffenlichkeit bei dieser Gelegenheit irreführte. Dies sei ein erstaunliches Ende der ersten Arbeiterregierung.

„Daily Telegraph“ schreibt, MacDonald legte gestern sein Amt in dem Bewußtsein nieder, daß seine persönliche Stellung im öffentlichen Leben Englands vor allem in der Achtung seiner eignen Partei unermesslich tiefer sei als zu der Zeit, wo er Premierminister wurde.

Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Express“ schreibt, der Kabinettsausschuss stellte fest, daß der Sinowjew-Brief durch den auswärtigen Geheimdienst ermittelt wurde, der nicht befragt werden dürfe, wie und durch wen die Mitteilung erzielt wurde. Die Methoden, mittels der dieser Geheimdienst seine Arbeiten durchführe, würden mit äußerster Geheimhaltung behandelt, und nicht einmal das Kabinett könne irgendwelche Einzelheiten erhalten, da die Entfaltung über die Verschaffung des Dokuments einen Beamten im Auslande das Leben kosten könnte.

### Faschisten gegen Faschisten.

Ms. Rom, 5. November. „Nuovo Paese“ berichtet das noch unbestätigte Gerücht, daß der Inhaber der Goldenen Tapferkeitsmedaille, Viola Baccio und San Sebastiano, der Leiter der Kriegsteilnehmervereinigung, aus Protest gegen die mehrfachen Angriffe der Faschisten gegen ihre Organisation aus der faschistischen Partei austreten werde.

### Schweres Automobilunglück.

Ms. Schneidemühl, 5. November. An der Eisenbahnkreuzung Schneidemühl-Stargard hat sich zwischen den Stationen Scharf und Groß-Wittenberg heute morgen ein schweres Automobilunglück ereignet. Als das Auto des Mollereibefähigten Hellwig aus Rosenfeld die Straße passieren wollte, wurde es von dem gerade heranahenden Zug erfasst. Der Chauffeur wurde auf der Stelle getötet, einem andern Insassen des Wagens gelang es, noch rechtzeitig abzuspringen. Er erlitt einen Verwundung. Es wird angenommen, daß der Chauffeur, von der gerade aufgehenden Sonne geblendet, das Herannahen des Zuges nicht bemerkt hat.

gehörige hat seinen Vorgesetzten gegenüber unbestimmten Gehorsam zu leisten, desgleichen über die Vorgänge im Regiment größtes Stillschweigen zu bewahren. Zuwiderhandlungen werden mit sofortiger Entlassung geahndet. Die Vereidigung hat durch die Herren Kompanieführer zu erfolgen.

Diese und andre Bestimmungen sind eindeutig. Sie zeigen klar, daß es sich um eine gesetzwidrige Geheimorganisation handelt, sogar das Merkmal des „unbedingten Gehorsams gegen befannte Obere“ findet sich. Die Dienstvorschriften enthalten noch genaue Anweisungen über Kleidung, Waffendienst usw. Die Dienstvorschriften enden:

Jede Kompanie hat wöchentlich eine Liste der in ihrem Bereich wohnhaften eventuell im Ernstfall als Geiseln in Betracht kommenden hochgestellten jüdischen Personen einzureichen. Ebenso über die Führer der Linksparteien und Redakteure der Linkszeitungen. Zusammenkünfte mit dem Reichsbanner sind soweit wie möglich zu vermeiden.

Ich erwarte von einem jeden Angehörigen des Regiments, daß er sich voll und ganz unter seine Führer stellt und, falls der Tag hereinbricht, wo endlich die Rechnung gehalten wird mit den Novemberverbrechern von 1918, mit Leib und Seele für die heilige Bewegung einsetzt.

Als Herausgeber der Dienstvorschriften der Reichsleitung bleiben bestehende Dienstvorschriften bestehen.

Der Frontmann haut die Kaders aus, er bereitet den „heiligen Tag“ vor, an dem mit Judenpogrom der bewaffnete Sturm auf Verfassung und Republik gewagt wird.

Aber es kommt ein 7. Dezember, der den Frontmann sprengen und mit eisernem Befehl die Monarchisten-diener in Amtsstellen der Republik weggehen wird! —

## Branting am Ruder.

Aus Stockholm wird uns geschrieben:

Schweden hat wieder ein sozialistisches Kabinett. Die ersten Maßnahmen dieser Regierung geben bereits zu erkennen, daß Branting vorläufig nur Reformen durchführen will, für die er die Unterstützung einiger bürgerlicher Kreise erhoffen kann. Tatsächlich muß er sehr vorsichtig ans Werk gehen, wenn seine Regierung nicht das Schicksal MacDonalds erleiden soll; denn auch die neue schwedische Regierung ist nur ein Minderheitskabinett.

Man darf bei der Beurteilung der Maßnahmen der dritten sozialistischen Regierung Schwedens nicht vergessen, daß der Wahlkampf von Anfang an unter der Parole: Die Bürgertum — die Sozialismus! geführt wurde, und auch heute noch sehr starke politische Kräfte wirksam sind, die eine Sammlung aller bürgerlichen Parteien, die Bildung eines Bürgerblocks, erstreben. Wenn diese Absicht bisher auch nicht durchgeführt wurde und die Freisinnigen sich bereit erklärt haben, die Sozialdemokratie zur Durchführung der Arbeit zu unterstützen, so haben die Rechtskreise den Gedanken zur Schaffung eines Bürgerblocks doch noch nicht aufgegeben. Sie versuchen vielmehr mit allen Mitteln, die Freisinnigen zu sich herüberzuziehen. In Anbetracht dieser Situation muß Branting darauf bedacht sein, eine Politik des Ausgleichs wenigstens gegenüber den Freisinnigen zu führen. Das versteht die schwedische Arbeiterchaft durchaus.

Die Regierung wird zunächst die Durchführung der Abrüstung in die Wege leiten. Sie beabsichtigt jedoch nicht etwa wie das dänische Kabinett, das gesamte Meer und die Flotte abzuschießen, sondern will zunächst nur die Ausgaben für die Landesverteidigung auf ein für das Volk erträgliches und mit den außenpolitischen Verhältnissen zu vereinbarendes Maß herabsetzen. Hier wird es notwendig sein, ein für die Sozialdemokratie wie auch für die Freisinnige Partei annehmbares Kompromiß zu schaffen. Die notwendigen Bemühungen sind hierzu bereits im Gange. So hat z. B. der Kriegsminister Hansen vor wenigen Tagen zu der Frage öffentlich Stellung genommen und die Erklärung abgegeben, daß für das Jahr 1925 lediglich die Wehrverfassung provisorisch geordnet werden soll und das Ministerium dann in engerer Fühlung mit den Freisinnigen die endgültige Wehrverfassung ausarbeiten wird.

Völlig unentschieden ist vorläufig aber die Frage, was aus dem Genfer Protokoll wird. Branting hat sich schon in Genf sehr warm für eine Unterzeichnung eingefetzt. Gegen die Unterzeichnung haben sich aber fast von Anfang an sämtliche bürgerlichen Kreise gewendet, da sie befürchten, daß die Unterzeichnung eine weitere Stärkung der französischen Machtpositionen und einen Verzicht der schwedischen Neutralitätspolitik zur Folge haben müsse. Ein Blick in die bürgerliche Presse zeigt, daß die Rechtskreise hoffen, durch die Erörterung dieser Frage Branting zu Fall zu bringen und dann unter der Parole für oder gegen die Unterzeichnung des Genfer Protokolls einen neuen Wahlkampf zu führen. Der hiergegen eröffnete Presskampf der Sozialdemokratie und die Regierungserklärung Brantings lassen jedoch die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß dieser Versuch der Rechtskreise nicht glücken wird. Es besteht vielmehr die Hoffnung, daß die Regierung, falls sie geschickt operiert, eine Mehrheit für die Unterzeichnung findet oder mit Aussicht auf einen Wahlsieg an das Volk appellieren könnte.

## Notizen.

Das bayrische Gemeindegewahlgesetz angenommen. Der Bayerische Landtag nahm am Dienstag das neue Gemeindegewahlgesetz an. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen, weil das Gesetz in verschiedenen Punkten einen Ausbau und damit eine Einschränkung der Bestimmungen des Selbstverwaltungsgesetzes enthält. Durch die Annahme des Gesetzes finden nunmehr die bayrischen Gemeindegewahlen gleichzeitig mit der Reichstagswahl am 7. Dezember statt.

Bochners Beschwerde verworfen. Gegen das Urteil der Disziplinarkammer für richterliche Beamte vom 12. Juli d. J. hatte Bochner Beschwerde beim Disziplinarkommission für die bayrischen Staatsbeamten eingelegt, der sich am Dienstag mit dieser Beschwerde befaßte. Nach längerer Beratung verwarf der Disziplinarkommission die Beschwerde, wodurch nunmehr endgültig Bochners Laufbahn als Staatsbeamter (er war zuletzt Richter am Obersten Landesgericht) beendet ist. Als Ration wurden ihm 19/20 zugesprochen.

Der deutsch-französische Handelsvertrag. Die Räte Oktober verhandelt Verhandlungen wurden am Mittwoch in Paris wieder aufgenommen. Wie erwartlich, hat die erste Phase der Verhandlungen zu einer grundsätzlichen Verständigung darüber geführt.

daß Frankreich, das in seinem Zoll- und Vertragsystem die Klavier der Meißelung nicht kennt, diese von Deutschland zugelassen erhalten soll unter der Voraussetzung, daß Deutschland für alle wichtigen Importartikel den französischen Minimaltarif erhalten soll.

Bruch der Memeler Autonomie. In Kaliningrad erlosch bei einer Hausung nach Waffen der Führer der litauischen Schützen einer nationallitauisch-litauischen Jugendorganisation, den Oberwachmann der mecklenburgischen Landespolizei Heidemann. Heidemann war im Memeler Krankenhaus an den Folgen der Verletzung. Der Mörder entflo, lebte jedoch später zurück. Am nächsten Tage kam ein Automobil mit ein entlaufener Offizier und zwei litauischen Nationalisten nach Kaliningrad und nahm der Mörder Peter mit. Als Polizeibeamt im Auftrag der Staatsanwaltschaft den Mörder verhaften wollten, erklärte ihnen der Offizier, daß Peter seit Gefangener sei. Peter wurde in die Memeler Kaserne geschafft. Der Vorfall ist ein glatter Bruch der Autonomie, in deren Statut dem Memelgebiet die eigene Gerichtsbarkeit zugesichert ist.

Zummißnahme deutsch-polnischer Abgeordneter. In der polnischen Parlamentskommission wurde über die Auslieferung dreier deutscher Abgeordneter beraten. Die Auslieferung des Abg. Graebe (wegen eigenmächtiger Entlassung der Amtsiegel von den Klumlschleichen der deutschen Vereinnung in Bromberg) wurde mit acht gegen 7 Stimmen abgelehnt. Der polnisch-nationale Referent Marweg wollte auch die Auslieferung der deutschen Abg. Moriz und Pantzag (Sog. wegen angeblicher Aufforderung zur Nichtbezahlung der Steuern bejwornen). In beiden Fällen wurde die Auslieferung abgelehnt.

Schwache Belebung des Metallmarktes. Der Metallmarkt hat in den letzten Wochen eine Belebung erfahren; jedoch bewegen sich die abgeschlossenen Geschäfte immer noch in engen Grenzen. Trotzdem sind die Preise gestiegen. Wo Geschäfte abgeschlossen wurden, handelt es sich durchweg um Inlandsgeschäfte. Das Auslandsgeschäft, besonders das Metallfabrikationsgeschäft, ist nach wie vor sehr schwach.

Session der französischen Kammer. Die außerordentliche Herbstsession der französischen Kammer ist am Dienstag in Kammer und Senat mit dem üblichen Zeremoniell eröffnet worden. Die Sitzungen, die in beiden Häusern nur von kurzer Dauer waren, galt lediglich der Feststellung der Tagesordnung. Der Senat, der bis zur Verabschiedung des Budgets durch die Kammer die unerledigten Vorlagen der letzten Session aufzuarbeiten haben wird, hat beschlossen, sich noch auf eine Woche zu vertagen und am 30. November mit der Diskussion des Amneistgesetzes zu beginnen. In der Kammer stellte nach der Eröffnungsansprache des Präsidenten der Vorsitzende der Finanzkommission Vincent Auried den Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Diskussion des Budgets zu legen und mit Rücksicht auf die Arbeiten der Kommission zunächst mit der Lesung der Einzelakts zu beginnen. Das hat die Vertagung der Generaldebatte zur Voraussetzung. Dieser Antrag wurde trotz des Protestes der Rechten mit großer Mehrheit angenommen. Für die Diskussion der ingewöhnlichen auf etwa 30 angewachsenen Interpellationen soll die Freitagssitzung reserviert bleiben.

Die Unterdrückung Georgiens. Das georgische Zentral-Exekutivkomitee beschloß, das Vermögen der früheren Mitglieder der sozialdemokratischen Regierung und der Nationalversammlung, die sich jetzt als Emigranten im Auslande aufhalten und die mit den letzten Ereignissen in Georgien in Verbindung gebracht werden. Ihren Familienmitgliedern sind die Gegenstände für den häuslichen Gebrauch und Produktionsmittel für ihnen gehörige kleine Betriebe belassen.

keit, von der Schwerindustrie die brutale reaktionäre Unternehmerrückbildung in allen sozialen Fragen.

Keine politische Fröhe in Deutschland, bei der nicht die Volkspartei zum Schaden der deutschen Entwicklung eingegriffen hätte. Dieser Wahlkampf zeigt sie als den Vortrup der Deutschnationalen. Auch ihr gilt die Abrechnung am 7. Dezember. —

### Der ehrliche Kreisverein.

Uns fällt ein Stein vom Herzen! Mamabel für das ganze deutsche Volk wäre es doch, wenn die ganze Deutschnationale Partei so hoffnungslos verlogen erschiene, wie es die offizielle Zeitung ist. Aber nein, es gibt doch noch ein paar ehrliche Seelen, die sich wenigstens untereinander nichts vormachen.

Die offiziellen Organe der Deutschnationalen tun immer tief beleidigt, wenn ihnen vorgeworfen wird, sie hätten gleichen Schacher mit ihrer Gefinnung getrieben und seien bereit gewesen, für ein paar Ministerfische ihre ganze Vergangenheit zu verraten. Der Kreisverein Altona der Deutschnationalen Partei macht dagegen aus seinem Herzen keine Mördergrube. In seinen „Monatlichen Mitteilungen“ (Nr. 3 vom 1. November) wird in einem „Rückblick auf die Politik unserer Partei“ u. a. ausgeführt:

Dem Parteivertretertag in Berlin am 30. 9. 1924 erschien die Führerfrage in unserer Partei nicht so wichtig als den meisten unserer Freunde im Lande. Wichtiger erschien es, die verheißenen Regierungssitze bald einnehmen zu können und durch Versprechungen für später jetzt die Eingänge der Partei nach außen zu wahren. . . . Unsere Partei schloste jegor die Kautschuk-Richtlinien des Kanzlers mit ihrem Streben nach Aufnahme in den Völkerbund und Mithilfe an der Dawes-Versklabung, die nach allgemeiner Ueberzeugung für unsere Partei unannehmbar und nur gegeben waren, um den Eintritt der Deutschnationalen weiter zu erschweren.

Als Antwort auf die Selbstverleugnung von rechts beschied der Kanzler die Entscheidung. Wieder erleben wir das klägliche Schauspiel eines Regierungssitzes, nicht politische und nationale, sondern die Parteibelange herrschen.

Wenn selbst schon Deutschnationale eingestehen müssen, daß ihre Reichstagsfraktion sich nicht von nationalen, sondern von Parteibelangen während der letzten Fröhe leiten ließ, wie muß es da erst in Wirklichkeit aussehen! —

### Reichsrat und Steuernachlaß.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstag mit der Regierungsvorlage über die Steuerermäßigungen. Nach langen Verhandlungen ging die Sitzung ergebnislos zu Ende, weil sich keine Annäherung zwischen der Auffassung der Länder und der des Reiches ergab. Das Kabinett vertritt die Auffassung, die Ermäßigungen eventuell auf Grund des Artikels 48 durchzuführen, da der Reichstag vor dem neuen Jahre nicht zusammenzutreten wird und die Steuererleichterungen z. B. der Landwirtschaft schon zum 15. November, wo Vorauszahlungen fällig sind, zugute kommen sollen.

Gegen die Anwendung des Artikels 48 sträuben sich die Länder, u. a. Preußen und Württemberg, aus Gründen, die sich auf die Bilanzierung der Staats in den Ländern beziehen. Die Durchführung der Ermäßigung bedeutet für Reich und Länder einen Ausfall, der weit über 100 Millionen Mark liegt. Selbstverständlich ist, daß vom Beginn des neuen Finanzjahres 1925 ab eine Regelung durch neue Steuergesetze, u. a. durch Neuordnung des Finanzangeleichs, geschaffen werden muß. Vorläufig fehlt Ertrag für das laufende Staatsjahr, das mit dem 1. April 1925 zu Ende ist. Hier verlangen die Länder Erstattung, und zwar in genügender Höhe, um den Ausfall zu decken. Aus dieser Sorge heraus haben sie das Kabinett ersucht, vorläufig mit der Anwendung des Artikels 48 bis zum Freitag zu warten, da der Reichsrat an diesem Tage zur Beratung der Auslandscredite noch zusammentritt. Immerhin ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das Kabinett den Wiederzusammentritt des Reichsrats am Freitag nicht abwartet und die Verordnung zu einem frühzeitigen Termin veröffentlicht.

### Kleines Feuilleton.

#### Roulette.

Hans Weizig gab in den „Altkädter Bürgerfäden“ einen Beethoven-Abend. Man ist es gewohnt, ihn Beethoven spielen zu hören. Er hat es verstanden, das ausschließlich für Klavier interessierte Publikum an sich zu fesseln, außer der üblichen Schülerfäden, die den Musikpädagogen umschwärmen. An diesem Abend spielte er op. 109 bis 111, jenes „letzte große Wort Beethovens an die Welt“, wie Rauerfreund sich treffend ausdrückt. Weizig ist keiner von den Klüglern, die große Konzessionen an das Publikum machen, und wenn er auch mit einem Kapriccio (die But über den verlorenen Groschen) sein Programm schließt, so stumpf er das Bild des Meisters mit dieser Groteske nicht ab. Dessen gigantisches Bild aus op. 111 bleibt erhalten. Er unterzähle es mit jener Sorgfalt, die nur Virtuosen eigen ist. Das Bagio molto war ein instruktives Studium. Ueber allen Notizen Weizigs lag eine gewisse wohlwollende Vertheidigung, die mit dem Charakter Beethovens harmoniert, eine Eigenschaft, die nicht oft bei Beethovenspielern wiederkehrt. Um so höher sollten seine Konzerte eingeschätzt werden: er verdient es, daß man seine kommenden Abende ein größeres Publikum sich bewähre.

Am selben Abend ließ sich im neuen Granian-Steinweg-Saal der Kopenhagener Konservatoriums-Saal des Reichs hören. Ein echter Vorkämpfer von prächtiger Fröhe, fast noch ausgiebiger als die Pommerellane, die er vorangeführt hatte. Der Mann hat den Siegman aus Paris in diesem Jahre in Paris geungen und ist im Concerto Garben in London, an der bedeutendsten englischen Opernbühne, aufgetreten. Das beschriebene ist aber alles nicht, was als Konzertsänger zu betätigen. Was er alles mit seiner metallisch klingenden Stimme von sich gibt, ist für ein wenig großes Lokal einnehmend genug. Es ist, wie schon das Programm besagt, keine tiefere musikalische Kultur, sondern Betreibung des Sensationsbedürfnisses, wozu sich die Weiblichen, das durch jäh familiäre Kränkungen, in eine lebenslange mit Kapriccio-Strömung versetzt wird. Wer die Konzertsänger eines Raas-Brodman zu wählt, den wird dieses Stimmwunder nicht erschauern können bei aller Bewunderung, die man den ungewöhnlichen Mitteln entgegenbringt. Wer ist übrigens für die jehwliche Ausmalung des ehemaligen Stimmwunder-Salles verantwortlich? Soll das etwa Opposition gegen Dant bezeugen, daß man das ganze Lokal auf gewaltige Geld und Zeit gewinn hat? Das jeder Fall bedeutet das ein Zerfall in tragische langwierige Klagen, wie man je

Ueber den materiellen Inhalt der Pläne des Radicals erfahren wir folgendes: Die Umsatzsteuer soll eine Ermäßigung von 2 auf 1 1/2 Prozent und die Zugsteuer eine solche von 15 auf 5 Prozent erfahren. Weitere Maßnahmen seien Milderungen beim Lohnabzug vor. Hier denkt man an eine Erhöhung des steuerfreien Lohnes von 600 auf 720 Mark. Dazu kommen weitere Milderungen, deren Vorteile den wirtschaftlich Schwachen zugute kommen sollen. Man denkt u. a. an eine Befreiung der Steuerleistung für Invaliden und so weiter, deren Einkommen wohl über 720 Mark liegt, aber nicht in dem Maße, daß die Steuerleistung 20 Pfennig für die Woche übersteigt wird. Weiter sollen die Vorauszahlungen auf die Kaufschuldensteuer durchweg um 25 Prozent ermäßigt werden.

Die Regierung betont, daß sie mit diesem Steuerermäßigungsprogramm die eine Preisbilligungsaktion verbindet, und ist auch gewillt, bestimmte Garantien als Koncessionen für die Steuerermäßigungen durchzusetzen. Das ist nach dem Fiasco der verschiedenen Preislenkungsaktionen, z. B. durch Kohlenpreis- oder Frachtermäßigung nur verständlich. So ist u. a. eine Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer vorgesehen. Die Durchführung dieser Milderung hängt aber davon ab, daß die Banken unmittelbar eine Ermäßigung der Provisionsätze in Kraft treten lassen, damit die Milderung der Börsensteuer dem Publikum und der Gelbbewegung zugute kommt.

Den Steuerplänen der Regierung stehen wir mit dem stärksten Mißtrauen entgegen. Wir fürchten, die ganze Aktion läuft genau wie die erste auf ein riesiges Gefecht an den Weis hinaus. Der Preisabbau wird mit solchen Mitteln nicht erzwingen und die Milderungen des Lohnabzugs sind nicht derart, daß von einem Ausgleich die Rede sein kann; es wird damit dem Unternehmertum nur eine Waffe in die Hand gedrückt, um die Öffentlichkeit bei Lohnkämpfen bearbeiten zu können. —

### Die kommende Personalordnung.

Gegen Ende dieser Woche wird voraussichtlich der vierte Entwurf der Personalordnung der Reichsbahn fertiggestellt werden. Schon in den bisherigen Entwürfen fand eine Reihe von Forderungen der Gewerkschaften Berücksichtigung. Allein wie die Gewerkschaften den dritten Entwurf als Ganzes ablehnen mußten, so wird es schließlich auch bei der endgültigen Fassung der Personalordnung sein. Der vierte Entwurf hat, wie der „Soz. Pressebericht“ erzählt, insgesamt 30 Abschnitte, die, wie z. B. im Versicherungswesen und bei den Wohlfahrtseinrichtungen, zum Teil die früheren Bestimmungen übernehmen, teilweise aber auch wichtige Änderungen bringen.

In Zukunft gibt es nur noch Reichsbahnbeamte; sie sind keine Angestellten und keine Reichsbeamten im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern das Produkt eines ausgeklügelten Systems. Der Charakter des Berufsbeamtenums ist gewahrt. In der Hauptfrage gibt es bei der Reichsbahn künftig zwei ganz verschiedene Kategorien von Beamten, die alten und die neuen. Die alten Beamten, d. h. die bei der Umstellung mitübernommenen Beamten, haben im wesentlichen ihre alten Rechte beibehalten. Der neue Beamtennachwuchs dagegen ist in bezug auf Beamtenrechte wesentlich schlechter gestellt. Die

Reichsbahnbeamten sind republikanische Beamte. Sie haben den Eid auf die Verfassung zu leisten.

Die Reichsbahn wird verpflichtet, zur Unterbringung der Verordnungsberechtigten (Militärwärter) 15 Prozent der einzu stellenden Beamten aus den Verordnungsberechtigten zu entnehmen. In der Besetzungfrage ist zunächst noch keine Neuordnung vorhanden. Hier sind die Machtbefugnisse des Generaldirektors noch nicht klar abgegrenzt. Die Organisationsforderungen hier Einschränkung der Macht des Generaldirektors durch eindeutige Festlegungen in der Personalordnung.

Von dem neuen Pläne, daß Verwaltungsrat und Generaldirektor zusammen die Entscheidung haben sollen, sind die Gewerkschaften nicht einverstanden. Der Einfluß des Reichstags kann nur indirekt und höchstens bei der Aufstellung einer neuen Besetzungsordnung fester geltend gemacht werden. Der Reichsfinanzminister hat sein Einspruchsrecht — natürlich nur nach oben. Ein Einspruchsrecht gegen eine Ueberziehung der unteren Grenze zu schaffen, hat man seinerzeit vergessen. Neu ist, daß für besonders gefährdete Posten Zulagen bezahlt werden. Das Drängen der Eisenbahnbeamenschaft auf höhere Einstufung wird

heute dem Publikum nicht mehr zumuten dürfte. Die „Altkädter Bürgerfäden“ sind ein leuchtendes Gegenbeispiel.

Theaterchronik. Das „Dramatische Theater“, das in der letzten Zeit viel von sich reden macht, hat nunmehr ein jähres Ende gefunden. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend gab Herr Gerst, der als Generalsekretär des Bühnenvolksbundes zuletzt alleiniger Geschäftsführer des Theaters war, die Erklärung ab, er jeigt nicht mehr in der Lage, die Gagen und Löhne für die abgelaufene Woche zu zahlen. Hierauf erklärte der Direktor Dieterle, daß er den Konkurs anmelden müsse, um wenigstens die auf dem Polizeipräsidium hinterlegten Kautionsgelder für die Angestellten ausgezahlt zu erhalten. Schon am Sonnabend wurde das Polizeipräsidium benachrichtigt, womit auch die an das Dramatische Theater erteilte Konzession ihr Ende genommen hat. Am Sonnabend nachmittag fand dann eine Versammlung der Schauspieler und des technischen Personals statt, in der Direktor und Generalsekretär Erläuterungen über die Lage abgaben. Fernerhin wählten die Präsidenten der Bühnengenossenschaft Ridel und Wallauer der Versammlung bei, die einen außerordentlich stürmischen Verlauf nahm. Schließlich forderte man die sofortige Auflösung des Dramatischen Theaters und die Ausschüttung der Kautionsgelder. Dem Antrag wurde stattgegeben und die Freigabe der Kautionsgelder beschlossen. Infolgedessen begaben sich am Montag vormittag Präsident Ridel, Direktor Dieterle, zwei Schauspieler und zwei Vertrauensleute des technischen Personals zum Polizeipräsidium. Dort sollen, wie verläutet, von dem Geldgeber 50 000 Mark und von dem Bühnenvolksbund 43 000 Mark deponiert worden sein. Man beschloß ferner, das Theater nicht sofort zu schließen, sondern noch vier Tage lang weiterzuspielen. Eine Fortsetzung der Direktor Dieterle kommt nicht mehr in Frage. Die prominentesten Mitglieder des Theaters hoffen andre Engagements abzuschließen zu können, während die kleineren Schauspieler brodelnd geworden sind. Das ist das unruhigste Ende des vor noch nicht 14 Tagen vom „Bühnenvolksbund“ mit großem Klamant übernommenen Theaters. — 500 Tage hat Max Reinhardt sein neues Theater der 500 unter dem Namen „Königshaus“ am Kurfürstendamm eröffnet; es ist wie das der Direktor Robert gehörige Theater am Kurfürstendamm ein reines Lustspieltheater für die ganz Köchen. —

Kritikabdruck von Richard Strauß. Richard Strauß will keine Stellung als Leiter der Wiener Staatsoper annehmen. Der Unterrichtsminister als sein unmittelbarer Vorgesetzter erklärte auf Anfragen Wiener Zeitungen, die genaue

wahrscheinlich nur zu einer Vermehrung der Stufen führen; zweckmäßiger wäre es, nicht auf höhere Stufen, sondern auf höhere Bezahlung innerhalb derselben Stufe zu drängen.

In der Urlaubssfrage bleibt es wahrscheinlich einwirken beim Urlaub der Reichsbeamten.

Die Organisations sind dagegen, daß der Verwaltungsrat und Generaldirektor allein in der Urlaubssfrage bestimmend sein sollen. Bei der Veretzung in den einstufigen Ruhestand (Wartgeld), in den dauernden Ruhestand, dem Bezug der Pension sind für den alten Reichsbahnbeamten die Ansprüche aus seinen bisherigen und noch geltenden Rechten gewahrt. Das ist z. B. der Fall bei Veretzung auf eine Dienststelle von geringerer Bewertung. Oder wenn z. B. die Reichsbahn eines Tages die Pensionsätze herabsetzt, dann wird nicht die Pension der alten Dienstjahre gekürzt, sondern nur die der neuen. Bei den künftigen Beamten kommt die Veretzung in den einstufigen Ruhestand nur dann in Frage, wenn es sich um eine besonders qualifizierte Arbeitskraft handelt, für die vielleicht im Augenblick keine Verwendung vorhanden ist.

Bei Entlassungen ist die Möglichkeit der Zahlung einer Abfindungssumme vorgesehen.

Diese Abfindungssumme wurde bei den Verhandlungen gegenüber den Gewerkschaftsvertretern als besondere Wohlthat gepriesen. Sie ist im Grunde nichts andres als eine Selbstverständlichkeit, denn erfahrungsgemäß gelingt es einem älteren Eisenbahner nur sehr schwer, in der Privatwirtschaft ein Unterkommen zu finden. Seine Veretzung in den Ruhestand, unter Entlassung u. dgl. ist, wie bekannt, ein Einspruchsrecht bei einer Schiedsstelle vorgesehen.

In der Arbeitszeitfrage sind die Richtlinien des Reichskabinetts und ebenso die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung übernommen worden. In der Dienst- und Mietwohnungsfrage sind die alten Vorschriften beibehalten. Abänderungsmöglichkeiten liegen im Bereich des Generaldirektors. Auch hier wollen die Gewerkschaften, daß ein Teil der Macht des Generaldirektors in die Personalordnung verlegt wird. Für Krankheitsfälle ist neu vorgesehen, daß bei den künftigen Beamten zunächst die Weiterzahlung des Gehalts bis zu 28 Wochen erfolgt und wenn dann der Arzt feststellt, daß Aussicht auf Genesung besteht, die Entlassung zunächst nicht vorgenommen werden darf.

Für die Dienst- und Schulleitung werden besondere Vorschriften vom Generaldirektor erlassen. Bei den Dienstvergehen und Strafen sind die wesentlichsten Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes übernommen; sie haben aber, wogegen die Organisations sich wandten, insofern eine Verschärfung erhalten, als schon gewöhnliche Vorgefekte Strafbefugnisse in die Hand bekommen haben. Diese Verschärfung ist nicht zu halten.

Die endgültige Personalordnung, die aus dem angekündigten vierten Entwurf hervorgehen soll, wird im Laufe des Monats Januar erscheinen. —

### Regiment Arminius.

Die Chemnitzer „Volkstimme“ bringt das Faksimile eines „Regimentsbefehls Nr. 1“, mit der Unterschrift: C. Gerst, Regimentskommandeur, und dem Datum: Chemnitz, 1. Oktober 1924. In sieben Abschnitten wird darin die „auf Befehl der Landesleitung“ erfolgende Eingliederung der „Sport- und Wanderabteilung Arminius“ in den (Ludendorffschen) Großdeutschen Frontbann behandelt, gleichzeitig werden „Serren zum Regimentsstab kommandiert“ und drei Bataillonsführer ernannt. Ziffer 5 lautet:

Es ist unbedingt Sorge dafür zu tragen, daß bis 10. Oktober 1924 sämtliche Angehörigen meines Regiments vollständig ausgerüstet sind, ebenso muß bis dahin jeder mit dem Gewehr umzugehen verstehen. Inangewiesene Personen sind unter allen Umständen von den nächsten Zusammenkünften fernzuhalten bzw. sofort zu entlassen, denn nur wenn wir uns auf jeden einzelnen verlassen können, besteht Aussicht auf Erfolg unserer nächsten Ziele.

Angehängt sind die Dienstvorschriften. Darin lautet § 3:

Aufnahme finden nur echte Nationalsozialisten über 18 Jahre, die jederzeit bereit sind, mit dem äußersten für unsere heiligen Ziele einzutreten. Der Aufnahme selbst geht Ausschreibung und Einzeichnung des als Beilage I beigelegten Aufnahme- und Verpflichtungsscheines voraus. Sämtliche darin gemachten Angaben sind sofort gründlich nachzuprüfen. Nur ganz einwandfreie Leute dürfen aufgenommen werden. Als Sicherheit müssen mindestens 3 bereits längere Zeit im Regiment bekannte Kameraden für den Neuaufzunehmenden Bürgschaft leisten. Die Aufnahme selbst ist ausschließlich lediglich der Kommandeure. Neuaufnahmen finden nur als Schützen statt, jedoch können, soweit Stellen frei sind, ehemalige Militärdienstgrade als Vorgefekte eingestellt werden. Jeder dem Regiment An-

Ueberprüfung der Bilanz der Oper im Jahre 1923 habe zur vollen Klarheit darüber geführt, daß ein erfahrener, mit den Verhältnissen der Wiener Staatsoper wohl vertrauter Mann unbedingt während der ganzen Spielzeit am Platze sein müsse. Nun hat Strauß bei seinem letzten Vertrag durchgesetzt, daß er bloß eine fünfmonatige Arbeitszeit hat. Nachdem also Strauß den größten Teil des Jahres nicht in Wien verbringt, so kann ich meiner Ueberzeugung nach die Führung der Geschäfte der Staatsoper nur Franz Schall, der sein halbes Leben der Oper gewidmet und persönliche Interessen immer zurückgestellt hat, anvertrauen. Ich bin mir dabei natürlich der überragenden künstlerischen Bedeutung Strauß für die Staatsoper sehr gut bewußt. Ich bin nicht der Meinung, daß durch das Verbleiben Schalls als geschäftsführender Direktor und bei Beibehaltung von mir ausgearbeiteten Dienstinstruktion für beide Direktoren, in welchem Strauß die künstlerische Oberleitung gewährt, leicht wird, ein Grund zu einem Divisionsangebot gegeben ist. Meine Richtlinien sind ausschließlich durch mein Interesse an der Erhaltung der Staatsoper interessiert. So wie der Staat vor kurzem wieder die bedeutendsten Opfer für die Staatsoper gebracht hat, so muß ich für die Staatsoper vom ersten bis zum letzten Angestellten Opfer fordern. Diese Auffassung des Ministers ist um so gerechtfertigter, als die staatslich unterstützte Wiener Volksooper bereit war dem Wankrott zu steif. —

George Grosz in Wien beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft Wien hat die Beschlagnahme der Bildermappe „Ecce Homo“ von George Grosz verfügt, weil „durch die Vertheilung dieser Bilder die Ehrlichkeit und Schamhaftigkeit größtenteils und auf öffentliches Aergernis erregende Art verletzt wird“. Die Beschlagnahme wurde in allen Verkaufsstellen durchgeführt. Bekanntlich ist das Werk auch in Berlin und in der Schweiz der Konfiskation verfallen. In Wien befindet sich das Werk seit dem 1. November 1923 im öffentlichen Handel. Die Originalen sämtlicher Bilder waren sechs Wochen lang in einer Galerie öffentlich ausgestellt. Es fanden offizielle Führungen statt und die Gäle hatten einen Besuch aufzuweisen wie nie zuvor. Hierauf wurden die Bilder in Paris ausgestellt und gelangen im November dieses Jahres in Paris im Salon Billier zur Ausstellung, die zugleich die erste eines deutschen Künstlers in Frankreich nach dem Kriege darstellte. Das paßt vortrefflich zusammen: erst werden zwei Bilder von Grosz in einer Wiener Ausstellung beschlagnahmt, dann das Rahmenwerk von George Grosz beschlagnahmt. In beiden Fällen handelt es sich um allegorische Darstellungen der modernen Kunst.

# Radiodienst der Volkstimme.

## Der Sieg der Republikaner.

pr Neu York, 5. November. Die Republikaner haben einen großen Vorsprung vor den übrigen beiden Parteien. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist für Coolidge eine starke Majorität sicher. In Michigan, Illinois und Kansas hat Coolidge einen großen Stimmenüberschuss. Im fernem Westen, in Dakota ist Coolidge an der Spitze. Im Staate Wisconsin hat La Follette zwar die Mehrheit, aber ohne Einfluß auf das Gesamtergebnis damit ausüben zu können.

Es liegen aus verschiedenen Staaten Meldungen vor. So aus Neu York Coolidge 621 234, Dawes 249 774, La Follette 114 172; aus Georgia: Coolidge 12 274, Dawes 25 172, La Follette 1188.

Die Gesamtstimmzahl ist noch nicht festzustellen. Aus der Zahl der Wahlmänner, die jetzt schon feststeht, ist aber Coolidge mit großer Mehrheit als sicher gewählt zu betrachten. Die Republikaner haben 317, die Demokraten 143 und die Fortschrittler (La Follette) 219 Wahlmänner.

Es muß beachtet werden, daß man bis 6 Uhr amerikanischer Zeit, das ist Mitternacht bei uns, wählte, das also die Möglichkeit, nach so wenigen Stunden abschließende Resultate zu erhalten, sehr gering ist.

## Brügelnde Wähler.

pr Neu York, 5. November. Die Präsidentschaftswahlen sind nicht ohne Zwischenfälle verlaufen. Der außerordentlich heftige, von leidenschaftlichen Anklagen und schweren gegenseitigen Verdächtigungen erfüllte Wahlfelzug hat in vielen Orten die Bevölkerung barmherzig aufgeweckt, daß die Gemüter während der Wahlhandlung selbst heftig aufeinanderprallten. In einer ganzen Reihe von Orten mußte die Polizei verstärkte Sicherheitsmaßnahmen treffen, um zu verhindern, daß es zu offenen Tumulten kam. Dennoch kam es vielfach zu wüsten Raufereien zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien. In Chicago wurden bei einer solchen Schlägerei eine ganze Anzahl Personen verwundet und eine getötet, bevor die Polizei eingreifen konnte.

## Sturm in der französischen Kammer

ng Paris, 5. November. In der ersten Sitzung der Kammer kam es am Dienstagabend bei der Geschäftsordnungsdebatte zu starken Kämpfen, als ein Redner der Opposition die Regierung als Vertretung der Regierung bezeichnete. Schließlich mußte die Sitzung unterbrochen werden. Auch nach Wiedereröffnung derselben gab es lebhafteste Stürme, zumal als derselbe Redner ausrief: „Hoffentlich kehrt bald die Regierung Poincaré wieder.“

Im größten Lärm gelang es dem sozialistischen Abgeordneten Moutet, durchzubringen und den Antrag auf Eröffnung der Tagesordnung zu stellen. Die Regierung unterließ diesen Antrag, der dann mit 410 gegen 171 Stimmen angenommen wurde. Sodann wurde mit 308 gegen 140 Stimmen beschlossen, am Mittwoch mittag mit der Beratung des Haushalts zu beginnen. Damit war die Opposition, die die Diskussion erst in acht Tagen beginnen wollte, durchgefallen.

## Kraffin russischer Botschafter in Paris.

ng Paris, 5. November. Der diplomatische Vertreter der Sowjetregierung in London, Krawtschik, hatte am Dienstagabend eine Unterredung mit Ceretti, die der Vorbereitung der offiziellen diplomatischen Beziehungen galt. Krawtschik überbrachte dabei die Mitteilung, daß die Sowjetregierung mit der Ernennung Jean Perbettes zum französischen Botschafter in Moskau einverstanden sei und erhielt zu gleicher Zeit die anerkennende Erklärung der französischen Regierung zur Ernennung Krawtschiks zum russischen Botschafter in Paris.

Da man in Paris noch am Dienstag angenommen hatte, daß Krawtschik selbst die diplomatische Vertretung Rußlands in Paris übernehmen würde, kommt die Erklärung, Krawtschik werde

Gesandter in Paris, einigermaßen überraschend. Als Grund dafür wird angegeben, daß die Sowjetregierung angeht des Uebergangs der Regierung in London an ein dem neuen Regime in Rußland nicht sonderlich wohlgefinntes Kabinett es für unangebracht gehalten habe, gerade jetzt einen Personalwechsel auf dem Londoner Botschafterposten vorzunehmen.

Kraffin, der von Beruf Ingenieur und bis zum Kriegsausbruch Vertreter der Siemens-Schuckertwerke in Petersburg war, gilt als einer der gemäßigten Vertreter des Bolschewismus. Er war es, der im Jahre 1921 den ersten Vertrag zwischen der Sowjetregierung und England zum Abschluß gebracht hat.

Krawtschik, der am Donnerstag nach London zurückkehrt, wird voraussichtlich an den vorbereitenden Arbeiten zu den Anfang Januar beginnenden französisch-russischen Verhandlungen zur Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern teilnehmen.

## Der päpstliche Gesandte fühlt sich verleht.

ng Paris, 5. November. Es wird offiziell bestätigt, daß der päpstliche Nuntius in Paris, Ceretti, gegen die am Sonntag vom Unterrichtsminister Francois Albert gehaltene Rede, durch die er sich persönlich angegriffen fühlt, im auswärtigen Amt Vorstellungen erhoben habe. Die Stelle der Rede, gegen die der Nuntius Einspruch erhoben hat, spielt auf eine Aeußerung des Nuntius vor etwa zwei Jahren an, die das katholische Institut in Paris als das alleinige Unterrichtsideal hingestellt habe.

Der Unterrichtsminister hat diese Beträchtungsweise auf das entschiedenste zurückgewiesen und sein Bestreben darüber zum Ausdruck gebracht, daß der Vertreter einer fremden Macht in solcher Weise aus der Zurückhaltung, die ihm sein Amt auferlege, heraustrete. Da Ceretti Dohren, das ist Wortführer und Vorsitzender des diplomatischen Korps ist, wurde er von Ceretti persönlich empfangen, dem er sein Erstaunen über die Ausführungen des Unterrichtsministers ausdrückte. Er hoffte auf das bestmögliche, daß die französische Regierung ihm darüber ihr Bedauern ausdrücken werde.

„Matin“ will wissen, daß Ceretti für den Fall, daß er die gewünschte Genußnahme nicht erhalte, an das gesamte diplomatische Korps zu appellieren beabsichtige oder aber, wenn er bei diesem nicht die erwartete Unterstützung finde, seine Demission geben werde.

## Der Giftmischer aus dem Jungdeutschen Orden.

rb Sameln, 5. November. Der Urheber des Attentats, das am Sonntagabend auf dem Bahnhof Heftisch-Odenwörth gegen Angehörige des Reichsbanners ausgeübt wurde, ist in der Person des Apothekers Dr. Lange aus Heftisch-Odenwörth ermittelt. Der Fergang der Tat konnte lückenlos festgestellt werden. Der Giftmischer hatte schon während der Feier ein weißes Pulver unter die Tausende der Teilnehmer gestreut, das aber wegen der Windrichtung nicht wirkte. Daraufhin wiederholte er sein Giftattentat am Abend auf dem Bahnhof mit dem Erfolge, daß verschiedene Reichsbannerleute sofort erkrankten.

Der Attentäter ist Mitglied des Jungdeutschen Ordens, dessen Abzeichen er während der Tat trug.

Der Staatsanwaltschaft ist das Ergebnis der Ermittlungen unterbreitet worden; ebenso wurde der Regierung Mitteilung davon gemacht. Es ist anzunehmen, daß dem Attentäter die Erlaubnis zum Betrieb der Apotheke entzogen wird.

## Siemens u. Halske sperrt alles aus.

pr Berlin, 5. November. Die Direktion von Siemens und Halske hat die Belegschaft von 3000 Mann ausgesperrt. 230 Dreher hatten am Freitag wegen Lohnbifferenzen die Arbeit niedergelegt. Daraufhin wurde heute die ganze Belegschaft ausgesperrt.

Beginn der Opiumkonferenz. Die Opiumkonferenz wurde am Montag vormittag im Reichspalast eröffnet. Die Verhandlungsansprache hielt der Generalsekretär des Völkerbunds Drummond. Als Vorsitzender wurde van Veltum (Holland) gewählt. Die Konferenz dauert 14 Tage.

## Depeschen.

### Zimmer noch der Sinowjew-Brief.

Ab. London, 6. November. Zur Uebernahme der Regierung durch Baldwin schreibt „Daily Graphic“, die Nation erwarte von der neuen Regierung eine Politik, die die Interessen des Mutterlandes und des ganzen Reiches berücksichtige.

„Daily News“ zufolge werde erwartet, daß Baldwin morgen Abend die Namen seiner hauptsächlichsten Kollegen in der neuen Regierung veröffentlichen werde. In einem Leitartikel schreibt das Blatt, mit dem Sinowjew-Brief nahm die Arbeiterregierung ein schmachliches Ende.

„Westminster Gazette“ schreibt, der Kabinettsausschuß halte es für unmöglich, den Sinowjew-Brief als Fälschung zu bezeichnen. Die Regierung sei ihrer Pflicht, ihr Urteil zu erklären, ausgewichen. Die Öffentlichkeit werde darin einen entscheidenden Mißerfolg erblicken. Wieviel höher hätte Macdonald im Urteil des Landes gestanden, wenn er mutig zugegeben hätte, daß er die Öffentlichkeit bei dieser Gelegenheit irreführte. Dies sei ein erstaunliches Ende der ersten Arbeiterregierung.

„Daily Telegraph“ schreibt, Macdonald legte gestern sein Amt in dem Bewußtsein nieder, daß seine persönliche Stellung im öffentlichen Leben Englands vor allem in der Achtung seiner eignen Partei unermesslich tiefer sei als zu der Zeit, wo er Premierminister wurde.

Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Express“ schreibt, der Kabinettsausschuß stellte fest, daß der Sinowjew-Brief durch den auswärtigen Geheimdienst ermittelt wurde, der nicht befragt werden dürfe, wie und durch wen die Mitteilung erzielt wurde. Die Methoden, mittels der dieser Geheimdienst seine Arbeiten durchführte, würden mit äußerster Geheimhaltung behandelt, und nicht einmal das Kabinett könne irgendwelche Einzelheiten erhalten, da die Enthüllung über die Verschaffung des Dokumentes einen Beamten im Auslande das Leben kosten könnte.

### Faschisten gegen Faschisten.

Ab. Rom, 5. November. „Nuovo Paese“ verbreitet das noch unbestätigte Gerücht, daß der Inhaber der Goldenen Kapferleitsmedaille, Nicola Baccio und San Sebastiano, der Leiter der Kriegsteilnehmervereinigung, aus Protest gegen die mehrfachen Angriffe der Faschisten gegen ihre Organisation aus der faschistischen Partei austraten werde.

### Schweres Automobilunglück.

Ab. Schneidemühl, 5. November. An der Eisenbahnkreuzung Schneidemühl-Stargard hat sich zwischen den Stationen Schörs und Groß-Wittenberg heute morgen ein schweres Automobilunglück ereignet. Als das Auto des Kaffereibehalters Hellwig aus Rosenfeld die Straße passieren wollte, wurde es von dem gerade herannahenden Zug erfaßt. Der Chauffeur wurde auf der Stelle getötet, einem andern Insassen des Wagens gelang es, noch rechtzeitig abzupringen. Er erlitt einen Rückenverwund. Es wird angenommen, daß der Chauffeur, von der gerade aufstehenden Sonne geblendet, das Herannahen des Zuges nicht bemerkt hat.

gehörige hat seinen Vorgesetzten gegenüber unbedingten Gehorsam zu leisten, desgleichen über die Vorgänge im Regiment größtes Stillschweigen zu bewahren. Zuwiderhandlungen werden mit sofortiger Entlassung geahndet. Die Vereidigung hat durch die Herren Kompanieführer zu erfolgen.

Diese und andre Bestimmungen sind eindeutig. Sie zeigen klar, daß es sich um eine gesetzwidrige Geheimorganisation handelt, sogar das Merkmal des „unbedingten Gehorsams gegen bekannte Obere“ findet sich. Die Dienstvorschriften enthalten noch genaue Anweisungen über Gliederung, Waffendienst usw. Die Dienstvorschriften enden:

Jede Kompanie hat wöchentlich eine Liste der in ihrem Bereich verhafteten eventuell im Ernstfall als Geiseln in Betracht kommenden hochgestellten jüdischen Personen einzureichen. Ebenso über die Führer der Linksparteien und Redakteure der Linkszeitungen. Zusammenkünfte mit dem Reichsbanner sind soweit wie möglich zu vermeiden.

Ich erwarte von einem jeden Angehörigen des Regiments, daß er sich voll und ganz unter seine Führer stellt und, falls der Tag hereinbricht, wo endlich die Rechnung gehalten wird mit den Novemberberechnungen von 1918, mit Leib und Seele für die heilige Bewegung einsteht.

Die Herausgabe der Dienstvorschriften der Reichsleitung bleiben vorliegende Dienstvorschriften bestehen.

Der Frontbann baut die Kader aus, er bereitet den „heiligen Tag“ vor, an dem mit Judenpogrom der bewaffnete Sturm auf Verfassung und Republik gewagt wird.

Aber es kommt ein 7. Dezember, der den Frontbann sprengen und mit eisernem Besen die Monarchisten-dienere in Amtsstellen der Republik wegfeigen wird! —

## Branting am Ruder.

Aus Stockholm wird uns geschrieben:

Schweden hat wieder ein sozialistisches Kabinett. Die ersten Maßnahmen dieser Regierung geben bereits zu erkennen, daß Branting vorläufig nur Reformen durchführen will, für die er die Unterstützung einiger bürgerlicher Kreise erhoffen kann. Tatsächlich muß er sehr vorsichtig ans Werk gehen, wenn seine Regierung nicht das Schicksal Macdonalds erleiden soll; denn auch die neue schwedische Regierung ist nur ein Minderheitskabinett.

Man darf bei der Beurteilung der Maßnahmen der dritten sozialistischen Regierung Schwedens nicht vergessen, daß der Wahlkampf von Anfang an unter der Parole: Sie Bürgertum — hie Sozialismus! geführt wurde, und auch heute noch sehr starke politische Kräfte wirksam sind, die eine Sammlung aller bürgerlichen Parteien, die Bildung eines Bürgerblocks, erstreben. Wenn diese Absicht bisher auch nicht durchgeführt wurde und die Freisinnigen sich bereit erklärt haben, die Sozialdemokratie zur Durchführung der Abrüstung zu unterstützen, so haben die Rechtskreise den Gedanken zur Schaffung eines Bürgerblocks doch noch nicht aufgegeben. Sie versuchen vielmehr mit allen Mitteln, die Freisinnigen zu sich herüberzuziehen. In Anbetracht dieser Situation muß Branting darauf bedacht sein, eine Politik des Ausgleichs wenigstens gegenüber den Freisinnigen zu führen. Das versteht die schwedische Arbeiterschaft durchaus.

Die Regierung wird zunächst die Durchführung der Abrüstung in die Wege leiten. Sie beabsichtigt jedoch nicht etwa wie das dänische Kabinett, das gesamte Meer und die Flotte abzuschaffen, sondern will zunächst nur die Ausgaben für die Landesverteidigung auf ein für das Volk erträgliches und mit den außenpolitischen Verhältnissen zu vereinbarendes Maß herabsetzen. Hier wird es notwendig sein, ein für die Sozialdemokratie wie auch für die freisinnige Partei annehmbares Kompromiß zu schaffen. Die notwendigen Bemühungen sind hierzu bereits im Gange. So hat z. B. der Kriegsminister Hansson vor wenigen Tagen zu der Frage öffentlich Stellung genommen und die Erklärung abgegeben, daß für das Jahr 1925 lediglich die Wehrverfassung provisorisch geordnet werden soll und das Ministerium dann in enger Fühlung mit den Freisinnigen die endgültige Wehrverfassung ausarbeiten wird.

Völlig unentschieden ist vorläufig aber die Frage, was aus dem Genfer Protokoll wird. Branting hat sich schon in Genf sehr warm für seine Unterzeichnung eingesetzt. Gegen die Unterzeichnung haben sich aber fast von Anfang an sämtliche bürgerlichen Kreise gewendet, da sie befürchten, daß die Unterzeichnung eine weitere Stärkung der französischen Machtpositionen und einen Verzicht der schwedischen Neutralitätspolitik zur Folge haben müsse. Ein Blick in die bürgerliche Presse zeigt, daß die Rechtskreise hoffen, durch die Erörterung dieser Frage Branting zu Fall zu bringen und dann unter der Parole für oder gegen die Unterzeichnung des Genfer Protokolls einen neuen Wahlkampf zu führen. Der hiergegen eröffnete Presskampf der Sozialdemokratie und die Regierungserklärung Brantings lassen jedoch die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß dieser Versuch der Rechtskreise nicht glücken wird. Es besteht vielmehr die Hoffnung, daß die Regierung, falls sie geschickt operiert, eine Mehrheit für die Unterzeichnung findet oder mit Aussicht auf einen Wahlsieg an das Volk appellieren könnte.

## Notizen.

Das bayrische Gemeindevahlgesetz angenommen. Der Bayerische Landtag nahm am Dienstag das neue Gemeindevahlgesetz an. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen, weil das Gesetz in verschiedenen Punkten einen Abbruch und damit eine Einschränkung der Bestimmungen des Selbstverwaltungsgesetzes enthält. Durch die Annahme des Gesetzes finden nunmehr die bayrischen Gemeindevahlen gleichzeitig mit der Reichstagswahl am 7. Dezember statt.

Wochners Beschwerde verworfen. Gegen das Urteil der Disziplinarkammer für richterliche Beamte vom 12. Juli d. J. hatte Wochner Beschwerde beim Disziplinarkhof für die bayrischen Staatsbeamten eingelegt, der sich am Dienstag mit dieser Beschwerde befaßte. Nach längerer Beratung verwarf der Disziplinarkhof die Beschwerde, wodurch nunmehr endgültig Wochners Laufbahn als Staatsbeamter (er war zuletzt Richter am Obersten Landesgericht) beendet ist. Als Kautions wurden ihm 19/20 zugesprochen.

Der deutsch-französische Handelsvertrag. Die Räte Oktober verhandelten Verhandlungen wurden am Mittwoch in Paris wieder aufgenommen. Die erwartlich, hat die erste Phase der Verhandlungen zu einer grundsätzlichen Verständigung darüber geführt.

daß Frankreich, das in seinem Zoll- und Vertragssystem die Klaviel der Weltbegünstigung nicht kennt, diese von Deutschland zugelassen erhalten soll unter der Voraussetzung, daß Deutschland für alle wichtigen Importartikel den französischen Minimalzoll erhalten soll.

Bruch der Memeler Autonomie. In Aglohnen erichob bei einer Hausdurchsuchung nach Waffen der Führer der litauischen Schützen, einer nationalitisch-litauischen Jugendorganisation, den Oberwachmann der in-melländischen Landespolizei Heidemann. Heidemann war in Memeler Krankenhaus an den Folgen der Verletzung. Der Widerstand, lehnte jedoch später zurück. Am nächsten Tage kam ein Automobil mit ein emlitauischen Offizier und zwei litauischen Nationalisten nach Aglohnen und nahm den Mörder Peteret mit. Als Polizeibeamt im Auftrag der Staatsanwaltschaft den Mörder verhaften wollten, erklärte ihnen der Offizier, daß Peteret sein Gefangener sei. Peteret wurde in die Memeler Kaserne geschafft. Der Vorfall ist ein glatter Bruch der Autonomie, in deren Statut dem Memelgebiet die eigene Gerichtsbarkeit zugesichert ist.

Zumutigkeit deutsch-polnischer Abgeordneter. In der polnischen Parlamentskommission wurde über die Auslieferung dreier deutscher Abgeordneter beraten. Die Auslieferung des Abg. Graebe (wegen eigenmächtiger Entfernung der Amtssiegel von den Klammern der deutschen Vereine in Bromberg) wurde mit acht gegen 7 Stimmen abgelehnt. Der polnisch-nationale Referent Marzewski wollte auch die Auslieferung der deutschen Abg. Moritz und Pantaz (Sog.) wegen angeblicher Aufforderung zur Nichtzahlung der Steuern bewilligen. In beiden Fällen wurde die Auslieferung abgelehnt.

Schwache Belebung des Metallmarktes. Der Metallmarkt hat in den letzten Wochen eine Belebung erfahren; jedoch bewegen sich die abgeschlossenen Geschäfte immer noch in engen Grenzen. Außerdem sind die Preise gestiegen. Wo Geschäfte abgeschlossen wurden, handelt es sich durchweg um Inlandsgeschäfte. Das Auslandsgeschäft, besonders das Metallfabrikationsgeschäft, ist nach wie vor sehr schwach.

Sesslon der französischen Kammer. Die außerordentliche Herbstsession des französischen Parlaments ist am Dienstag in Kammer und Senat mit dem üblichen Zeremoniell eröffnet worden. Die Sitzungen, die in beiden Häusern nur von kurzer Dauer waren, galten lediglich der Feststellung der Tagesordnung. Der Senat, der bis zur Verabschiedung des Budgets durch die Kammer die unerledigten Vorlagen der letzten Session aufzuarbeiten haben wird, hat beschlossen, sich noch auf eine Woche zu vertagen und am 30. November mit der Diskussion des Amnestiegesetzes zu beginnen. In der Kammer stellte nach der Eröffnungsaussprache des Präsidenten der Vorsitzende der Finanzkommission Vincent Auried den Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Diskussion des Budgets zu setzen und mit Rücksicht auf die Arbeiten der Kommission zunächst mit der Lesung der Einzelartikel zu beginnen. Das hat die Vertagung der Generaldebatte zur Voraussetzung. Dieser Antrag wurde trotz des Protestes der Rechten mit großer Mehrheit angenommen. Für die Diskussion der inzwischen auf etwa 30 angewachsenen Interpellationen soll die Freitagssitzung reserviert bleiben.

Die Unterdrückung Georgiens. Das georgische Zentral-Exekutivkomitee beschlagnahmte das Vermögen der früheren Mitglieder der sozialdemokratischen Regierung und der Nationalversammlung, die sich jetzt als Emigranten im Auslande aufhalten und die mit den letzten Ereignissen in Georgien in Verbindung gebracht werden. Ihren Familienmitgliedern sind die Gegenstände für den häuslichen Gebrauch und Produktionsmittel für ihren gehörige keine Betriebe belassen.

Und dennoch  
kaufen Sie bei uns am besten,  
denn wir führen Qualitätswaren!  
Heute: **Gardinen**



**Ein besonderes Angebot**  
Posten 1 **Gardinen vom Stück 1.80**  
nur gute Qualitäten erster Webereien, reiche Musterauswahl, 90-130 cm breit, Wert bedeutend höher . . . . . Meter

**Ein besonderes Angebot**  
Posten 2 **Gardinen vom Stück 2.40**  
gute und beste Qualitäten, besonders schöne Muster, 100-130 cm breit, Wert bedeutend höher . . . . . Meter

**Die solide Gardine**  
**Etamine** kariert, gute Ware, 150 cm breit . . . Meter **1.20**  
**Etamine** kariert, gute Halbzwirnware, 150 cm breit Meter **1.90**  
**Etamine** mit echten farbigen Tupfen, 150 cm breit Meter **2.75**

**Die duftige Gardine**  
**Gardinen-Mull** gute Qualität, 115 cm breit Meter **1.40**  
**Gardinen-Mull** in versch. Tupfen, 125 cm br. Meter **1.80**  
**Gardinen-Mull** mit echten farbigen Tupfen Meter **2.50**

**Eingeführte Qualitäten**  
**Rollostoff** elfenbein, Körper, 80 cm breit . . . Meter **95**  
**Rollostoff** vorzügl. Körper, gemustert, 80 cm br. Meter **1.45**  
**Rollostoff** prima gemusterte Ware, 80 cm breit Meter **1.80**

**Für moderne Dekorationen**  
**Leinen** imit., in schönen Streifen, 130 cm breit . . . Meter **2.70**  
**Panama** lichteht, in mod. Farben, 120 cm breit Meter **4.50**  
**Madras** schwarzgrund. in schön. Must., 130 cm breit Meter **5.00**

**Große Sortimente**  
**Künstler-Gardinen 3.80**  
enorme Musterauswahl, gute und beste Qualitäten  
Garnitur 12.50 9.75 7.50 5.80

**Enorme Auswahl**  
**Halbstores 2.50**  
Engl. Tüll, in schönen Mustern, Etamine, mit gewebten und echten Einsätzen  
Stück 16.90 10.50 6.50 4.80 3.50

**Praktisch und solid**  
**Madras-Gardinen 7.50**  
licht, luft- und waschecht, moderne farbenprächtige Zeichnungen, in reichen Sortimenten  
Garnitur 21.00 18.00 15.00 10.50

**Erprobte Fabrikate**  
**Bettdecken 9.50**  
Engl. Tüll, neue Muster in schwerer Ware, Etamine, mit Einsätzen, über 2 Betten  
Stück 24.00 19.00 17.50 12.50

**Für jeden Geschmack**  
**Tischdecken** Kochelleinen, bedr. u bestickt von **4.00 an**  
**Tischdecken** Gobelingewebe, Persermuster von **13.00 an**  
**Tischdecken** rund, in allen Arten . . . . . von **9.00 an**

**Große Posten**  
**Chaiselongue-Decken** Kochelleinen, bedruckt . . . **14.50**  
**Chaiselongue-Decken** Gobelingewebe, Persermuster . **26.50**  
**Chaiselongue-Decken** Mohär, in vielen Farben . . . . . **48.00**

**Große Neueingänge**  
**Deutsche Teppiche zu sehr niedrigen Preisen**  
bewährte Qualitäten in Bouclé, Axminster, Wollplüsch, Velours, Tournay, mech. Smyrna, in allen Grössen, für Herren-, Speise- und Wohnzimmer  
**Läuferstoffe, Bettvorlagen, Verbindungsteppiche in großer Auswahl**

Webereiwaren  
**Georg Meier & Sohn**  
Breitenweg  
58/100









### Bürgerblock ist Klassenherrschaft.

In der Zeit der Geldentwertung hat sich das Verhältnis der Klassen zueinander verschoben. Geldentwertung durch Inflation bedeutete wohl Verarmung Deutschlands, aber nicht Verarmung aller Deutschen. Es ist den Arbeitern, den Ungestellten, dem Mittelstand schlecht genug gegangen in der Inflationszeit. Es gibt aber auch Sieger der Inflation! Das sind nicht nur die Spekulanten und Schieber — bei denen es übrigens meistens heißt: wie gewonnen, so zerronnen. Das sind vor allem die Großindustriellen in Deutschland. Was die Arbeiterklasse und die Klasse des Mittelstandes verlor, hat die Klasse der Großunternehmer gewonnen. Nachdem die Zeit der Stabilität ein Jahr angehalten hat, werden die Klassenverhältnisse wieder durchsichtig. Auch der oberflächliche Beobachter erkennt, was eigentlich geschehen ist.

Der Ruf nach der Aufwertung ist die erste Reaktion auf die in der Zeit der Inflation eingetretene Verschärfung der Klassengegenstände. Er ist nicht nur ein Hilferuf der wirtschaftlich Bedrängten, sondern er entspringt dem Gerechtigkeitsgefühl, der Empörung des verletzten Rechtsempfindens über die brutale Niederdrückung und Ausplünderung ganzer Klassen zugunsten der Siegerklasse der Inflation. Er ist — vom Mittelstand aus gesehen — der Ruf nach Freiheit gegenüber der Abhängigkeit, in die der Mittelstand von der Siegerklasse der Inflation geraten ist.

Die Ueberzeugung, daß das soziale Ergebnis der Inflationszeit nicht geduldig als unabänderlich hingenommen werden kann, bricht sich eben in allen Klassen Bahn, die durch den Aufstieg des Großunternehmertums in wirtschaftliche Bedrängnis und Abhängigkeit geraten sind. Wenn der geschädigte Mittelstand nach Aufwertung, nach Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ruft, so ist das grundsätzlich das gleiche, wie wenn die Arbeiterschaft, die unter der Inflation gelitten hat, in ihren Lohnkämpfen und in ihrem politischen Kampf eine Lebenshaltung zu gewinnen sucht, die ihr ein kulturwürdiges Dasein gestattet. Es ist das gleiche Streben nach Freiheit gegen großkapitalistische Abhängigkeit, wenn der Mittelstand um freien Raum für Bildungs- und Kulturmöglichkeiten und unabhängige politische Betätigung ringt, und wenn die Arbeiterschaft gegen Verlängerung der Arbeitszeit und politische reaktionäre Treiberereien ankämpft. Dies Ringen um Freiheit gegen die Siegerklasse der Inflation, gegen das Großunternehmertum, ist Klassenkampf.

Klassenkampf ist nichts, was durch Parteien und Agitatoren künstlich gemacht werden kann. Ohne Klassengegenstände kein Klassenkampf, ohne die Unterdrückung von Arbeiterschaft und Mittelstand durch das Großunternehmertum nicht das Sich-zur-Wehr-Setzen gegen Ausbeutung und Abhängigkeit. Die Siegerklasse der Inflation aber möchte, daß die in der Inflation ausgeplünderten Klassen den jetzigen sozialen Zustand als unabänderlich hinnehmen. Wenn die Bürgerblockler die Parole ausgeben: gegen den Klassenkampf, so meinen sie: für die Klassenherrschaft des Großunternehmertums, der Sieger der Inflation.

Das deutsche Großunternehmertum hat in der Inflationszeit wahre Orgien des Klassenkampfes gefeiert. Mit Betrug gegen den einzelnen und gegen den Staat, unter Ausnutzung der Notlage von Volk und Staat hat es seine Klassenmacht gestärkt. Ueber Treu und Glauben, über alle Gebote der Ehrlichkeit, der Menschlichkeit, der Vaterlandsliebe hinweg hat es den Prozeß der Ausplünderung des Volkes und der Ansammlung eigener Reichtumsmacht vollzogen. Das war die brutalste, die niederträchtigste Form des Klassenkampfes, die möglich war. Der Klassenkampf der Großunternehmer ging auf Kosten des ganzen Volkes, der Arbeiter wie des Mittelstandes!

Die Nutznießer dieses Klassenkampfes rufen nun: nieder mit dem Klassenkampf! Sie wollen ihre Machtposition behaupten, das Inflationsunrecht verewigen, neues Unrecht hinzufügen. Sie wollen den Bürgerblock, um auch die Großagrarien zu stärken auf Kosten des Volkes.

Bürgerblock ist Klassenherrschaft, ist politische Form des Klassenkampfes von Großunternehmern und Großagrariern gegen alle andern Klassen des Volkes! Hinter dem Ruf: Nieder mit dem Klassenkampf! verbirgt sich der Wille der Sieger der Inflation zum Klassenkampf, die Forderung, daß die Ausgeplünderten und in Abhängigkeit Geratenen ihr Schicksal schweigend und ohne Abwehr hinnehmen sollen. Klassenherrschaft des Bürgerblocks heißt Verewigung des sozialen Unrechts.

Den Bürgerblocklern muß am 7. Dezember eine Niederlage bereitet werden — das ist der erste wirkliche Schritt zur Wiedergutmachung des Inflationsunrechts! —

### Deutschbewußter Brotwucher.

Der Reichslandbund hat einen Wahlauftrag veröffentlicht. Es ist — nach dem Muster der Partei Halb- undhalb — Nummer zwei. Nummer eins war ein Aufruf des Vorstandes, Nummer zwei ein Aufruf von Bundesvorstand und Vertreterversammlung. Nummer eins war das

Bekennnis zum Brotwucher, Nummer zwei ist der Versuch, darüber hinaus die ganze Landbevölkerung für die Reaktion und die deutschnationale Halbheit in Anspruch zu nehmen.

Der Aufruf zeigt, was der Reichslandbund ist: eine politische Fiktion der Deutschnationalen. Politisch tritt der Aufruf für den schwarzweißroten Bürgerblock ein:

Die Neuwahlen am 7. Dezember 1924 sollen uns allen Winkelzügen der Linksparteien und ihres Reichspräsidenten zum Trost, die Regierung der nationalen und christlichen Volksgemeinschaft bringen. Wir brauchen im neuen Reichstag eine ausschlaggebende deutschbewußte Mehrheit als sichere Grundlage einer deutschbewußten Regierung. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn das deutsche Landvolk sich nicht zersplittert, sondern geschlossen ohne Hader, Kargeln und Schwanken zusammensteht und seine Stimme nur solchen Parteien und Persönlichkeiten gibt, die offen kämpfen unter unsern alten Farben Schwarzweißrot.

Deutschbewußt — das ist das neue Wort für jene Haltung, die die Landbündler gegenüber den Dawes-Gesetzen bewiesen. Vor dem 29. August faßten sie eine Resolution nach der andern gegen die Verfassung durch das „zweite Versailles“ — am 29. August stimmten 13 Landbündler im

## Wer noch nicht zum Wahlfonds

gezeichnet hat, soll es sofort tun. Im Anfang ist die Lat. Der kleinste Betrag erhöht die Schlagkraft der Partei.

## Zeichnet deshalb zum Wahlfonds

Freiwillige Beiträge nimmt entgegen das Parteisekretariat, Große Münzstraße 3, 2 Treppen.

Reichstag für den „Schandvertrag“. Deutschbewußte Regierung heißt Regierung unter der Führung der Fraktion Halb undhalb.

Abgesehen vom Willen zum Brotwucher enthält der Aufruf in wirtschaftlicher Hinsicht nur antisemitische Agitationsphrasen:

Das deutsche Landvolk will nicht das Stiefkind der Politik sein in einem international geführten Staate. Das Gedeihen des Landvolkes ist unlösbar verbunden mit dem Gesamtwohl des deutschen Volkes. Nicht die Bestrebungen des internationalen Welthandels und die Ziele einer alljährlich geleiteten Weltwirtschaft sollen künftig in Deutschland ausschlaggebend sein, sondern auf blühendem aufnahmefähigen Binnenmarkt und auf geschützter Eigenproduktion soll sich das staatliche und wirtschaftliche Leben aufbauen. Den Interessen weniger großen Exportfirmen darf nicht die Existenz von Millionen bodenständiger Deutschen zum Opfer gebracht werden.

Geschützte Eigenproduktion heißt Brotwucher, Ausschaltung von der Weltwirtschaft, Arbeitslosigkeit und Hunger von vielen Millionen Industriearbeitern. Ueber die großen wirklichen Probleme des deutschen Lebens geht der Aufruf mit ein paar antisemitischen Schlagwörtern hinweg. Das Geschick der deutschen Industriebevölkerung ist den Leuten vom Reichslandbund gleichgültig. Mag sie verhungern, wenn nur der Profit der Großagrarien geschützt ist.

Dieser dumme-reaktionäre, engstirnige Klassenstandpunkt gegen die Industriebevölkerung, dies brutale Ausprechen des Pfeifens auf das Gemeinwohl des Volkes, das diese Leute schon im Kriege in einer an Landesverrat grenzenden Weise betätigten, geht unter der Firma: Deutschbewußt, Deutschbewußter Brotwucher, Deutschbewußter Klassenkampf gegen die Industriebevölkerung!

Aber natürlich heißt es am Schluß:  
Gegen Internationale und Klassenkampf! Für nationale und christliche Volksgemeinschaft! Deutschbewußte Führung unter „Schwarzweißrot!“ Das ist die Lösung für das deutsche Landvolk!

Gegen Klassenkampf — aber für Verwucherung der Arbeiterbevölkerung. Für christliche und nationale Volksgemeinschaft — aber für Aushungerung der Industriebevölkerung. Christentum — aber Brotwucher. Das ist: deutschbewußt.

Der Präsident des Reichslandbundes ist Hepp, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei. Diese Partei kann alles: warum soll sie nicht auch im Reichslandbund deutschnationale Geschäfte besorgen? —

### Schlechtes Gewissen.

Seit dem Tage der Auflösung des Reichstags fällt die „Magdeburgische Zeitung“ von einer Aufregung in die andre, und jeden neuen Tag, den der liebe Gott Stresemanns werden läßt, muß sie sich entrüsten. Das Reichsbanner, dieses Reichsbanner...! Eine ganz respektlose Gesellschaft, ohne jede Ehrfurcht vor der heiligsten Deutschen Volkspartei! Stresemann hatte doch in Hamburg stürzend und mit drohend rollender Stimme verkündet, daß er die Reichsbannerbewegung für überflüssig halte, weil sie dem Stahlhelm mit seinem volksparteilichen Vorjüngenden Abbruch tue. Statt nun auf die

Senie zu sinken und zu bitten: Lieber Herr Stresemann, vergeißt Eure Herrlichkeit, daß wir überhaupt da sind —, steht der Aufruf des Reichsbanners die Deutsche Volkspartei in den schwarzweißroten Pferch der Reaktion, allwo sich Deutschnationale und Völkische hauen und taußen, daß die Fäden fliegen und die Wähler sich mit Grauen wenden.

Der „Magdeburgische“ war der Atem ausgeblieben, als sie den Artikel las. Ein heilloser Schrecken fuhr ihr in die klappigen Glieder. Sie hat zwar ihren Lesern gegenüber nichts von dem überaus gewaltigen Aufschwung des Reichsbanners gesehen und gehört, aber der Gedanke, die Organisation der republikanischen Kriegsteilnehmer werde ihre Propaganda-Kraft gegen die Deutsche Volkspartei einsetzen, ließ sie laut aufkreischen. Ihr Unglückschrei rief die Fraktion der Deutschen Volkspartei auf dem Plan, die, angestecht von panischem Schrecken, folgende Kleine Anfrage im Preußenparlament einbrachte:

Nach Zeitungsberichten hat der Vorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Göring, einen Wahlauftrag an die Mitglieder des Reichsbanners erlassen, in dem es u. a. heißt: Wieder mit den Monarchisten, Reaktionären, Deutschnationalen und Volksparteilern, den Völkischen und den verräterischen Kommunisten, die unser Volk und Land in den Abgrund gebracht haben und ihr Treiben vereint fortsetzen. Ist das Staatsministerium mit diesem politischen Vorgehen des Oberpräsidenten einverstanden? Ist es insbesondere der Ansicht, daß ich derartige unerhörte Angriffe gegen eine Partei, deren Minister der zurzeit bestehenden Regierung angehören, mit den Pflichten eines leitenden politischen Beamten vereinigen lassen? Ist die Regierung mit Rücksicht darauf, daß die Uebergangszeit zwischen den beiden Landtagen sowohl dem Ministerium als auch den politischen Beamten die Pflicht zur besonderen Zurückhaltung in politischen Maßnahmen und Äußerungen auferlegt und mit Rücksicht darauf, daß man nach diesem Vorgehen zu der Person des Herrn Göring ein entsprechendes Vertrauen nicht haben kann, bereit, Herrn Göring alle derartigen Kundgebungen zu verbieten?

Im „Amtlichen Preussischen Pressedienst“ ist eine erste Antwort zu lesen. In bezug auf die Angriffe gegen Oberpräsident Göring und neuerdings gegen Oberpräsident Lippmann (Stettin, Pommern) wird gesagt:

Hierzu ist zu erklären, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nach seinem Programm und nach seiner Tätigkeit eine überparteiliche Organisation darstellt, die unter Hinzuziehung von Angehörigen aller Parteien, die treu zur Verfassung stehen, für die republikanische Staatsform und die Weimarer Verfassung eintreten will. Wenn ein Oberpräsident, d. h. der höchste Beamte einer Provinz, durch eine Ansprache an das Reichsbanner zum Ausdruck bringt, daß er es im Namen seiner Behörde und der Behörden der Provinz für sehr begrüßenswert hält, wenn sich Deutsche aus allen verfassungstreuen Gruppen zusammenfinden, um ihre Treue zum Staat und zur republikanischen Staatsform zu demonstrieren, so handelt er damit nur im Einklang mit Sinn und Aufgabe seiner Stellung als politischer Beamter. Lediglich eine einseitige parteipolitische Einstellung, die z. T. nicht unbefangt von dem beginnenden Wahlkampf sein dürfte, kann in einer solchen Ansprache bei einem derartigen Anlaß eine „Provokation“ einer Provinz des Freistaates Preußen erblicken.

Nun ist die „Magdeburgische“ ganz und gar aus dem Häuschen geraten. Sie wirft Otto Göring vor, er habe „unflätige, verleßende Angriffe gegen eine Partei gerichtet, mit der er als Oberpräsident, als „politischer Beamter“ pflichtgemäß zusammenzuarbeiten hat“. Das ist starker Tobak. Wir müssen ohnedies in den nächsten Tagen die „Magdeburgische“ an ein dunkles Kapitel erinnern und bei dieser Gelegenheit wollen wir uns eingehender mit dem angeschlagenen Thema befassen. Für heute wollen wir feststellen, daß die „Magdeburgische“ in den Angriffen auf den Bundesvorsitzenden nur in der begonnenen Weise fortzufahren braucht, um mit Sicherheit die ganze Stoßkraft des Reichsbanners im Wahlkampf gegen die Deutsche Volkspartei zu leiten. Die „Magdeburgische Zeitung“ und mit ihr die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Preußenparlament scheinen von jedem guten Geiste verlassen zu sein. Im Reichsbanner sind die aktivsten Elemente der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums vereinigt; gemeinsam werden sie den Wahlkampf führen mit dem heißen Wunsch, daß diese Gemeinamkeit auch in den Parlamenten einen Ausdruck findet; die im Zeichen des Reichsbanners gewählten Abgeordneten werden ganz naturgemäß sich stark verbunden fühlen. Will die Deutsche Volkspartei sich selbst zum stärksten Gegner des Reichsbanners stempeln; will ihre Presse sich den Ruf erwerben, die unflätigsten und dümmsten Angriffe gegen das Reichsbanner zu unternehmen; will sie sich das ganze Reichsbanner zu erbitterten Feinden machen, dann muß sie sich aber auch über die politischen Folgen klar sein. Das Reichsbanner schafft Imponderabilien, die gerade im zukünftigen Preußenparlament eine entscheidende Rolle spielen können. Das Hamburger Wahlergebnis ist in dieser Hinsicht sehr lehrreich.

Die „Magdeburgische“ ahnt denn auch, welche Folgen die Gegnerschaft des Reichsbanners für die Deutsche Volkspartei haben kann. Ihre Angst läßt sie aber zu dem denkbaren unglücklichsten Mittel greifen, die Feindschaft des Reichsbanners abzumildern; sie droht dem Beamten Otto Göring; sie wendet „Druckmittel“ an, um ihn zu veranlassen, seinen Einfluß zugunsten der Deutschen Volkspartei geltend zu machen und erreicht damit nur eine zunehmende Erbitterung.

Ein schlechtes Gewissen ist stets ein schlechter Berater.

# Nachrichten aus der Provinz.

## Kreis Wanzleben.

**Diebstahl.** Lichtbildervortrag. Am Donnerstag den 8. November, abends 8 Uhr, veranstaltete der Magdeburger Magistrat in unserm Orte einen Lichtbildervortrag über das Diebstahlswesen für Wanzleben.

**Augenwechungen.** Die Wahlen stehen vor der Tür. Die Parteienversammlung war deshalb viel zahlreicher besucht als sonst. Der Vorsitzende, Genosse Holter, forderte in seiner Ansprache zu reger Wahlarbeit auf. Die Genossen bekundeten, daß sie sich opferwillig zur Verfügung stellen werden. Die Revolutionsfeier findet am Sonntag abends 8 Uhr im „Treppenturm“ bei Braune statt. Es wird ein gutes Programm geboten werden. Alle Genossinnen und Genossen müssen an der Feier teilnehmen. Die Genossen aus den umliegenden Ortschaften sind ebenfalls willkommen. Die Festrede wird Genosse Dr. Braune (Magdeburg) halten.

**Tarxhun.** Revolutionsfeier. Die Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei veranstaltet am Sonntag den 8. November, abends 8 Uhr, in Königs Saal eine Revolutionsfeier. In dieser Feier nehmen auch einige auswärtige Parteigruppen teil. Ferner hat der Arbeiter-Gesangverein aus Ansehung seine Mitwirkung zugesagt; auch die sozialistische Jugend aus Egein und Westeregeln wird mitwirken. Wir laden zu dieser Feier ganz besonders die Einwohner von Tarxhun ein und fordern unsere Genossen auf, restlos an der Feier teilzunehmen und eifrig dafür zu werden. Die Feier wird mit einem gemächlichen Beisammensein abgeschlossen. Der Eintrittspreis ist sehr niedrig gehalten, damit es einem jeden möglich ist, die Feier zu besuchen.

**Wanzleben.** Die Sozialrentner waren am Montag zur Besprechung zusammengekommen. Gemeindevorsteher Jacobs schilderte die Notlage und die Maßnahmen, die nötig sind, um eine Besserung zu schaffen. Die Anwesenden erkannten die Notwendigkeit, sich zur Erreichung einer besseren Lebenslage fest zusammenzuschließen und deshalb dem Zentralverband der Sozialrentner und Witwen beizutreten. Es waren zwei Vertreter anwesend, um die Wünsche und Forderungen der Sozialrentner kennenzulernen.

## Kreis Wolmirstedt - Neuhaldensleben.

**Dahlenwarleben.** Auf, zur Revolutionsfeier! Am Sonntag abends 7 1/2 Uhr findet im Lokal von Becker die Revolutionsfeier statt. Der Arbeiter-Gesangverein Vorwärts wird zur Unterhaltung beitragen. Theater und Ball werden veranstaltet. Alle Parteigenossen und Republikaner sind eingeladen.

**Meisdorf.** In der Parteiberammlung hielt Genosse Bernick einen interessanten Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage. Ausführlich schilderte er die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu den politischen Fragen. Unser Kampf gilt in erster Linie dem angehrten Bürgerloos. Durch die Auflösung des arbeitsunfähigen Reichstags ist den Wählerinnen und Wählern die Gelegenheit geboten, eine arbeitsfähige Reichsvertretung zu wählen. Genosse Dohbertau forderte auf, im Kampfe gegen die Rechtsparteien nicht zu erlahmen und eifrig zu wirken für die Sozialdemokratische Partei.

**Kolbitz.** Zur rückgenommene Klage. Der probitorische Gemeindevorsteher hatte die beiden Gemeindevorsteher Genossen Niemann und Sommer wegen Verleumdung verklagt. Der Sache liegt folgendes zugrunde: Am 19. Mai stand im Verwaltungsverfahren die Gültigkeitserklärung der Gemeindevorsteher zur Verhandlung. Bei dieser Gelegenheit kam es zwischen den sozialdemokratischen Gemeindevorstehern und dem Gemeindevorsteher Jöde zu heftigen Auseinandersetzungen. Der Gemeindevorsteher Genosse Niemann machte auf die Wahlverluste aufmerksam. Darauf jagte der Gemeindevorsteher, das seien Ungeheuer. Genosse Niemann erwiderte diese Verleumdung. Dank wurde trotz aller Warnung des Genossen Niemann die Wahl für gültig erklärt. Als unser Genosse Niemann dann erklärte, eine höhere Instanz anzurufen, wurden unsere Genossen vom Gemeindevorsteher als Parteibanden beschimpft. Genosse Sommer erwiderte diese Verleumdung. Wegen dieser Erwidern von Verleumdungen wurden die Genossen vor Gericht gestellt. In der Verhandlung in Wolmirstedt wurden die Angeklagten durch Rechtsanwalt Dr. Gammerschlag (Magdeburg) vertreten. Von den vielen benannten Zeugen wurde nur Lehrer Reine vernommen. Amtsrichter Niemann fragte dann den Kläger, ob er die Klage zurücknehmen

wolle. Sofort erklärte sich der Gemeindevorsteher damit einverstanden. Damit fand die Verleumdungsklage ihr Ende. Die Kosten des Verfahrens hat zum größten Teile der Gemeindevorsteher zu tragen.

**Neuhaldensleben.** Aus der Keramikindustrie. Die außerordentlich niedrigen Löhne in der Keramikindustrie (das letzte Lohnabkommen läuft schon seit dem 9. Juni) und auf der anderen Seite die außerordentliche Preissteigerung bedingten es, daß eine Erhöhung der Löhne vom Porzellanarbeiter-Verband gefordert wurde. Die Verhandlungskommission beauftragte unter Befreiung eines 5prozentigen Abzugs von den Frauenberufsdiensten, welche durch Schiedspruch vom 7. August festgelegt waren, eine Erhöhung sämtlicher Effektivdienste um 25 Prozent. Die Arbeitgeber lehnten in der freien Verhandlung jedes Entgegenkommen ab. Von einer Klärung haben sie noch nichts gemerkt, auch befindet sich die Industrie noch immer in einer Notlage, sie könnten unmöglich auch nur 1 Pfennig zulegen. Nach diesem Verhandlungsergebnis blieb nichts anderes übrig, als das Reichsarbeitsministerium anzurufen, das den Regierungsrat Dr. Hauschild in Weimar als Schlichter bestellte. Von der Schlichterkammer wurde ein Schiedspruch gefällt, welcher mit Wirkung vom 20. Oktober eine Erhöhung der Effektivdienste aller Beschäftigten um 7 Prozent vorsah und die Aufhebung der Minderung der Effektivdienste der Frauen um 5 Prozent beschloß. Trotz der außerordentlich geringen Erhöhung, welche dieser Schiedspruch bringt, stimmten die Arbeitnehmer schweren Herzens zu. Man sollte annehmen, daß auch die Arbeitgeber die Notwendigkeit einer so geringen Erhöhung anerkannten, aber weit gefehlt. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedspruch ab, so daß nunmehr der Reichsarbeitsminister über die Verbindlichkeitserklärung zu entscheiden hat. Dieser Schiedspruch sieht eine Regelung für die Zeit bis zum 16. November vor, was dann kommen wird, bleibt noch im dunkeln. Um zur Lage Stellung zu nehmen und die Kämpfe vorzubereiten, findet am Freitag den 7. November, abends 8 Uhr, bei W. Herzog eine Mitgliederversammlung der Porzellanarbeiter statt. In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wird keine Kollegin und kein Kollege in dieser Versammlung fehlen. Sollten die Arbeitgeber nicht zur Vernunft kommen, dann werden sie einmal die Stärke der organisierten und gut disziplinierten Porzellanarbeiter zu verspüren bekommen.

**Ren- und Althaldensleben.** Die Theatergemeinde Volksbühne macht darauf aufmerksam, daß für ihre Mitglieder Eintrittskarten für das Stadttheater Neuhaldensleben (Direktion Sattler u. Gärtner) zu ermäßigten Preisen ausgegeben werden. Diese Karten sind in der Geschäftsstelle Neuhaldensleben, Rüstinger Straße 8 (Arbeitssekretariat), und in Althaldensleben bei dem Vorstandmitglied August Schulze, Althaldensleben, Mittagstraße 18, zu haben.

**Rehdorf.** Reichsbanner-Kameraden freigeiprochen. Am Dienstag stand vor dem Amtsgericht Neuhaldensleben zum zweiten Male Termin an in der Strafsache gegen die Reichsbanner-Kameraden Ernst, Käufer und Werner. Die ersten beiden waren durch Strafbefehl zurteiligt, 25 Mark, letzterer 10 Mark zu zahlen. Die strafbare Handlung sollte darin bestanden haben, daß die Angeklagten als Führer einen verbotenen Umzug mitgemacht haben. Der ganzen Angelegenheit liegt ein harmloser Spaziergang der Reichsbanner-Ortsgruppe Rehdorf zugrunde. Am 12. Juli machte eine Anzahl Reichsbanner-Kameraden aus Rehdorf einen Ausflug über Weddigen, Hillersleben usw. Hierbei wurden natürlich auch einige Lieder gesungen. Das ist an sich nicht die Veranlassung gewesen, gegen die Angeklagten Anzeige zu erlaten. Von den Zeugenangaben sind die Ausführungen des Oberleiters Nachmann insofern interessant, als dieser abends um 10 Uhr, nach seinen eigenen Angaben schon bei ziemlich starker Dämmerung, noch gesehen haben will, daß Richtung und Ordnung in dem Zuge geordnet habe, dabei aber selber zugehen mußte, daß an den Seiten, vorn und hinten Leute gegangen seien. Der Gastwirt Berg, welcher vom Bahnhof Rehdorf gekommen ist und die Spaziergänger unterwegs traf, hat ihnen zugerufen: „Nun geht doch etwas rechts ran, Ihr laßt ja wie eine Hammelherde!“ Dies war ein Beweis, daß von einem geordneten Zuge nicht die Rede sein konnte. Die Vertretung der Angeklagten lag in den Händen des Kameraden Rechtsanwalt Bärensprung (Magdeburg). Er beantragte Freisprechung, da eine strafbare Handlung nicht vorliege. Das Amtsgericht Neuhaldensleben, unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Sorgenfroh, kam denn auch zur Freisprechung der Angeklagten. Man sollte doch endlich solche unbegründeten Anzeigen

gegen das Reichsbanner unterlassen; es kommt nichts anderes dabei heraus, als unnütze Kosten für den Staat.

**Rogätz.** Volksversammlung. Die Veranstaltungen der Partei müssen besser besucht werden. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, bei den kommenden Versammlungen zu erscheinen. In der letzten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, am 9. November, abends 8 Uhr, eine Revolutionsfeier in Gestalt einer Volksversammlung beim Gastwirt August März stattfinden zu lassen. Das Referat hält Lagerhalter Ehr. Nicemann (Kolbitz). Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

## Kreis Kalbe-Müchtersleben.

### Revolutionsfeiern.

Am 9. November finden in folgenden Orten öffentliche Versammlungen, verbunden mit Revolutionsfeiern, statt: **Barby:** nachmittags 3 Uhr im „Rautenfranz“. Referent: Genosse Kaufers (Magdeburg).

**Stahfurt:** abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus Klingel. Referent: Genosse Müller (Magdeburg).

**Eisenborn:** abends 8 Uhr im Gasthof zum schwarzen Adler. Referent: Genosse Hartung (Schönebeck).

**Fürberstedt:** abends 8 Uhr im Gasthaus zur Linde. Referent: Genosse Kasten (Schönebeck).

**Brumby:** abends 8 Uhr. Referent: Genosse Schiller (Kalbe).

**Uelkshin:** abends 8 Uhr. Ref.: Genosse Harke (Schönebeck). Genossinnen und Genossen, sorgt für guten Besuch der Veranstaltungen.

Das Parteisekretariat.

### In die Ortsvereinsvorstände.

Am 27. Oktober sind sämtliche Ortsvereine durch Rundschreiben gebeten, sofort Tag und Lokal für öffentliche Wählerversammlungen anzugeben. Bis jetzt sind nur einzelne Ortsvereine dieser Aufforderung nachgekommen. Das Verzeichnis ist sofort nachzuholen, damit jeder Ort bei der Verteilung der Referenten berücksichtigt werden kann.

Parteisekretariat. Wilhelm Peters.

**Kalbe.** In der Mitgliederversammlung der Partei erfolgte zunächst die Rechnungslegung vom letzten Vierteljahr. Einige Mitglieder haben ihren Austritt erklärt. Es handelt sich aber dabei um ganz unsichere Leute, auf deren Mitgliedschaft wir gern verzichten, denn laue Mitglieder können wir in der heutigen Zeit nicht gebrauchen. Genosse Richter wies auf die Aufgaben der Parteigenossen im Wahlkampf hin. Jeder muß seine Pflicht tun an der Stelle, wo er gebraucht wird. Erfreulicherweise meldete sich eine ganze Anzahl Genossen freiwillig zur tatkräftigen Mithilfe. Viel Arbeit gibt es zu leisten, wenn der Erfolg nicht ausbleiben soll. Am Sonntag, dem Jahrestage der Revolution, wird abends im Lokal von Emil Krebs eine größere Feier stattfinden, bei welcher die Sportvereine mitwirken werden und Genosse Rüdert die Festansprache halten wird. — Arbeiter-Wohlfahrt. Dank den Bemühungen unserer Genossinnen war es möglich, den Sozialrentnern vor 14 Tagen einen frohen Nachmittags zu geben. Am kommenden Donnerstag wird die Veranstaltung wiederholt und dem Rest der Sozial- und Kleinrentner an diesem Nachmittags daselbst geboten wie den andern vor 14 Tagen. Unermüdllich sind die Genossinnen tätig gewesen und haben in wochenlanger Arbeit diese Veranstaltung vorbereitet, vor allem Gaben dazu gesammelt. Mancher Weg ist umsonst gewesen, aber unbedrohen wurde das Selbstvertrösten zu Ende geführt. Den freundlichen Gebern, welche Verständnis für die Not der Bevölkerung zeigen, sei besonders gedankt. Ihre Hilfe muß jedoch weiter in Anspruch genommen werden, denn gerade im Winter brauchen die bedürftigen Kreise mehr denn je der Unterstützung. Darum sei auch heute schon an dieser Stelle die Bitte ausgesprochen, daß, wenn unsere Helferinnen vorkommen, sie eine offene Tür und eine offene Hand finden mögen, wenigstens es auch manchem Geber unter den heutigen Verhältnissen nicht leicht wird. Aber auch die kleinste Gabe trägt dazu bei, aus dem Wenigen ein Viel zu machen.

## Stadtkreis Burg.

Der Sängerkorps Burg führt in seinem am Freitag im „Kongertshaus“ stattfindenden Konzert „Königs Tochter“ unter Leitung des Chormeisters W. Schwarzrock auf. Das Werk ist für gemischten Chor geschrieben und es wirken die verstärkten che-

## Sante Anissa Porfirjewna.

(7. Fortsetzung.)

Es traf sich so glücklich, daß gerade in diesen Tagen ein alter Leibeigener namens Potap Matwejew kam, so daß man auch auf den leeren Stuhl verzichten konnte. Potap wurde in dem Saal des Herrn begraben, man holte den Stuhl, einige Kopien aus der Nachbarschaft und benachrichtigte auch den Polizeihauptmann. Als dieser nach Dnjezkowo kam, traf er gerade zur Beerdigung ein. Man bestattete den Toten Nikolaj mit allen Ehren und Zeremonien, die einem Herrn von altem Adel zukommen.

Es wurde gehörigen Orts berichtet, daß das Urteil über den Hauptmann a. D. Saweljew nicht habe vollzogen werden können, da der Verurteilte nach Gottes ewigem Reichselig verstorben sei. Der verstorbene „Bojar“ blieb auf seinem Gut und führte fortan ein elendes Dasein unter dem Namen des Leibeigenen Potap Matwejew.

Gleich am nächsten Tage stand Anissa Porfirjewna ihn in einem blauen Zwilbrosch, den Potap hinterlassen hatte, wie ihm ein Brief in der Tasche an und ließ ihn zur Fronarbeit ansetzen, wie die andern Leibeigenen auch. Als man ihr aber meldete, der gnädige Herr habe vor der Tür und wünsche die gnädige Frau zu sprechen, erwiderte sie schroff:

„Nicht nötig. Er soll arbeiten. Gott lobt die Arbeit. Sagt dem Schufze, daß seine Untertänigkeit noch heute auf meinem Rücken brechen. Und untersteht Euch nicht, ihn „gnädiger Herr“ zu nennen. Ein jebener gnädiger Herr! Der Richter Potap ist er und weiter nichts!“

Dieses Ereignis hatte sich vor aller Augen abgespielt. Und seinam! Die beiden Nachbarn, die nach der Mauer der Mitter gestanden hatten: „Das Ungeheuer muß als Zwangsarbeiter nach Sibirien!“, zwanzigen plötzlich Mitleid mit Nikolaj Abramowitsch.

Wenn man wegen jeder Leibeigenen begründet werden kann, wofür soll das führen?“ jagten die einen.

„Nein, bedenken Sie nur das eine: jetzt hat sich diese Geißel überall herumgesprochen. Jeder dumme Bauer kennt sie und hat seine Schläfe gezogen. Wie kann man da noch Gehorsam erweisen?“ fragten die anderen hingegen.

„Mit einem Wort, es wurden so freisinnige Reden laut, daß der Anissinichow die gnädige Röhre hatte, die Unglücklichen zur Hölle zu bringen.“

Die Zeit ging hin, und Nikolaj Abramowitsch fand sich allmählich in die freiwillig übernommene Rolle des kühnen Potap. In allen andern Leuten er die Fronarbeit, mit allen andern er er Jahre Mühe, Trau mit Ehren und Wohlstand ohne Fleckchen. Trotzdem gelang es der Dame nicht, das ganze Programm der Forderungen auszuführen, das sie sich in ihrer Phantasie ausgemalt hatte.

Einmal fiel es ihr ein, ihren Mann an der Leine laufen zu lassen, aber erwiderte sie den kühnen ganz gemächliche Mensch, der zu Anfang der Revolution angekommen, seine Portion voll empfangen, und zweitens war er tags darauf beschworen. Es gelang sich heraus, daß er in seiner Bergweisung in die Stadt gekommen war und sich bei der Schwelche gerettet hatte. Schwelche wurde er denn nicht einmal angeheilt und wieder beschworen, daß darauf aber ließ der Anissinichow das

Porfirjewna zu sich kommen und riet ihr, ihren Gatten in Ruhe zu lassen, da er im Fall einer Wiederholung der Mißhandlungen gezwungen sein werde, ihr Gut unter amtliche Verwaltung zu stellen.

Potap wurde nach Dnjezkowo geschickt, erhielt eine kleine Kammer in einem Seitengebäude und hatte fortan den Namen zu heißen. Bald darauf ließ Anissa Porfirjewna den Komujscha kommen und gab ihm das Recht, sich über Nikolaj Abramowitsch nach Belieben lustig zu machen.

Spannisch war ganz plötzlich aufgetaucht. Er war eine köstlich rätselhafte Erscheinung, von der bis dahin niemand etwas gehört hatte. Man munkelte, er wäre eben der Sohn, den die gnädige Frau noch als Mädchen geboren hätte; andre behaupteten, er wäre der Reichhaber der Gnädigen. Da sie aber angeht, seiner Forderungen in der Mädchenstube nicht die geringste Eifer- fahrung an den Tag legte, hatte die erkrankte Verarmung wohl mehr an Selbstheiligkeit für sich.

Er war eine Laifantenteile im vollen Sinne des Wortes, frech, stets zu Handgreiflichkeiten bereit, und geil über die Frauen. Er liebte es, den seinen Herrn zu spielen, und es wurnte ihn, daß seine wiederholten Versuche, in die Gesellschaft der Gnädigen aufgenommen zu werden, immer wieder, auch von den Kleinrentnerinnen, schroff zurückgewiesen wurden. Zahl und ohne alle wirtschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen, verweilte er das Gut sehr schlecht und lebte mühsig dahin; sein Gesundheitszustand war, sich über den „Seligen“ lustig zu machen: er ließ ihn tanzen, singen usw. Anissa Porfirjewna war ganz hin vor ihm und überlegte im stillen, wie sie ihn zum Besitzer des Gutes machen könnte. Aber da das nach den Gesetzen der damaligen Zeit so gut wie unmöglich war — denn Komujscha gehörte dem Kleinrentnerstand an —, blieb nichts übrig, als den Bergesfreund durch Pfandbriefe überzustellen. Und in der Tat wurden die Papiere rechtzeitig ausgereicht: sie gab sie ihm aber nicht in die Hand, sondern schloß sie in ihrem Sekretär ein und zeigte Komujscha nur die Schwelche, in der die Briefe lagen.

„Hier, neh! Du? Der Schwelche aber liegt hier imbeutel, von allen andern Schwelchen getrennt! Wenn ich einmal sterbe, halte dich dran!“

„Wie soll ich? Aller Augen werden dann auf mich gerichtet sein! Sie sollten mir die Papiere lieber gleich abgeben, Kämmerchen!“

„Ja grade! Ich kann Euch! Hast Du das Papier erst in den Händen, dann sagst Du nicht mal „danke“, sondern machst Dich gleich auf die Gaden! Nein, laß mich lieber so! Versteht sich keine Nachsicht. Ich werde ja wohl auch nicht so leicht bezogen!“

So beging er Jahre. Nikolaj Abramowitsch war ein alter Mann geworden. Zur Fronarbeit wurde er nicht mehr getrieben. Anissa Porfirjewna gab ihm sogar an die Witten Komujschas manchmal ein Stückchen Fleisch vom herrschaftlichen Tisch und ein Glas Schnaps. Dann war er glücklich, nannte seine Frau „Schwelche“ und dankte ihr interaktuell. Tagelang wanderte er mit seinem Krüden im Hof umher, immer noch in dem alten braunen Zwilbrosch, der unternehmlich zu sein schien. Er sah zu, daß die von der gnädigen Frau durch den Strafen richtig ausgeführt wurden, und schrie es und gr den Angeber. Nach und nach begann man übrigens zu bemerken, daß er verzweifelt wurde, ungesunderndes Bene vor sich hin schrie und die Menschen

nicht mehr erkannte. Er selbst schien auch sein nahes Ende bereits zu ahnen, und eines Tages, als Anissa Porfirjewna den Beamten den üblichen Tribut bezahlt hatte — sie fürchtete immer noch, die Sache könnte ruchbar werden — und ihm vorwarf: „Doch Du immer noch nicht kriechen willst, verdammter Kerl!“, da erwiderte er demütig:

„Wald, liebe Wohlthäterin, bald! Saweljew ist schon tot und Potap macht es auch nicht mehr lange.“

Die Nachbarn hatten die Geschichte vergessen und erzählten nur ab und zu angegriffen Vätern die wunderbare Mär von dem „toten“ Gutsherrn, der unter den Augen der Behörden in Dnjezkowo lebte. Hin und wieder besuchte Nikolaj Abramowitsch sogar seine nächsten Nachbarn, wenigstens die einfachern. Rundherum lagen ja fast lauter ganz kleine Güter. Er ging dann im Hof umher, und wenn er ein kleines Fenster sah, trat er heran und klopfte mit dem Krüden gegen das Glas. Auf das Klopfen erschien der Nachbar am Fenster und unterhielt sich mit dem Alten. Manchmal schickte er ihm auch ein Glas Schnaps nebst einer Scheibe Schwarzbrot. Aber ins Haus hinein ließ man ihn nicht.

Endlich kam auch der ersehnte Tod. Für beide Teile war er die erwünschte Lösung. Saweljew lag fast einen Monat auf dem Ofen, von einer unbekanntem Krankheit geplagt und ohne ärztliche Hilfe, da Anissa Porfirjewna sich schroff geweigert hatte, einen Arzt holen zu lassen. Er starb friedlich mit einem tiefen Seufzer, als freue er sich, daß die Fesseln des Lebens plötzlich von seinen Schultern fielen. Auch Anissa Porfirjewna war keineswegs betrübt: der Tod ihres Mannes befreite sie von der Verpflichtung, den Beamten ihren jährlichen Tribut zu zahlen.

Nikolaj Abramowitsch wurde auf demselben Friedhof bestattet, auf dem auch der Tischler Potap ruhte. Auf dem becheiden Holzkreuz über seinem Grab stand die Inschrift:

„Hier ruht der Knecht Gottes Potap Matwejew.“

Tante Anissa Porfirjewna nahm ein trauriges Ende. Eine Pfandschuld, die sie übrigens nicht weniger als alle andern zu mißhandeln pflegte und die der Zeremonie des Schlafengehens stets bewohnte, die Tür auf und schrie:

„Was steht ihr da? Kommt herein!“

Auf diesen Ruf stürzte eine Schar Dienstmädchen in das Schlafzimmer und in wenigen Augenblicken hatten sie die gnädige Frau mit ihren eignen Kissen erstickt.

Da dieses in der Nacht geschah war, hatte Komujscha nichts gehört und keine Zeit gehabt, sich die im Sekretär befindlichen Papiere anzueignen.

Danach fiel Dnjezkowo nebst dem auf gesetzlichem Wege erworbenen Städtchen-Sanod meinem Vater als nächstem Erben und einzigem Vertreter der männlichen Linie des Geschlechts der Saitabewitsch zu.

Aus diesem Anlaß hielt sich meine Mutter einige Tage in Dnjezkowo auf, um der Untersuchung beizuwohnen und die Gerichtsbeamten günstig zu stimmen.

Komujscha jagte wohl etwas von dem Vorhandensein der Pfandbriefe, die die Verpöner für ihn bestimmt hätte, aber meine Mutter erwiderte ihm höchst gleichmütig:

„Wo sind sie denn? Zeig sie her!“

Und dann wies sie ihm die Tür.

Ende.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. November 1924.

Die Armen oder der Prahlhelm?

Zu dieser Frage wird uns aus den Kreisen einer bekannten, stark kirchlich orientierten Jugendvereinigung folgendes mit der Bitte um Veröffentlichung geschrieben:

Vor kurzem hat der Vorstand des Vereins den Gemeinderat zu St. Gertrauden in Budau, ihm die Kirche für eine öffentliche Aufführung des „Totentanz“ von Gumbel-Selling (bekannt geworden durch die berühmte Haas-Verkost-Truppe) zur Verfügung zu stellen. Der Antrag sollte ohne jeden Vorbehalt den Gemeindevorstand zugute kommen. Der hohe Rat lehnte das Anerbieten ab: das Spiel passe nicht in die Kirche! Ihr Armen hungert weiter! Wenige Tage später aber „weichte“ der Pfarrer derselben Kirche eine neue Stahlhelmfahrt! Ob der Stahlhelm die Armen hinterher mit dem üblichen Freibier und Würstchen bewirte hat, wissen wir nicht.

Wie wird Ihnen, Herr Pfarrer Wrenandt? Sie lieben es, von Zeit zu Zeit mit dem bekannten frommen Augenaufschlag den Arbeitermassen nachzutauern, die der Kirche enttäuscht und herbittert den Rücken kehren. Fällt Ihnen nicht endlich die Binde von den Augen, daß den denkenden Arbeiter der Ekel vor der evangelischen Heuchelei aus der Kirche hinaustreiben muß? Das Bürgertum hat den Pfarrer, den es verdient, und die Kirche, die es braucht. Mit Religion haben alle drei schon längst nichts mehr zu tun. Vielleicht lassen Sie Ihre Amtsbrüder gelegentlich folgende Notiz wissen, die sich in Ihre Kirchenblätter kaum verirren dürfte:

Evangelische Theologie-Studenten der Universitäten Bonn, Greifswald, Jena und Tübingen haben kürzlich einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Wir bedauern es aufs tiefste, daß evangelische Pfarrer und Theologie-Professoren durch Unterstützung und Förderung nationalitistischer Kundgebungen (Deutsche Tage, Stahlhelmtagungen, Fahnenweihen u. dergl.) zur Schürung des Klassen-, Massen- und Völkereifers beitragen. Wir stehen im Falle der Not treu zu unserm Volke, lehnen es aber ab, uns für einen Revanchekrieg hegeißeln zu lassen. Wir halten es für eine Pflicht der christlichen Kirchen Deutschlands, das eigne Volk zu einer immer erneuten Selbstbesinnung und Gewissenserforschung anzuhelfen.“

Eine Kirche, die sich auf das hohe Maß nationaler Selbstgerechtigkeit setzt, trägt zur Verhinderung und damit zum Verderben des eignen Volkes bei. Wir lehnen alle Versuche, eine deutschgläubige Kirche zu schaffen, entschieden ab und bekennen uns mit ganzem Herzen zu der internationalen Volksgemeinschaft Christi vom Kommen des Gottesreichs. In der opferbereiten Nachfolge Christi sehen wir unsere uns von Gott gewiesene Aufgabe, der wir uns mit ganzer Hingabe widmen wollen.“

Der verunglückte Dampfer abgeschleppt.

Der am Dienstag an der Strombrücke verunglückte Dampfer, der den ganzen Verkehr auf der Elbe zum Stocken brachte, konnte am Nachmittag gegen 3 Uhr vom Grunde losgemacht und nach dem Hohlhafen abgeschleppt werden.

Die Ursache des Unglücks wird auf einen plötzlichen Defekt an der Steuermaschine zurückgeführt, der gerade in dem Augenblick eintrat, als der Dampfer, stromaufwärts fahrend, die Brückenpfeiler passierte. Dadurch bekam der Strom Gewalt über ihn und drückte ihn an die Ufermauer.

Es handelte sich nicht um einen Schleppdampfer, sondern um einen Silgidampfer, der reichlich mit den verschiedensten Gütern beladen war und dessen Erleichter gerade darum längere Zeit in Anspruch nahm. Die Waren werden jetzt auf andern Gefährt weiterbefördert und der Dampfer wird repariert. Nach kurzer Zeit wird kein Mensch mehr an das Unglück denken; denn, alles in allem genommen, ist es recht glimpflich abgegangen.

Die Knüppelgarde protestiert.

Der vergangene Sonntag hat der Eichenknüppelgarde, genannt Stahlhelm, und ihren völkischen Anhängern mancherlei Enttäuschungen gebracht. Schlimmst erwartet hatte man allem Anschein nach einen großen Spektakel in „Hoffäger“, der dann gegen das Reichsbanner und die republikanischen Streikbewegungen ausgemittelt werden sollte. Man hat sich direkt krampfhaft Mühe gegeben, die Reichsbannerleute zu provozieren. Die unverwundlichen Masken, die vom Kollet-Reichsbanner sprachen, ließen die Absichten schon erkennen. Die „Tageszeitung“ schrieb am Tage vor der Geisler-Verammlung, daß die Verantwortung für Zusammenstöße auf das Reichsbanner kämen. Man war also auf der Seite der Völkischen und des Stahlhelms gerüstet und bereit.

Die Leitung des Reichsbanners hat einen Strich durch die Rechnung der Geisler-Epischenschaft gemacht. Sie rief zu einer Gegendemonstration auf, die zu dem bekannten Riesenerfolg führte. Die Stahlhelmlöhnerber schimpfen und protestieren in der „Tageszeitung“, weil das Reichsbanner einen unerlaubten Umzug ausgeführt habe. In der „Volksstimme“ ist schon darauf hingewiesen worden, daß der geschlossene Zug des Reichsbanners vom Regierungspräsidenten in letzter Stunde erlaubt worden ist. Jeder Mensch, der nicht vom völkischen Stahlhelmsinn angesteckt ist, muß in der Genehmigung eine politische Kluge Handlung anerkennen. Die freche Provokation der Geisler-Knüppelgarde hat bei den Reichsbannerleuten eine ungeheure Entrüstung ausgelöst. Die gewaltige Kundgebung im „Kriemhildpalast“, der Marjahn nach dem Dompfah, die Demonstration dort brachte eine Entspannung. Vielleicht wurde dadurch ein Unglück verhütet.

Die „Tageszeitung“ befreit, daß zum Sonntag dem Stahlhelm in Südost ein Umzug genehmigt war. Wir stellen wiederholt fest, daß der Stahlhelm in Südost die Genehmigung

zu einem geschlossenen Zuge bekommen hatte. Wenn seine Veranstaltung so jämmerlich auseinanderfiel, daß auf den Straßen von einem Umzug kaum etwas bemerkt wurde, so kann das kein Grund sein, gegen eine Behörde zu protestieren. Ebensovienig kann irgendeine behördliche Stelle oder das Reichsbanner dafür verantwortlich gemacht werden, wenn zwei Richtungen im Stahlhelm bestanden, die vor dem feierlichen Umzug in Streit geraten und sich dann trennen.

Der Protest des Stahlhelms gegen den Umzug des Reichsbanners gegen die Polizei, die ihn nicht verhindert habe, erinnert sehr stark an den Statpieler, der mogeln wollte und sich dabei blamiert hat.

Revolutionsfeier.

Am Sonntag, den 9. November, vormittags 10 Uhr, veranstaltet die Sozialdemokratische Partei im „Hoffäger“ eine Revolutionsfeier. Zur Mitwirkung sind gewonnen: der Magdeburger Konzertorchester (40 Musiker), der Graphische Gesangverein, ein beliebiger Rezitator. Den Festvortrag hält der Landtagsabgeordneter Genosse Heilmann (Berlin). Festgelegt ist folgendes:

Programm:

1. Festmarsch . . . . . Gienberg
2. Duellkläre zu Orpheus . . . . . Offenbach-Wunder
3. Gesang . . . . . Graphischer Gesangverein
  - a) D. n. s. i. c. . . . . Mähner
  - b) Märzluft . . . . . Angerer
4. Rezitation
5. Feitrede . . . . . Landtagsabgeordneter Heilmann
6. Sozialdemokratisch . . . . . Weisheit
7. Adagio e ma. ile der C. Moll. Sonate . . . . . Veerhoven
8. G. H. G. . . . . Graphischer Gesangverein
  - a) Die drei Mäxlein . . . . . Silber
  - b) Horch, was kommt . . . . . Wolfstam
9. Slavische Rhapsodie . . . . . Friedemann
10. Internationale . . . . . Wassergejang

Republikaner, Sozialisten, jetzt für Massenbesuch! Der Tag der Erhebung des deutschen Volkes muß würdig gefeiert werden. Die Feier beginnt pünktlich um 10 Uhr.

Steuerkalender für November.

An die städtischen Steuerkassen sind zu zahlen bis zum

a) 10. November: Vorauszahlungen auf die Reichseinkommensteuer, Schonfrist bis 17. November,

b) 10. November: Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer für den Monat November, Schonfrist bis 17. November. Die Zuschläge zur Ertragssteuer sowie zur Lohnsummensteuer sind die gleichen wie im Vormonat (400 bzw. 480 Prozent bei der Ertragssteuer, 500 Prozent bei der Lohnsummensteuer). Für die Berechnung der Vorauszahlungen ist der Umsatz bzw. die Lohnsumme des Vormonats (Oktober) maßgebend. Die Höhe des Steuerbetrages ist vom Steuerpflichtigen selbst zu berechnen und auf dem Steuerzettel einzutragen. Bei Ueberweisung oder Ueberweisung des Betrages ist Steuerart, Zeitabschnitt für den gezahlt wird, sowie Nummer der Heberrolle genau anzugeben. Auf die ausführlichen Erläuterungen auf dem Steuerzettel wird verwiesen. Von den Monatszahlern ist außerdem bis zum 10. November eine Voranmeldung nach Formular bei der zuständigen Stelle einzureichen. Formulare werden nicht zugestellt, sondern sind von der Buchführerin von Wapler, Große Kunterstraße 2, zu beziehen. Unternehmen, welche in mehreren Gemeinden Betriebsstätten unterhalten, haben die Steuern bis zum Monatsende zu entrichten und auch die Voranmeldung bis zu diesem Zeitpunkt abzugeben.

c) 15. November: Grundvermögenssteuer (staatliche und kommunale) und Kanalgebühren für den Monat November (gemäß Steuerzettel). Der Kommunalzuschlag beträgt bei den bebauten Grundstücken 100 Prozent, im übrigen 150 Prozent, Schonfrist bis 22. November. Hauszinssteuer für den Monat November. Der sechsfache Betrag der staatlichen Grundvermögenssteuer bei bebauten Grundstücken, sofern diese nicht land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind. Bei der Einzahlung ist die letzte Massenquittung mit vorzulegen. Schonfrist bis 22. November.

Eofern die Zahlungen nicht bis zum Ablauf der Schonfrist bewirkt werden, tritt der gesetzliche Verzugszuschlag in Höhe von 2 Prozent für jeden angefangenen Halbmonat des Verzugs ein. Bei Ueberweisung durch die Post oder Einzahlung auf Postfach ist die Angabe der Zahlstelle sowie der Heberlistennummer unbedingt erforderlich.

Sozialdemokratische Partei. Mit Stadt Nord. Ueber die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach Ichthim Genosse Senneberg in einer Mitgliederversammlung. Er führte aus: Der aufgelöste Reichstag war ein getreues Abbild der Verworfenheit, die Poincarismus und Inflation in den Köpfen der Wähler angerichtet hatten. Solche Situationen, in der die Not die Massen zur Verzweiflung treibt, hemmen die klare Ueberlegung und Abschätzung politischer Vorgänge. So konnte es kommen, daß die Indifferenten den Phrasen der extremen Rechten und Linken zum Opfer fielen. Die Londoner Konferenz, die Stabilisierung der Währung, die allmählich sich bessernde wirtschaftliche Lage haben den Demagogen von Potsdam und Wostau den Nährboden entzogen. Diese Parteien werden am 7. Dezember einen üblen Denzettel erhalten. Unfre Aussichten dagegen sind tiefer denkbar günstigsten. Der Wahlkampf wird hart werden. Geld steht uns nicht reichlich zur Verfügung, dafür besitzen wir ein gut geschultes Funktionärkorps, auf das unsere Gegner mit Neid blicken. Es ist Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, sich in diese rote Armee einzureihen und in den kommenden Wochen seine Schuldigkeit zu tun. In der Agitation von Mund zu Mund müssen wir aufklärend wirken; unsere Siegesüberfahrt wird die Massen mit fortziehen. Wir werden siegen! Die Diskussionsredner unterziehen diese Ausführungen.

Revolutions-Gedenkfeier der Jugend. Am 9. November fährt sich zum sechstenmal der Tag der der deutschen Revolution. Der 9. November ist der Tag, an dem sich die deutschen Arbeiter vom Spoke der Militärdiktatur befreiten, und sich den Staat schufen, in welchem sie ein entscheidendes Wort mitzureden haben: die deutsche Republik. Diesen Befreiungstag des deutschen Volkes würdig und feierlich zu begehen, soll Aufgabe der Jugend sein; denn gerade sie hat ein großes Interesse an der Erhaltung des jungen Staates, der ihr viel Möglichkeiten zur freien Gestaltung ihrer Kräfte bietet. Aber auch die Alten werden es nicht verschmähen, sich einmal vom Tageskampf auszurufen und einige Stunden der Erholung zu genießen, um dann mit frischen Kräften wieder in den Kampf zu treten, in welchem auch die Jugend tapfer ihren Mann stehen wird. Der Sozialistische Arbeiter-Jugendbund Magdeburg veranstaltet zum 6. Jahrestag der deutschen Revolution am Sonntag den 9. November, abends 8 Uhr eine Revolutions-Gedenkfeier in der Aula des Röntgen-Wilhelm-Gymnasiums, Falkenbergstraße, zu der die gesamte Arbeiterklasse und die arbeitende Jugend eingeladen ist.

Einem Märchenabend veranstaltet der Doucistenverein Die Naturschönheit am Sonntag den 9. November, nachmittags 4 Uhr, im Franke-Jugendheim. Uchbilder, Musik und Vorträgen vom Genossen Karl König werden jung und alt einige frohe Stunden bringen. Eintrittskarten für Erwachsene 25 Pfg., Kinder 15 Pfg. sind an der Kasse zu haben.

Neue Münzen. Am Montag sind die ersten der neuen Reichsmünzen, die nun endgültig bleiben sollen, ausgegeben worden: Stücke zu 1, 2, 5 und 10 Reichspfennig. Auf den ersten Blick sind die neuen Reichspfennig den Rentenpfennigen sehr ähnlich. Die Größe ist genau die gleiche, die Metalllegierung ebenfalls. Die 5 und 10 Pfennigstücke bestehen aus 91 1/2 v. H. Kupfer und 8 1/2 v. H. Aluminium, während bei den 1 und 2 Pfennigstücken ein gewisser Prozentsatz Zinn und Zink beigemischt ist. Das Nutenbild der neuen Reichspfennige ist das gleiche wie bei den Rentenpfennigen, während auf der Vorderseite statt „Rentenpfennig“ das Wort „Reichspfennig“ steht. Durch die Ähnlichkeit der neuen mit den alten Münzen war es möglich, zu ihrer Prägung die alten Stempel zu verwenden, mit denen die Rentenpfennige gefertigt wurden. Die einzige Änderung bestand darin, daß man die Vorfilben „Renten“ in „Reichs“ verwandelte. Täglich werden in der Berliner Münze etwa zweieinhalb Millionen Reichspfennigstücke ausgeprägt. Im ganzen soll, wie oft erfahren, etwa die gleiche Menge an Münzen ausgegeben werden, wie vor dem Kriege, nämlich für 200 Millionen Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen bis zum Herbst des nächsten Jahres etwa 350 Reichsmark. Da auf den im Frühjahr ausgegebenen neuen Silbermünzen die Bezeichnung „Rentenmark“ weggelassen wurde, konnte bei der Prägung des Silbergeldes der alte Stempel weiter verwendet werden, so daß also die jetzt im Verkehr befindlichen Silbermarkstücke nicht, wie die Rentenpfennige, eingezogen werden. In den gesamten staatlichen Münzen werden täglich rund 5 Millionen Münzen angefertigt. Die Ausprägung der Silberstücke ist zum größeren Teil beendet. Reichspfennigstücke im Werte von 50 Pfennig sind nicht ausgeprägt worden, weil der Bedarf an Kleingeld dieser Art zurzeit voll gedeckt erscheint.

Photographische Veranordnungen. Uns wird geschrieben: Die Photographien-Anordnung für den Regierungsbereich Magdeburg wird in letzter Zeit wieder des öfteren um Schutz und Hilfe gebeten, betreffs Vergrößerungsapparate. Da Warnungen hierin schon so oft ergangen sind und sich auch jeder Laie selbst sagen muß, daß Geschenkangebote doch nur ein Lockmittel sein können, so kann sich jeder am besten vor Unannehmlichkeiten schützen, wenn er sich der ansässigen Verhältnisse mit einem Auftrage betraut. Sämtliche Anordnungsmitglieder führen einen Ausweis bei sich mit Photographie und Stempel der Innung. Beschwerden sind an die Innung nur über Innungsmitglieder zu richten.

Rein Landeard. Die Geschäftsstelle des Reins Landeard muß jetzt wegen ihrer Verlegung in die Neue Ullrichstraße 2, Palisadenstraße Mitte, einige Tage geschlossen bleiben. Von Montag den 10. November an ist sie wieder täglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. Wir weisen noch einmal auf die Theateraufführung des Wohltätigkeitsvereins Hirsch zum Besten des Anstaltswerts Landeard am 13. November abends 8 Uhr im „Hohmannsland“ hin. Pro ronne, die zum Eintritt berechtigt sind, zum Preise von 75 Pfg. je Stück in einigen Kompartimen und auf dem Landeard fort, Hansdorfstraße, zu haben. Der Alexander-Hilfsverein ist durch seine guten Leistungen bekannt und beliebt und bringt am 13. November das sehr nette Lustspiel „Meine Frau, die Hofschaffmeisterin“ zur Aufführung.

Grundlicher Wochenmarkt. Die warme Herbstsonne zauberte heute auf dem Wochenmarkt allerlei liebliche Bilder hervor. Da die Zahl der Käufer nur als sehr mäßig bezeichnet werden konnte, traten die reichbedeckten Stände um so klarer in die Erscheinung. Zwischen ganzen Kollationen von weiß und gelb schimmernden Wurstbügeln, Pasteten und sonstigem Geflügel hingen und lagen ganz respektable langohrige Gemüser der Familie Lampe, die zum Preise von 1,20 Mark das Pfund abgegeben wurden. Für Hühner und Enten wurde auch nicht mehr verlangt. Auf Wunsch wurden die letzteren in Gänsehälften halbiert und geriebt abgegeben. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt herrschte wieder ein starkes Ueberangebot. Marktstellen war u nur an vereinzelten Stellen und zum Preise von 40 und 45 Pfg. für 10 Pfund zu haben. Gute Winterzwiebeln wurden zum Preise von 60 Pfg. für 10 Pfund abgegeben. Birnen und Äpfel konnte man bereits für 5 und 6 Pfg. das Pfund erhalten. Butter war im Preise etwas gesunken. Für Molkewaren verlangte man für das Stück gleich 1/2 Pfund, 1 1/2 Mark. Eier, die alle als frische Landeier bezeichnet waren, hatten sich hart ädiz auf 16 und 17 Pfg. das Stück. Mit dem Eintreten der kälteren Winterzeit sind die ersten Sendungen von Braunkohl auf dem Markt erschienen. Das Pfund wurde heute zu 8 Pfg. abgeben. Von den Händlern wurde allgemein über schlechten Geschäftsgang geklagt.

Änderung der Postkartengröße. Auf dem Postkongress in Stockholm sind die Postveränderungen übermattet, die im Weltpostvertrag für Postkarten bisher vorgesehenen Höchstmaße von 14 Zentimeter mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 an heranzuziehen. Man hat sich auf die Höchstmaße von 10,5 x 15 Zentimeter geeinigt. Hieran ist auf die Verpfändung geknüpft u. o. a. n. die gleichen Maße für Postkarten des inneren Verkehrs der Länder festzusetzen. Die bisher für den inneren deutschen Verkehr zugelassenen Postkarten mit den Höchstmaßen von 10,7 x 15,7 Zentimeter müssen daher abgeschafft werden. Der Ausbrauch der Verände darf nur noch für eine gewisse Zeit bestehen werden. Mit der Verantwortlichkeit der Vordrucke werden alle Weiterungen befristet, die die Verwendung der für den inneren Verkehr zugelassenen Postkarten in der Größe von 10,7 x 15,7 Zentimeter und Verbraucher von Postkarten werden gut tun, sich rechtzeitig auf die Änderung einzurichten. Die amtlich ausgegebenen Postkarten werden in einiger Zeit, um die Einführung der genannten Papierformate zu fördern, in der Größe von 10,5 x 14,8 Zentimeter (Größe DIN A 6) hergestellt werden. Den Postkartenherstellern wird empfohlen, sich damit Vorzugehen anzuschließen.

Unfälle bei der Arbeit. Der Zimmermann G. aus Ebdorf fiel bei den Reparaturarbeiten an der Gertenfruchtbrücke etwa 11 Meter tief in die Elbe hinab. G. erlitt einen Bruch des rechten Fußgelenks und eine Verletzung des Rückgrats, so daß seine Ueberführung in die Krankenanstalt Altstadt erfolgen mußte. Der Elektriker Franz R., wohnhaft Gr. Klosterstraße 19, erlitt bei der Arbeit in einer Maschinenfabrik in Budau infolge Kurzschluß in einer Starkstromleitung schwere Verbrennungen am Kopf und an der rechten Hand. R. fand Aufnahme in der Krankenanstalt Altstadt.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Deutsche Frauenkledungs- und Frauenkultur. Donnerstag den 6. Nov. abends 8 Uhr, in der „Sarmonte“ Kleiderfchau, Ueber- und Abend. Partien in der Geschäftsstelle. Otto-von-Guericke-Straße 99. 2149

Geflügel-Ausstellung Neustadt-Magdeburg in der „Wilhelms“-Häckerstraße 129, am 22. bis 24. November (Sonntags) Abends und dergleichen 5 U. Müller, Nikolaistraße 4. Reichsbund den 18. November 1924

Alle Spielleute heute abend im „Hoffäger“ spielen.

Sozialdemokratische Partei

Besitz Deffauer Straße. Freitag den 7. November, abends 8 Uhr, Frauenabend bei Gracmann.

Besitz Westerhüfen. Funktionärstung bei Hoffmeier am Freitag den 7. November, abends 8 Uhr.

Jungsozialisten. Am Freitag abend wichtige Zusammenkunft im Franke-Jugendheim.



# W Schützen Sie sich gegen Erkältung durch meine warme wollene Unterkleidung, indem Sie von diesem Extra-Angebot Gebrauch machen Wohlfeile Woche!

## Meine bewährten Damen-Strümpfe

Baumwolle (schwarz und lederfarbig) . . . . .	Paar 45 J	Baumwolle Doppelsohle, echtschwarz . . . . .	Paar 55 J
Prima Baumwolle (Länge ohne Naht, echtschwarz) Paar	75 J	Prima Qualität Doppelsohle, Hochferse, echtschw. . . . .	Paar 90 J
Mako (schwarz und farbig) . . . . .	Paar 1.00	Woll. gewebte Strümpfe mit Doppelsohle.	
Seidenflor in echtschwarz . . . . .	Paar 1.25	Farbig meliert mit und ohne Zwickel . . . . .	Paar 2.00
Seidenflor Doppelsohle, grau, beige, leder, schwarz	Paar 1.75	Fein gestrickt echtschwarz . . . . .	Paar 2.75
<b>Kunstseid. Damen-Strümpfe</b> echtschw. mit Doppel. Paar	1.25	Kaschmir reine Wolle, echtschwarz . . . . .	Paar 4.00
<b>Golda-Damenstrümpfe</b> vorzüglicher Seidenflor, schwarz und farbig mit schämem Rand, D. R. P. . . . .	Paar 3.90		
		allerbesten Flor, mit farbigem Rand, echt schwarz . . . . .	Paar 3.90

<b>Kinder-Strümpfe</b> reine Wolle, 1x1 gestrickt	Marke „Ideal“ Marke „Rheinland“	9	8	7	6	5	4	3	2	1
		Paar 2.50	2.30	2.10	1.90	1.70	1.50	1.30	1.10	90 J
		Paar 3.60	3.30	3.00	2.70	2.40	2.10	1.80	1.50	1.20

## Herren-Socken

Stark gestrickt in grau . . . . .	Paar 35 J	„Ideal“ grau meliert, reine Wolle . . . . .	Paar 1.50
„Shoddy“ Schaft 2x2 gestrickt . . . . .	Paar 45 J	„Kraft“ reine Wolle, grau, stark gestrickt . . . . .	Paar 1.90

**Zur aufmerksamen Beachtung!**

Herren-Socken in lila, grün und blau . . . . .	Paar 45 J
Herren-Socken in bunt gestreift . . . . .	Paar 75 J

**Wollene Kameelhaar-Socken** besonders weich, 1x1 gestrickt . . . . .

Paar 2.00

## Damen-Handschuhe

Trikot mit angewebtem Futter, schwarz und farbig . . . . .	75 J
Prima Trikot mit farbiger, seidener Aufsicht, 2 Druck . . . . .	1.00
Leder-Imitat elegante Modefarben, 2 Druck . . . . .	1.50
la. imit. Wildleder Niegelferschuß schw. m. weiß. Aufs. . . . .	1.75
Stulpen-Handschuhe farbige Stulpen m. farb. Futter . . . . .	1.60
Reinwoll. Strickhandschuhe einfarbig und bunt . . . . .	1.15
Reinwoll. Strickhandschuhe mit bunter Manschette oder schottisch. bunter Hand . . . . .	1.80 1.50

## Herren-Handschuhe

Trikot mit angewebtem Futter, schwarz und farbig . . . . .	1.00
Prima Trikot farbig, mit breiter seidener Aufsicht . . . . .	1.25
Imitiert Wildleder mit Aufsicht . . . . .	1.80
Imitiert Wildleder Saßfutter und Aufsicht . . . . .	2.25
Doppelstoff imitiert Wildleder, farbig . . . . .	3.25
Reinwollene Strickhandschuhe Doppelmanschette, schwarz und bunt gemustert . . . . .	1.75
Prima reinwollene Strickhandschuhe Doppelmanschette, in einfarbig, u. bunt gemusterten Jacquard . . . . .	2.50

## Die guten erprobten Winter-Trikotagen

**Herren-Einsatzhemden** geeignete Weihnachts-Präzente

Weiß Trikot mit weiß-buntem Perleinsfas . . . . .	2.75
Weiß Trikot mit weiß-buntem Ripseinsfas . . . . .	3.00
Prima weiß Trikot mit eleganten Einsätzen . . . . .	4.50
Normaltrikot Wollmischung mit Ripseinsfas . . . . .	5.50

**Burschen-Normalhemden** mit Wollmischung . . . . . 2.25

**Herren-Normalhosen** mit Wollmischung . . . . . 2.20

**Herren-Normalhemden** Wollmischung, mit Doppelwurf . . . . . 2.40

**Herren-Garnituren** Sack und Hose, vorzügliche Weihnachts-Geschenke

Einfarbig Trikot . . . . . Garnitur	5.50
Einfarbig Trikot prima Ware . . . . . Garnitur	8.00
Florida farbig meliert . . . . . Garnitur	9.00
Bunt gestreift . . . . . Garnitur	12.50

## Damen-Schlupfhosen

Trikot farbig fortiert . . . . .	1.25	<b>Schlupfhosen</b> Reinfaserne u. funktionsfähige in reicher Auswahl, verschiedene Qualitäten.	Prima Trikot mit doppeltem Schritt, farbig fortiert . . . . .	1.75
Marine-Trikot schwere Qualität . . . . .	2.75		Reinwollener Trikot in Farben fortiert . . . . .	7.00
<b>Weißes Trikot-Damen-Hemd</b> . . . . . Stüd.	1.90	<b>Kinder-Unterhosen</b> mit Leibchen und Ärmeln, Vorknaststoff mit Wollmischung	Gr. 100 90 80 70 60 cm lang	2.60 2.30 2.00 1.70 1.40

# H. LUBLIN

**Ernst Lösche** Witwe  
hat **Braunschweiger Straße 97**  
wieder ein  
**Manufakturwaren-Geschäft**  
eröffnet. — Ich werde bestrebt sein, meine Kundschaft in jeder Weise reell und gut zu bedienen wie in früherer Zeit.  
**J. Lösche.**

Kaufen Sie sofort  jetzt haben Sie noch die größte Auswahl in passenden **Weihnachtsgeschenken**

**Preiswerte Bücher** als Geschenke für Erwachsene aus allen Literaturgebieten: Philosophie, Technik, Romane, Novellen, Klaffier, ein- und mehrbändig, Sport, Naturwissenschaften u. a. m.

**Buchhandlung Volksstimme** — Magdeburg — Gr. Münzstraße 3

**Schlösser-Jacken** 3.75 4.50 5.80 7.50  
**Ehrenfried Finke.**  
**Säcke** für alle Zwecke geben billig ab 2065  
Gebr. Rosenbaum  
Sack- und Planfabrik  
H.-S.-St. Michael-Str. 21a

**Mittelpunkt** (Originalgröße)

die konkurrenzlose 12-Pfennig-Zigarre

**Lindau & Winterfeld** G. m. b. H.  
Zigarrenfabrik, Magdeburg.



# Opportunitäten

Unsere neueste grosszügige Verkaufs-Veranstaltung unter obiger Bezeichnung haben wir deshalb so benannt, weil wir hierfür aus allen Spezial-Abteilungen unseres Hauses grosse Warenmengen von bekannter Güte zu so ausserordentlich niedrigen Preisen zum Verkauf gestellt haben, dass es auch in der Zeit der Teuerung und Geldknappheit jedem möglich ist, für wenig Geld Ergänzungen für den nahenden Winter vornehmen zu können.

Diese angeführten Artikel bilden nur eine kleine Auslese des in unserem Hause zurzeit Gebotenen.

Preise in Goldmark. Verkauf soweit Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten.

<b>Untertailen</b> mit voller Achsel und breiter Stickerei. . . . . <b>95</b> <small>ca. 1.85</small>	<b>Damen-Hemden</b> mit schmalen Trägern und Stickerei-Ansatz. . . . . <b>1.15</b>	<b>Damen-Beinkleider</b> Seneform, mit Stickerei-Volant. . . . . <b>1.65</b>	<b>Damen-Nachthemden</b> mit Ausschnitt, halbem Arm u. breiter Stick. . . . . <b>3.45</b>
<b>Hemdenstück</b> haltbare Qualitäten, ca. 80 cm breit. . . . . <b>58</b> <small>Meter 95 75</small>	<b>Wäsche-Linon</b> für alle Zwecke geeignet, 60 cm breit. . . . . <b>85</b> <small>Meter</small>	<b>Mantelstoffe</b> 180 cm breit, schwere, mod. Ware, mod. Muster. . . . . <b>4.90</b> <small>Meter</small>	<b>Kleider-Velours</b> hübsche Ausmusterung. . . . . <b>1.10</b> <small>Meter</small>
<b>Rippensamt</b> waschbar, f. Kleider und Morgenröcke, in aparten Farben, ca. 70 cm breit. . . . . <b>3.75</b> <small>Meter</small>	<b>Halbseid. Damast</b> für Jaden- u. Mantel-futter, ca. 85 cm breit. . . . . <b>4.60</b> <small>Meter</small>	<b>Jumper- u. Wien. Schürzen</b> aus buntem Kretonne. . . . . <b>98</b> <small>Meter</small>	<b>Wiener Schürzen</b> aus guten gestreiften Stoffen, mit Volant und Tasche. . . . . <b>1.35</b>
<b>Damen-Weste</b> schwarz, ohne Arm. . . . . <b>2.90</b> <small>Mt.</small>	<b>Kimono-Weste</b> reine Wolle, in mod. Farb. . . . . <b>5.00</b> <small>Mt. 9.50</small>	<b>Herr.-Normalbeinkleid</b> gute Qualität. . . . . <b>2.90</b> <small>Mt.</small>	<b>Herren-Normalhemd</b> mit Doppelbrust. . . . . <b>3.40</b> <small>Mt.</small>
<b>Damen-Strümpfe</b> engl. lang, mit doppelt Spitzen und Ferjen, schwarz. . . . . <b>42</b> <small>Paar</small>	<b>Damen-Strümpfe</b> engl. lang, mit doppelt Sohl, Spitz u. Hochstr., schwarz. . . . . <b>65</b> <small>Paar</small>	<b>Damen-Handschuhe</b> halbf. gefüttert, m. 2 Druckkn., farb. . . . . <b>95</b> <small>Paar</small>	<b>Damen-Handschuhe</b> Wildleder-Nachahm., m. Halbfutter, farb. . . . . <b>1.35</b> <small>Paar</small>

# Lange & Münzer

Breiteweg 51/52

## Magdeburger Fischhallen

Alte Ulrichstr. 13  
Breiteweg 89/90

Deutsche Seefischhandels-Aktiengesellschaft

Wir empfehlen in bester, blutreicher Qualität:

II. fetten Kaviarsch ohne Kopf . . . . . <b>25</b> <small>Pfund</small>	II. frische Eidbratfische . . . . . <b>38</b> <small>Pfund</small>
II. Perlmutter-Schellfisch . . . . . <b>38</b> <small>Pfund</small>	II. Krabschollen . . . . . <b>40</b> <small>Pfund</small>
II. mittl. großen Schellfisch . . . . . <b>40</b> <small>Pfund</small>	II. Fischfilet ohne Gräten . . . . . <b>75</b> <small>Pfund</small>
II. knorpeligen Schellfisch . . . . . <b>55</b> <small>Pfund</small>	II. große Krabben . . . . . <b>90</b> <small>Pfund</small>
II. großen Kabeljau im Auschnitt . . . . . <b>45</b> <small>Pfund</small>	II. frische Krabben . . . . . <b>100</b> <small>Pfund</small>
II. großen Seelachs im Auschnitt . . . . . <b>40</b> <small>Pfund</small>	II. frische Fladhechte . . . . . <b>140</b> <small>Pfund</small>

II. lebende Karpfen Pfund 200/- II. lebende Schleie Pfund 250/-

## Die moderne Reklame

richtig aufgebaut und durchgeführt, wird die berechtigten Erwartungen der Interessenten niemals enttäuschen. Sie ist der billigste Weg, um schnell und sicher die Aufmerksamkeit weitester Kreise zu erregen. Sie bedeutet unbegrenzte Absatzmöglichkeiten. Allerdings setzt die folgerichtige Durchführung eines Werbeflans eine Fülle von Sonderkenntnissen voraus. Nehmen Sie deshalb die Dienste unseres Unternehmens in Anspruch, welches Ihnen gute Entwürfe für

**Plakate, Klichees  
Schaufenster - Dekorationen**

liefert und Ihnen beratend zur Seite steht in bezug auf Abfassung, Ausstattung und Ausführung und all den Dingen, die der Reklame zum Erfolg verhelfen sollen.

## Ermus-Reklame

Art. Freiberg  
**Breiteweg 147**  
Eingang Georgenplatz  
(hint. Warenhaus Gebr. Barasch.)

## Wissen Sie

warm ich billig sein kann? Beste Bezugquellen der Rohware, eigene Anfertigung und kein Laden. Einige Beispiele:

Pilothosen . . . . .	von 4.25 an
Manifesterhosen . . . . .	8.50
Eisenbahnerhosen . . . . .	5.50
la. Klapphosen . . . . .	7.00
Breeches, Granitford . . . . .	6.00
Breeches, echt Nord . . . . .	9.00
Bestreifte Hosen . . . . .	5.00

Anzüge, Hüter, Winterjoppen  
elegante Verarbeitung zu sportbilligen Preisen

**J. Linial, Kutscherstr. 19**  
Sonntags nur von 5 bis 8 Uhr nachm. geöffnet

## Arbeitsmarkt

### Lehrlinge

mit guter Schulbildung, nicht unter 16 Jahren und schlichte, groß und kräftig, zum sofortigen Eintritt geeignet

**Otto Klavehn & Co.**  
Breiteweg 142/143.

## Maurer gesucht!

**Heinrich Gose**  
Baugewerk  
Magdeburger, Gürtelstr. 22

## Stellenangebote

geben den besten Erfolg in der **Volksstimme**

## Butterpreis ermäßigt

Ab gestern kostet meine hochfeinste dänische Drei-Kronen-Butter

**Mk. 2.60**  
das Pfund

**Otto Zoepfer**  
Butterhandlung zu den drei Kronen.

## Borarbeiter

mit gelehrter Solenne für Kupfer- und Messingrohrzug gesucht. Angebote unter N 271 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung einreichen.

## Dreher

günstige, geschulte  
Junge Menschen  
kann ich durch den  
ausgeprägt. Beruf ich  
hochwertigen  
Zusammenhang

**August Bebel**  
guten Lebensdienlich  
haben Sie etwa bei  
Mag. Hofmann,  
Königsplatz bei  
Magdeburg.

## Mädchen, die man nicht heiratet!

ist der Titel des in 40. Auflage erschienenen aufsehenerregenden Buches von K. u. G. Goring, das in 10 Sprachen überf. wurde. Mit 16 Illustrationen. Preis franco 1.25 Mk. (Nachnahme 20 Pf. mehr.)

**Gratia-Versand, Braunschweig 3.**  
Postfach 200. Berlin 128812.

## Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Mittelfeld.  
Todesfälle, 6. November 1924. Arbeiter Wilhelm Schulze, 48 J. Eisen-Geb. i. A. August Semmer, 63 J. Stellmacher Wilhelm Schulze, 53 J. Arbeiterin Dorothea Wehrhahn, 50 J.

Magdeburg-Gadenburg.  
Todesfälle, 3. November. Landwirtin Wilma Katharina Hoffmeister, geb. Arnold, 84 J. Frieda geb. Richterberg, Ehefrau des Kaufmanns Fritz Lerche, 80 J. Kantarapflege Rudolf Saitmann, 41 J. Landwirtin Emma Bodmann geb. Drenthoff, m. Off. 65 J. Oberpostdirektor Emil Dehne, 57 J. Pianist geb. Danquwils Ehefrau des Kaufmanns Paul Gerson, 48 J.

Magdeburg-Neustadt.  
Todesfälle, 3. November. Anneliese, geb. Elettromonteur-Karl Hüterbock, 3 J.

## Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meiner lieben Frau (geb. allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Schwägern des Nationalität meinen Kollegen der Firma Koch, Santelema u. Paasch sowie den Anwesenden des Sozialdemokratischen Vereins, des Arbeiter-Gewerksvereins Gleichheit und Herrn Pastor Köhler) meinen verbindlichsten Dank.

**August Sie eling, Wroß-Dittelsleben.**

massigen Militärmusiker mit. Da eine ungewöhnlich starke Nachfrage nach den Eintrittskarten herrscht, besonders aber der Bürger Arbeiterklasse etwas ganz Außergewöhnliches vom Sängerkor geboten wird, hofft man auf starken Besuch.

**Die Arbeitsmarktlage** hat im Laufe des Oktober eine Weiterentwicklung nach Bessern, wie man erhofft hatte, nicht erfahren. Durch das Zurückkehren der Arbeiter aus der Kartoffelernte ist die Zahl der Erwerbslosen wieder gestiegen. Nach geübten Landarbeitern ist noch immer Nachfrage. In der Metallindustrie ist in der Entwicklung ein gewisser Stillstand, soweit es sich um Einstellung von Arbeitskräften handelt, eingetreten. Die Tuchfabriken sind gut beschäftigt, es ist Mangel an Spezialarbeitern. In der Lederindustrie, soweit sie die Gerbereien betrifft, ist die Zahl der Erwerbslosen und der in andern Berufsgruppen übergegangen. Der verhältnismäßig hoch. Dagegen sind die Sattler und das Polsterwarengeschäft gut beschäftigt. Das Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist, soweit die Möbelfabrikation in Betracht kommt, leblich beschäftigt, nur in den Stuhlfabriken ist Mangel an Aufträgen. In den Goldblechfabriken ist der Beschäftigungsgrad wieder besser geworden. Die Bekleidungsindustrie hat im Schneiderberuf wie in der Lederhandelsbranche sehr guten Geschäftsgang, so daß es an guten Facharbeitern fehlt. Die Schuhfabriken sind gut beschäftigt, jedoch sind bis auf einige Spezialmaschinenarbeiter Einstellungen nur wenig erfolgt. Das Baugewerbe, soweit es die Maurer und Zimmerer betrifft, befindet sich seit Mitte des Berichtsmontats in Streik. Die Ursache liegt in der Differenz der Ortsklassengruppierung. Der Schaden, welcher durch diesen Streik entsteht, ist recht weittragend, nicht nur für das Baugewerbe selbst, sondern dadurch, daß viele Bauten, welche als Wohnungs- und Industriegebäude in Betracht kommen, bedeutend in ihrer Fertigstellung im Rückstand bleiben, so daß aus diesem Grunde schon eine baldige Beilegung des Streikes erwünscht ist. Der Malerberuf ist gut mit Aufträgen versehen. Im graphischen Gewerbe ist der gute Geschäftsgang erfreulicherweise einhaltender. Die kaufmännischen und Bureauangestellten sind in größerer Anzahl schon seit längerem erwerbslos; es besteht auch zurzeit wenig Gelegenheit, diesen Stellung zuzuwenden. Die Möglichkeit, ungelernete Arbeiter in ein festes Arbeitsverhältnis zu bringen, war sehr begrenzt und so wurde jede Arbeitsgelegenheit, ob diese sich auf Stunden oder Tage belief, angenommen. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt war die Lage im Oktober in der Landwirtschaft naturgemäß nicht einheitlich. Während bei Beginn des Oktober große Aufträge für landwirtschaftliche Dienstmädchen und Tagelöhnerinnen vorlagen, boten sich am Ende des Monats wieder reichlich Tagelöhnerinnen an. Für jugendliche ungelernete Arbeiterinnen lag in der Metallindustrie Unterbringungslosigkeit vor, während von der Tuch- und Schuhindustrie nur vereinzelte Facharbeiterinnen angefordert wurden. In der Hauswirtschaft überwiegt das Angebot die Nachfrage. Ende Oktober belief sich die Zahl der männlichen Arbeitslosen auf 396 und die der weiblichen auf 185. Davon bezogen Erwerbslosenunterstützung 116 männliche und 3 weibliche mit 143 unterstützten Familienangehörigen.

### Kreis Jerichow 1.

**Germisch. Achtung, Parteigenossen!** Die zu heute abend einberufene Vereinsversammlung findet zwingender Gründe wegen nicht statt. Die neue Versammlung ist für kommenden Freitag (übermorgen) angelegt. Wir erwarten dann das Erscheinen aller Genossen, um zur Reichstagswahl Stellung zu nehmen.

### Stadtkreis Aschersleben.

**Aschersleben.** Die Frauengruppe unserer Partei veranstaltete einen Frauenverbeis. Nebenbei zahlreiche waren die Genossinnen und Genossen herbeigezogen; auch zahlreiche Gäste waren erschienen. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Nach einer kurzen Begrüßung der Anwesenden durch die Vorsitzende der Frauengruppe begannen die Darbietungen. Rezitationen, Musikstücke und Gesänge unserer Jugendgruppe wechselten miteinander ab. Besonders wirkungsvoll wurde eine Komödie von Beethoven und „Neigen seliger Weiser“ aus Ophéus zum Vortrag gebracht. Im Mittelpunkt der ganzen Veranstaltung stand die Werberede der Genossin Hejje. Die Vortragende knüpfte an den Gesang der Jugend „Mit uns zieht die neue Zeit“ an und legte dar, was die Frauen von der neuen Zeit erhoffen und fordern. Sie beleuchtete kurz die untergeordnete Stellung der Frau vor der Revolution. Mit dem Kapitalismus wurde die Frau ein billiges Ausbeutungsgesetz in kapitalistischen Produktionsprozess. Mit dem Stimmzettel in der Hand kann die Frau ihr Los bessern. Nur eine Partei hat für die Gleichberechtigung der Geschlechter gekämpft, die Sozialdemokratie. Es müssen alle gleichgültigen, müden und unerschöpflichen Frauen angereizt werden zur Arbeit für die Sozialdemokratische Partei, in der am besten die Fraueninteressen vertreten werden. Es muß von den Frauen dafür gesorgt werden, daß am 7. Dezember die Sozialdemokratie siegt. Ein gut gelungenes Theaterstück „Frische Luft“ von Bartel, und Gedichte heiteren Inhalts, Volkstänze und Schattenspiele, die besonders Beifall fanden, bildeten den Schlußteil des Abends. Alle Anwesenden sprachen sich anerkennend über die Darbietungen aus. Mögen weitere Feiertage, bei denen sich die Herzen näher kommen, bald folgen.

### Ullmarf.

**Gardelegen.** Sozialdemokratische Partei. Am Sonntag den 9. November, abends 8 Uhr, findet in der „Neuen Welt“ unsere Revolutionsfeier statt. Der Bezirkssekretär Genosse Ferkel wird als Redner erscheinen. Genossen, Republikaner, erscheint am Geburtstag der Republik zu dieser Parteiveranstaltung. Sorgt für einen guten Besuch.

**Stendal.** Zur Revolutionsfeier am Montag den 10. November, abends, in Klinkaus Festsaal, sind Programme, die zugleich als Eintrittskarte dienen, im Parteisekretariat und in dem Gewerkschaftsbureau, Brüderstraße 16, zu haben. Das Stendaler Volkstheater, die Freie Sängerkolonne und die Jugend wirken mit. Preisaktulrat Genosse Githardt aus Osterburg hält die Rede. Da starke Nachfrage nach Karten ist, werden unsere Freunde, sich rechtzeitig Karten zu kaufen.

**Stendal.** Funktionärziehung heute (Mittwoch), abends 8 Uhr, im Vorraum des Parteisekretariats, Brüderstraße. Alle müssen erscheinen. — Stadterordnetenfraktion. Sonnabend, abends 8 Uhr, im Parteisekretariat, Brüderstraße.

**Stendal.** Kleingarten-Paktaterversammlung. In der Generalversammlung berichtete der Vorsitzende über die Verhandlungen mit dem Magistrat wegen der Festsetzung der Pacht. Die Gründe für einen Aufschub an den Reichsverband wurden bekanntgegeben; es wurde beschlossen, sich dem Reichsverband anzuschließen. Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand mit einigen Ergänzungen einstimmig wiedergewählt. Wer Mitglied der Vereinigung werden will, hat sich beim Vor-

sitzenden O. Kiep, Innenstraße 15, anzumelden. Die Einziehung der Pacht wurde nach folgenden Grundätzen beschlossen: für Plan A durch O. Kiep, Innenstraße 15, und G. Pannede, Windelmannstraße 26; für Plan F und G Wilhelm Kosslow 14, Schönbeckstraße 4; für Plan C Würh, Priesterstraße 18; für Plan H Gerloff, Gertraudenstraße 1; für Plan B II Junk, Bergstraße 68; für Plan D II Geinrich Meyer, Felsstraße 8; für Gemeinderat Wischoff, Bergstraße 67. Die Pacht ist bis zum 15. März abzuliefern. Die Statuten wurden von der Versammlung geändert.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

**Olvenstedt.** Am 8. November, abends 7 Uhr, findet im Saale von W. Denecke ein republikanischer Abend mit Ball statt. Es wird auch eine Verlosung wertvoller Gegenstände veranstaltet. Für Unterhaltung wird bestens gesorgt. Alle Republikaner Olvenstedts sind dazu eingeladen.

**Weihendorf.** Am Freitag abend 8 Uhr findet im Hoffmannschen Lokal eine Versammlung des Reichsbanners statt. Alle Republikaner sind hierzu eingeladen. Die Mitglieder des Reichsbanners müssen unbedingt erscheinen; es sind wichtige Angelegenheiten zu erledigen. Außerdem wird von einem auswärtigen Kameraden ein Vortrag gehalten.

**Altenhausen.** Werbeabend am Sonnabend bei Laas. Alle Republikaner aus Altenhausen und den umliegenden Ortschaften sind eingeladen. Redner Kamerad Karstedt (Neuhaldensleben).

**Groß-Rosenburg.** Die Ortsgruppe benachrichtigt am Sonntag abend den 8. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Lorenz einen republikanischen Abend. Vorgelesen sind Rezitationen, Gesangsvorträge und Klänge. Alle Republikaner von Groß-Rosenburg und Umgegend sind dazu eingeladen.

**Stendal.** Am Donnerstag den 6. November findet im Vereinslokal Oeter, Karlstraße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Da die Versammlung wichtige Beschlüsse zu fassen hat, müssen alle Mitglieder erscheinen. Anfang pünktlich 8 Uhr; Mitgliedslisten beim Eintritt vorzeigen.

**Tangermünde.** Am Freitag den 7. November, abends 8 Uhr, findet in der Genossenschaft eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt. Alle Kameraden müssen erscheinen. Die Vorstandsmitglieder treffen sich dort eine Stunde vor der Sitzung.

## Kleine Chronik.

**Vier Tote bei einem Flugzeugabsturz.** Ein Flugzeug, das von Königsberg nach Danzig unterwegs war, geriet unweit Danzig in eine schwere Windstöße und wurde zur Notlandung gezwungen. Der Apparat wurde zu Boden gedrückt und zerstört. Der Flugzeugführer und drei Passagiere wurden getötet. Es handelt sich um das Postflugzeug Marienburg-Danzig, das durch den Sturm gezwungen war, auf den Sapperwiesen bei Langfuhr in der Nähe der ehemaligen Militär-Schießstände niederzulegen. Der Absturz war so heftig, daß sich der vordere Teil des Flugzeuges, Motor und Propeller, etwa 1 1/2 Meter tief in die Erde eingruben. Die getöteten Insassen sind: der Flugzeugführer Jakob, eine Frau Talies aus Danzig, ferner der Redakteur Meyer aus Poppel und Direktor Rumpfer aus Danzig. Der Flugzeugführer ist ein alter Kriegspiloter und fliegt die Strecke seit 1 1/2 Jahren. Er war als zuverlässiger Pilot bekannt.

**Familientragödie.** In Hindenburg bei Weissensee im Kreise Niederbarnim führte der 78 Jahre alte Landwirt Karl Heine einen Morbanfall auf seinen Schwiegersohn, den Landwirt Georg Hagerth und seine eigne Tochter aus. Beide Familien leben schon seit längerer Zeit in Streit, der von dem alten Heine bei jeder Gelegenheit erneuert wurde. Am Montag kam es zwischen Heine, seiner Tochter und seinem Schwiegersohn wieder zu einer heftigen Auseinandersetzung. Als sich später das Ehepaar Hagerth in der Scheune befand, stieß der alte Mann die Scheune in Brand, um Tochter und Schwiegersohn zu beseitigen. Diefen gelang es jedoch noch rechtzeitig, aus der brennenden Scheune zu entkommen. Als der Alte seinen Plan gescheitert sah, schoß er mehrere Male auf die Fliehenden, ohne jedoch zu treffen. Darauf löbete er sich durch einen Schuß in den Kopf. Die Tat dürfte seinem tödlichen Haß gegen seine Verwandten zuzuschreiben sein. Trotz der angestrengten Arbeit verschiedener Feuerwehren brannte die Scheune mit allen Vorräten bis auf die Grundmauern nieder.

**Die genepten Sachsen.** Kürzlich kam ein Kaufmann aus Sachsen nach Berlin und traf hier mit einem Dresdener Geschäftsfreund zusammen. Beide erledigten ihre Angelegenheiten und wollten danach Berlin auch einmal bei Nacht sehen. Sie trafen in der Linienstraße einen Mann, der ihnen zu unerlaubten Freunden verbeissen wollte. Die beiden waren damit sehr einverstanden, und der Schlepper eröffnete den Repp an den Provinzler mit einer Provisionsforderung von 20 Mark. Nachdem er das Geld bekommen, ging es nach der Linienstraße 123. Hier nahm eine recht muskulöse Männergestalt den Gästen die Garderobe ab und verlangte dafür 20 Mark. Dann näherte der Kellner mit der Erklärung, daß das Lokal nur Sekt führe. Die beiden Sachsen bestellten auch eine Flasche. Und schließlich erschien das „Vallott“, bestehend aus vier weder jungen noch schönen Mädchen, die auf den mindesten Schleiher verzichtet hatten. Die „Damen“ tanzten durch die Stube, bekamen davon Durst, und die zahlungsfreudigen Gäste mußten noch eine zweite Flasche bestellen. Außerdem kaffierten die Tänzerinnen 15 Mark pro Person Tanzgebühren, der Kapellmeister präsentierte eine Rechnung über 80 Mark, und als das „Vallott“ schließlich verschwunden, ließ sich der Kellner für die beiden Flaschen Sekt (einschließlich Bedienungsgeld) 187 Mark zahlen. Das Gericht lud die Veranstalter dieser „Nachtunfugabende“ zur Verantwortung. Der Inhaber der Wohnung, ein gewisser Repp, und sein Intermediär Schimmelpfennig, der die Rolle des Portiers spielte, suchten sich damit zu verteidigen, daß Unbekannte diese Veranstaltungen bei ihnen abgehalten hätten. Repp wollte als Entgelt von dem Verkauf jeder Flasche Sekt 5 Mark, Schimmelpfennig 2 Mark Garderobengeld erhalten haben. Das Ende war, daß Repp zu 30 Mark und Schimmelpfennig zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt wurden.

**Drei Opfer der Hochwasserkatastrophe.** Bei Wagenfurt wurden die Kinder des Landwirts Dieking, der 23jährige Sohn, eine 23jährige ledige Tochter und die verheiratete älteste Tochter, die sich auf den hochgehenden Fluten der Fulda beim Fischfang befanden, Opfer der Fluten. Sie wollten mit ihrem Kahn einen vom Hochwasser mitgeführten Holzsteg ausweichen, wurden vom Strudel erfaßt und trieben mit voller Wucht gegen einen Pfeiler der dortigen Steinbrücke, wobei der Kahn zerbrach und die drei Insassen vor den Augen der zusehenden Dorfbewohner verunglückten. Bisher konnten die Leichen nicht geborgen werden.

**Die Heberschwemmungen.** Die Hochwasserkatastrophe, von der Südwestdeutschland heimgesucht ist, stellt sich als eine der größten Heberschwemmungen der letzten hundert Jahre dar. Zwar haben die Regengüsse der letzten Tage etwas nachgelassen; aber die Wassermengen, die in den südwestdeutschen Gebirgen, den Quellgebieten von Neckar, Rhein, Main, Mosel, Saar und ihren Nebenflüssen niedergegangen sind, waren so ungeheuer, daß bis jetzt kaum ein Fall des Hochwassers zu verzeichnen ist. Vielfach ist der Wasserpegel, der vier- bis fünfmal so hoch ist wie gewöhnlich, noch im Laufe des Monats gestiegen. Die Landschaft bildet vielerorts einen einzigen See. Der Main hat nicht nur die Anlagen des Mainzer Rheinhafens, sondern das ganze Gelände oberhalb Mainz unter Wasser gesetzt. Die ungeheuren Wassermassen, die dem Rhein zugeführt werden, haben seinen Wasserstand am Montag um 2 bis 4 Zentimeter in der Stunde erhöht. In Köln war der Pegel auf über 8 Meter gestiegen. Sämtliche Hafenanlagen und Lagerräume der Rheinschiffahrt sind überflutet, so daß der gesamte Ladeverkehr eingestellt wurde. Auch die Rhein-Hafenbahn konnte ihren Betrieb nicht mehr voll aufrechterhalten. In Bonn sind sämtliche Rheinstränge überschwemmt. Sehr gefährlich sind die tiefergelegenen Stadtteile von Duisburg, da eine Sperrschleuse infolge des Druckes der Fluten versagt. Die Rhein-Stromverwaltung hat die Einstellung des gesamten Schiffsverkehrs angeordnet. Besonders schwer sind die Verheerungen im Gebiet der Mosel, wo eine große Anzahl kleinerer Ortschaften vollkommen überschwemmt und von jedem Verkehr abgeschnitten ist. Stark gelitten haben vor allem auch die Bahnanlagen. Zahlreiche Dammbrüche und Unterpflungen sind zu verzeichnen. In vielen Orten ist deshalb der Verkehr völlig unterbrochen, so zwischen Bonn und Koblenz und vor allem auch im Moselal selbst. — Verheerend hat das Hochwasser auch in Ostfrankreich und Belgien gewüthet. Maas, Mosel und Meurthe führen ungeheure Wassermassen mit sich und haben zahlreiche Brücken mitgerissen. Besonders mitgenommen sind die Städte Metz und Nancy. Auch Dinant und Namur, selbst Charleroi, Lüttich und Brüssel haben schwer gelitten. In Belgien sind mehrere Eisenbahnlinien ebenfalls unterbrochen.

**Schwerer Banunfall.** In Altdreiwitz bei Küstrin kürzte bei der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung die drei neue Behälter aufstellte, eine 2 Zentner schwere Eisenplatte aus 9 Metern Höhe herab und begrub fünf Arbeiter unter sich. Zwei Arbeiter wurden getötet, drei verletzt.

**Ein obiges Schwindlerquartett.** Ein altbekanntes Schwindlerquartett, das sich jetzt durch die Verlobung der Tochter zu einem Quartett erweitert hat, macht jetzt wieder Deutschland unsicher. Es handelt sich um die Baronin Elisabeth von Lüdinghausen-Wolff, ihren Sohn Alexander, ihre Tochter Vera, Baronin Tatjana-Muske geb. v. Lüdinghausen, mit ihrem Bräutigam, dem Studenten Stephan Gappon. Bekannt sind sie noch durch ihr fraches Schwindelmanöver im Jahre 1922. Der junge Mann betrog damals zusammen mit seiner Schwester den Inhaber eines der größten Juwelengeschäfte der Friedrichstraße um einen Schmutz im Werte von 1 1/2 Millionen. Vor Gericht kam die Gesellschaft sehr milde davon, da man Zweifel an ihrer Zurechnungsfähigkeit hegte. Jetzt werden die Betrüger wieder gesucht. Am 4. Oktober verschwanden sie aus Danzig. Der Baron hatte sich dort als der italienische Sänger Mattisini ausgegeben. Da seine Leistungen durchaus nicht dem Ruhme des Namens entsprachen, mußte er einen beschleunigten Rückzug antreten. Dabei verlag er aber zwei Drittel der Lüge, die er für das Auftreten zuvor erhalten hatte, zurückzugeben. Nach schwerer Wieg ein anderer Schwindler, den die ganze Gesellschaft vor dem „Mattisini-Auftreten“ in Szene setzte. Sie versuchten nämlich, ihre „Goldgruben“, die sie im Ural besaßen wollten, zu verkaufen. Die Käufer erkundigten sich jedoch vorher bei den Sowjetbehörden und erfuhr, daß die Familie Lüdinghausen-Wolff wegen einer Pachtung von Goldgruben mit ihnen in Verbindung getreten war. In Schneidmühl begab sich die Frau Baronin zu dem Direktor der dortigen Reichsbankniederstelle und ließ sich von ihm 45 Mark, die sie auch, da sie eine große Geschichte von dem Diebstahl ihrer Handtasche erzählte, erhielt.

**Eine Radiostation in 2877 Meter Höhe.** In den Pyrenäen ist nahe dem bekannten Wallfahrtsort Lourdes die höchste radiotelephonische Station der Welt eingeweiht worden. Sie befindet sich auf dem Pic du Midi in einer Höhe von 2877 Metern. Die Station arbeitet mit einer Wellenlänge von 350 Metern und hat eine Antennenstärke von 300 Watt. Der Bau der Station war mit den größten Schwierigkeiten verknüpft. Das Baumaterial mußte mit Maulseilen, die Apparate sogar mit Hilfe von Trägern auf den Gipfel geschafft werden. Die Station dient hauptsächlich der Verbreitung meteorologischer Berichte der auf dem Pic du Midi stehenden Wetterstation, deren einzige telephonische Verbindung mit der Außenwelt durch die Ungunst der Witterung meistens unterbrochen ist.

**Ein Zug von Räubern überfallen.** Zwischen Brest-Litovsk und Baranowice, in der Nähe der Stadt Lesko, ist ein Personenzug von 30 bis 40 wohlbewaffneten Räubern beschossen und zum Halten gebracht worden. Die Passagiere wurden gänzlich ausgeplündert, der Postwagen seines Inhalts beraubt. Ein Offizier und ein Aufseher, die Widerstand leisten wollten, wurden von den Räubern getötet.

**Auströtung der Bären in Norwegen.** Eins der wenigen Länder Europas, in denen Bären heute noch außerhalb der zoologischen Gärten noch vorkommen, ist Norwegen. In der norwegischen Zeitchrift für Fortwesen wurde kürzlich die Forderung erhoben, den Bären als Schutzwild zu erklären, da er infolge zahlreicher Verfolgungen in Norwegen allmählich aussterben beginne. Der Verfasser des Artikels stellt fest, daß fortpflanzungsfähige Bärefamilien mit Sicherheit nur noch in den nordöstlichen Landstrichen Norwegens und an der norwegisch-finnischen Grenze beobachtet worden sind. Da diese Bären nur wenig Schaden anrichten und Angriffe auf Menschen in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr vorgekommen sind, hält der Verfasser eine Schonung des geringen noch vorhandenen Bärenbestandes für wünschenswert und notwendig.

**Eisenbahnunglück bei Liverpool.** Ein schrecklicher Eisenbahnunfall hat sich auf der Strecke zwischen Liverpool und Bladpool bei Inham zgetragen. Aus einem noch unaufgeklärten Grunde war der Zug ins Schleudern gekommen, worauf die Lokomotive aus den Gleisen geschungen ist, dann gegen ein Signalhaus fuhr und endlich ins Feld abstürzte und sich hier überfüllte. Die beiden folgenden Wagen wurden gleichfalls umgeworfen; der Zugführer wurde getötet. Der letzte Wagen des Zuges fing Feuer. In den andern Wagen hatten die Passagiere gegen das ausströmende Gas anzukämpfen. Der Zug war einer der frequentiertesten Expreszüge von London. Infolge der Dunkelheit war das Rettungswerk äußerst schwierig.

**Augen auf! Die echten MAGGI<sup>5</sup> Fleischbrühwürfel**  
tragen auf der rot-gelben Packung den Namen MAGGI.  
Andere Würfel stammen nicht von der Firma MAGGI.



Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle des Direktors des Hygienischen Instituts der Universität Berlin, Geheimrat Professor Dr. Martin Hahn, unterstellt.

## Günstiges Möbel-Angebot!

Herren-Zimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen  
laufen Sie preiswert und gut im

**Möbel-Spezial-Haus**

# Rosenberg

Magdeburg, Katharinenstraße 8, am freien Platz.  
Transport frei! Erleichterte Zahlungsbedingungen!

Der



auf dem Lande

ist für Sie die Möglichkeit sich, trotz Ihrem kargen Lohnes  
billig eine gute Bibliothek anzuschaffen  
Sorgen Sie dafür, daß das Schlagwort des Städters vom  
dümmen Dorfbewohner endlich verschwindet. Auch Sie  
haben die Pflicht,

einen Bruchteil Ihres Lohnes

für geistige Kost auszugeben. Schaffen Sie ein Bindeglied  
zwischen Dorf und Stadt, damit

jedes Dorf und Städtchen  
eine Büchergemeinde.

Als Mitglied zahlen Sie aller

14 Tage 50 Pfg.

Dafür erhalten Sie jährlich 4 Bücher in bester  
Ausstattung, auf hochwertigem Papier gedruckt,  
Fadenheftung, in Ganzleinen gebunden. —  
Außerdem monatlich eine reich illustrierte  
Zeitschrift.

Bedenken Sie die Vorteile!

Vertrauensmänner auf dem Lande gesucht.  
Alle Einzelheiten zu erfragen in der

**Buchhandl. Volksstimme**

Magdeburg, Große Münzstraße 3.

### Aufnahmefchein

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu der  
Bereimigung „Der Bücherkreis“.

Vor- u. Zuname: \_\_\_\_\_

Stand: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Post: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Nr.: \_\_\_\_\_

im Briefumschlag mit 5 Pfg. frankiert senden an:

**Buchhandlung Volksstimme**

Magdeburg, Große Münzstraße 3.

# Was fehlt in Ihrem Küchenschrank?

Man kann sich heutzutage keinen  
Küchenschrank denken ohne Fein-  
kostmargarine „Schwan im Blaубand“! Es gibt wohl keine Mar-  
garine, die sich zur Verwendung  
beim Kochen, Braten  
und Backen so glänzend  
bewährt hat, wie sie.  
In jedem Küchenschrank  
ist deshalb „Schwan im  
Blaубand“ zu finden.  
Sie kostet in der bekannten  
Packung 50 Pfg. das Halbpfund

## Schwan im Blaубand

frisch  
gekümt

## PELZ

Solange der Vorrat reicht:

Amer. Opos.-Schalkragen	Mk. 25.00
Fuchs- u. Schalkragen	Mk. 25.00
Seal-Electric-2-Kopf.-Krg.	Mk. 35.00
Schakal natur	Mk. 45.00
Füchse	Mk. 55.00
Wallaby-Kragen	Mk. 65.00
Murmel-Kragen	Mk. 75.00
Pelzjacken, H.-Sportpelze	Mk. 90.00
Mäntel, Schals, Garnituren	billigst.

**Pelz-Sternau**

Alter Markt 32 1, über Zoepfer.

Raucht Meister-Lampe-Tabak!

## Meine alten Schuhe

sehen wie neu aus, seitdem ich sie nach  
der neuen Methode mit der wohl-  
riechenden Schuh-Edelcreme „Tuberan“  
behandle (das Wort ist leicht zu merken:  
„ran“ mit der Tube“ kurz „Tuberan“).  
Genaue Anweisung wie man ohne sich  
die Finger zu beschmutzen sein elegantes  
Schuhwerk selbst pflegen und wie neu  
erhalten kann, senden wir Ihnen nebst  
einer Probe-tube der wohlriechenden  
Tuberan-Creme, wenn Sie diesen  
Zeitungsausschnitt mit Ihrer genauen  
Adresse in einem mit 3 Pfennig frankier-  
ten Umschlag stecken und einsenden an  
die U. G., Abt. Tuberan, Dresden-N. 6.  
Preis für die Tube 50 Pfg. In allen  
einschlägigen Geschäften erhältlich.

Adresse: \_\_\_\_\_

Nr. 201

## Der Schlüssel zum Erfolg

sind gut ausgestattete  
Drucksachen. Wir sind  
gern bereit, Ihnen im  
Bedarfsfalle mit Vor-  
schlägen näherzutreten  
**PFANNKUCH**  
Magdeburg, Gr. Münzstr.  
Fernsprecher

961

## Elektrische Anlagen

sind billiger als Sie denken. Kostloser Anricht.  
Durch Scheel, Berliner Str. 1a. — Tel. 7623.

## Amtliche Bekanntmachungen

### Bekanntmachung.

Die Städte-Feuerlösgesellschaft, eine öffentlich-  
rechtliche gemeinnützige Provinzialanstalt, ge-  
währt Versicherungsschutz gegen Feuer- und  
Einbruchdiebstahl und Wasserleitungsschäden.  
Der hiesigen Einwohnerschaft empfehlen wir den  
Abschluß von Versicherungen bei der Gesellschaft,  
weil sie den vorteilhaftesten Versicherungsschutz  
bietet, weil sie bei ihren wertbeständigen Ver-  
sicherungsformen Schäden nach den jeweiligen  
Tagespreisen erst, die Beiträge aber nur nach  
den Vorklagswerten berechnet, weil sie nur sehr  
niedrige Beiträge und keine Nebenkosten erhebt,  
weil sie bei wirtschaftlich schwierigen Verhält-  
nissen die Beitragsszahlung erleichtert und weil  
sie die Schäden rasch und entgegenkommend  
regelt.

Nähere Auskunft wird in unserem Stadt-  
sekretariat, Zimmer 8 des Rathhauses, erteilt.  
Burg, den 30. Oktober 1924.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Kriegsbeschädigte und Kriegereinterbliebene,  
die zu einer Entschädigung berechtigt sind, können sich zur Be-  
antragung eines Kassenbeschlusses am  
Donnerstag, den 6. d. M. im Stadthaus, Zimmer  
11, mel. en.

Für die Vorkaufsgewährung kommen nicht  
in Frage:

- Mitglieder, deren Unterhaltung zweifellos  
von dritter Seite bestirnt wird.
- Beschädigte und Witwen, die nur infolge  
Krankheit oder Erwerbslosigkeit verüber-  
gehend Zusatzrente erhalten.
- Zusatzrentenberechtigte, die dauernd in  
Heil- oder sonstigen Anstalten untergebracht  
sind.
- Personen, die nicht mit der Erlangung  
durch Kürzung der Zusatzrente von je einem  
Drittel für die Monate Dezember bis Fe-  
bruar einverstanden sind.  
Spätere Meldungen werden nicht berück-  
sichtigt.

Schneeberg, den 4. November 1924.  
Vertretung der Kassenstellen für Kriegs-  
beschädigte und Kriegereinterbliebene.

### Erwerbslosenfürsorge-Beiträge.

Der Vermittlungsausschuß hat die Beiträge  
für die Erwerbslosenfürsorge auf insgesamt  
2 n. S. des Grundlohns vom 3. 11. 24 herab-  
gesetzt.

Schneeberg, den 4. November 1924.  
Das Arbeitsamt.

# 10 T A G E

# SONDERPREISE

Vorverkauf

Freitag

Wieder eine der beliebten  
**Riesen-Sonderveranstaltungen**  
unseres Hauses!

Beginn

Sonnabend

# Kaufhaus Michaelis

Ratswageplatz Nr. 1/2